

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus, einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonnette oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. Januar 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zwanzig Jahre unter dem gemeinen Recht.

Am 25. Januar 1890 lehnte der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab. Am Tage vorher sah es noch ganz anders aus. In zweiter Lesung wurde am 24. Januar mit 166 gegen 11 Stimmen die Verewigung des Schandgesetzes beschlossen; allerdings mit einem kleinen Schönheitsfehler. Die Nationalliberalen, die fürchteten, daß die Wähler im Februar 1890 sich nicht würden in gleicher Weise verhalten lassen wie bei den berüchtigten Fälschungswahlen drei Jahre vorher, lehnten die Verewigung der Ausweitungsbefugnis ab. Bismarck und die Junker hielten aber am kleinen Belagerungszustand fest, und so kam es zu einem Bruch in der ausnahmegesetzfreundlichen Mehrheit. In dritter Lesung — am 25. Januar —, als über die ganze Vorlage abgestimmt wurde, stimmten die Konservativen — eben weil die Ausweitungsbefugnis gestrichen war — mit der Opposition gegen das ganze Gesetz, das nunmehr mit dem 1. Oktober sein Ende erreicht hatte, wenn — ja, wenn nicht eine neue Vorlage die Verewigung des Sozialistengesetzes brachte.

Allgemein war man damals in der sozialdemokratischen Partei der Ansicht, daß die Junker so leichten Herzens das Sozialistengesetz nur deswegen fallen lassen, um nach einer für sie günstig ausgefallenen Wahl dasselbe vielleicht in noch brutalerer Form aufs neue durchzubrüden. Der ganze Wahlkampf stand unter der Befürchtung, daß es sich bei dieser von der Regierung ruhig hingelassenen Ablehnung einer weiteren Verlängerung um ein *Wahlmanöver* Bismarcks und seiner Clique handelte, die sich dabei des stillen Einverständnisses der Nationalliberalen sicher war.

Der Ausfall der Wahl machte diesen Befürchtungen ein Ende. Der gewaltige Aufschwung der Sozialdemokratie legte nicht das Sozialistengesetz endgültig, sondern auch seinen Schöpfer — Bismarck — hinweg. Der Kaiser selbst hatte vor der Sozialdemokratie kapituliert, denn die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die durchgreifende sozialpolitische Reformen verhießen, wurden in der Sozialdemokratie und insbesondere vom „Sozialdemokrat“, unserem in London erscheinenden Zentralorgan, als eine glatte Kapitulation vor der Macht der Sozialdemokratie angesehen.

Vom 1. Oktober 1890 ab galt also für die Sozialdemokratie das gemeine Recht wieder. Indessen, das ist nur eine Fiktion. Die Klassenjustiz forgt und hat von je geforgt, daß die Sozialdemokratie auch unter dem gemeinen Recht nicht minder verfolgt wird als unter dem Ausnahmerecht. Vom Jahre 1891 ab registriert der Parteivorstand die ihm bekannt werdenden Strafen, die wegen politischer Vergehen über Sozialdemokraten verhängt werden. Und in den alljährlichen Rechenschaftsberichten des Parteivorstandes erscheinen diese Straftabellen als Dokumente der herrschenden Klassenjustiz. Wir lassen nachstehend die Jahresstrafsummen seit 1890/91 bis 1908/09 folgen:

Jahr	Zuchthausstrafen		Gefängnisstrafen				Geldstrafen
	Jahre	Mon.	Jahre	Mon.	Wochen	Tage	
1890/1891	—	—	89	2	—	18	18 269
1891/1892	88	10	80	2	—	26	20 592
1892/1893	23	1	63	7	—	26	31 937
1893/1894	—	—	58	8	—	6	43 747
1894/1895	18	6	64	10	—	1	34 120
1895/1896	—	—	84	8	1	1	31 778
1896/1897	—	—	118	8	—	3	28 229
1897/1898	—	—	54	7	1	8	19 048
1898/1899	—	—	74	1	—	—	23 251
1899/1900	6	8	64	7	8	2	16 427
1900/1901	2	—	82	11	11	2	26 900
1901/1902	3	—	48	8	—	—	17 659
1902/1903	14	—	36	5	6	—	16 707
1903/1904	—	—	43	2	—	—	21 552
1904/1905	2	8	65	7	2	—	15 400
1905/1906	2	4	66	1	4	—	24 861
1906/1907	2	6	33	10	2	1	30 600
1907/1908	—	—	18	8	—	4	33 446
1908/1909	—	—	27	10	—	2	28 450
In Summa	111	2	1128	11 1/2	—	—	483 801

Hierzu kommen noch rund 26 Jahre Gefängnis, die wegen der Streikunruhen in *Saxne* gelegentlich des großen Bergarbeiterausstandes 1898/99 ausgesprochen wurden und die 53 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängnis, die den *Löhntauer* Bauarbeitern von dem Dresdener Schwurgericht auferlegt wurden. Auch die 1 1/2 Jahre Festung des Genossen *Liebnecht* lassen sich in die vorstehende Tabelle nicht einreihen.

Diese Klassenurteile zu den anderen hinzugerechnet, ergibt in den 20 Jahren

1326 1/2 Jahre Freiheitsstrafen,

darunter 164 Jahre Zuchthaus und fast eine halbe Million Mark an Geldstrafen! Unter dem gemeinen Recht!

In der Abschiedsnummer des „Sozialdemokrat“ schrieb *Friedrich Engels*:

„Die Reichsregierung will es uns gegenüber einstweilen wieder mit dem gemeinen Recht versuchen, und so wollen wir

es einstweilen wieder mit den gesetzlichen Mitteln versuchen, die wir uns vermittelst kräftigen Gebrauchs der ungesetzlichen wieder erobert haben. Ob dabei die „gesetzlichen“ Mittel wieder ins Programm aufgenommen werden oder nicht, ist ziemlich gleichgültig. Versucht muß werden, vor der Hand mit den gesetzlichen Kampfmitteln auszukommen... Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Gegenpartei ebenfalls gesetzlich verfährt. Versucht man, sei es durch neue Ausnahmegesetze, durch rechtswidrige Urteile und Reichsgerichtspraxis, durch Polizeiwillkür oder durch sonstige ungesetzliche Uebergriffe der Exekutive, unsere Partei wieder tatsächlich außerhalb des gemeinen Rechts zu stellen, so treibt man die deutsche Sozialdemokratie abermals auf den ungesetzlichen Weg als den einzigen, der ihr noch offen steht.“

Die „Voraussetzungen“ für den „gesetzlichen“ Kampf der Sozialdemokratie sind, wie die Straftabelle zeigt, nicht eingetreten, vielmehr ist durch Gerichtsurteil ausdrücklich festgestellt worden, daß z. B. seinerzeit in Sachsen Klassenjustiz gegen Sozialdemokraten geübt wurde. Trotzdem ist die Sozialdemokratie auf dem gesetzlichen Boden geblieben und sie zeigt damit wieder, daß sie allein den Kampf gegen die Ungesetzlichkeit zu führen gewohnt ist. Aber das ist kein Trost; die Klassenjustiz muß gebrochen werden, gebrochen durch die politische Macht der Arbeiterklasse. Mag deshalb diese Erinnerung an die Opfer des Klassenkampfes in den letzten 20 Jahren eine Mahnung sein, die Reihen der Kämpfer zu stärken und nicht zu rasten, bis die Herrschaft des Unrechts und der Willkür gebrochen ist.

Wider das Dreiklassenunrecht.

Am Sonntag ist der Niederrhein dem übrigen Preußen gefolgt. In Duisburg, Oberhausen, Gamborn, Walsheim a. d. Ruhr, Essen, Düsseldorf, Bentrath, Ratingen, Neuf. W. Gladbach, Elberfeld-Vormen, Remscheid, Solingen, Burscheid, Geisrath, Nangenberg, Reuendorf, Dyladen, Hülscheid, Wald, Nidrath, Aufderhöhe, Obhlge, Weyer und Widdert, in Hagen und Schwelm und vielen anderen Orten fanden stark besuchte, von frischer, froher Kampfstimmung erfüllte Versammlungen statt. — Im Wahlkreise Düsseldorf tagten sieben Versammlungen, die 3000 Besucher vereinten, im Wahlkreise Hagen-Schwelm 11, die großen Andrang hatten.

In Essen schloß sich an die Riesenversammlung, die im Lokale Raos zu Essen-Mittelscheid stattfand, eine gewaltige Straßendemonstration. An 6000 Demonstranten zogen die Straße zum Bahnhof hinab in die innere Stadt. Am Bahnhof hatten berittene Schutzleute vergebens versucht, den in wütender Haltung vorwärtsmarschierenden Zug zu sprengen, ebensowenig gelang es ihnen in der Kollwigerstraße. Hyster wurden die Attenden der Veritenden am Durgplatz, wo gerade die Kriegervereine ihre Kaisergeburtstagsparade abhielten. Die Reiter ritten hier äußerst rücksichtslos in die Menge hinein, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, mehrere Personen wurden durch Pferdehufe verletzt, ein Demonstrant, der zu Boden geritten wurde, trug erhebliche Verwundungen davon. Ihren Zweck erreichten die Polizeireiter indes mit diesem schneidigen Vorgehen, das von einem Polizeieinsprektor geleitet wurde, nicht — die demonstrierenden Massen, die immer mehr anwuchsen, blieben beisammen und die patriotische Parademusik wurde zeitweise von dem brausenden Gesang der Arbeitermarzialklause und von donnernden Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht überdönt. Der Zug marschierte weiter, am Kriegerdenkmal vorbei und zerstreute sich dann in den Straßen des Arbeiterviertels.

Nach einer Polizeinacht sollen an der Segerothstraße von „johlenden, halbwüchsigen Burken“ Steine gegen die Schutzmannspferde geworfen worden sein, worauf die Polizei blank gezogen und scharf dreingehauen hat, so daß mehrere Personen durch Säbelhiebe verletzt wurden; 15 wurden verhaftet. Anscheinend steht dieser Vorfall mit der Demonstration selbst nicht im Zusammenhang.

Auch in Schlessien haben am Sonntag noch große Wahlrechtsversammlungen getagt und zwar in den Städten Hagnau, Liegnitz, Goldberg und Hohenau.

In Hagnau kam es im Anschluß an die Versammlung zu einer wichtigen Demonstration auf der Straße. In eindringlichem, düsterem Schweigen zogen die Massen langsam durch die Hauptstraße über den Ring. Die Kundgebung erregte das größte Aufsehen. Die Polizei verhielt sich reserviert.

Ein ostelbliches Tdyll im Westen Deutschlands.

Vor dem Schwurgericht in Dortmund hatte sich der 40 Jahre alte geisteschwache Landarbeiter Johann Rehnmann aus Scheidungen bei Anna zu verantworten, der der vorläufigen Brandstiftung in zwei Fällen angeklagt war. Dabei stellte sich heraus, daß mitten in Westfalen auf einem Gutshofe eine förmliche Kolonie von Idioten angeammelt worden ist, die dem Landwirt Schulte zur Heide gar billige Arbeitskräfte abgaben. Der Angeklagte hat verküppelte Fäße. Wegen seiner Gebrechen hat er vor neun Jahren in Hamburg einen Selbstmordversuch gemacht und mußte dann wegen der Schußwunde sechs Monate im Krankenhaus verbringen. Danach kam Rehnmann nach Scheidungen und hat nach der Aussage des Landwirts selbst acht Jahre lang immer müßig gearbeitet und still für sich hin gelebt. In den acht Jahren hat der Landarbeiter

immer nur die Kost erhalten und ein wenig Zeug zum Anziehen, da der Mann ja nicht nach herumlaufen konnte, aber gar keinen Lohn! In acht Jahren keinen Lohn! Vor dem Schwurgericht gab der Angeklagte die Brandstiftungen zu und erklärte weiter, daß er vom Landwirt immer grob behandelt worden sei, Schimpfworte und Prügel erhalten habe. Er habe dann zu einem anderen Landwirt in Dienst kommen können, der Hof war aber zwei Stunden entfernt, und um von Schulte wegzukommen, habe er das Feuer angelegt, da nach Abbrennen der Scheune der Bauer sein Vieh habe verkaufen müssen. All dies war nur nach Umständen Manipulationen aus dem völlig apathischen Angeklagten herauszubringen. Das Zeugenerbör brachte dann die überraschende Tatsache ans Licht, daß noch weitere drei Landarbeiter auf dem Gutshof beschäftigt sind, die auch geistig schwach oder Idioten sind. Darunter waren ein Russe und ein Pole, die nur vermittelst eines Dolmetschers sich ein wenig verständigen konnten. Diese Zeugen wurden vom Gericht für eidensüchtig erklärt, da sie wegen Geisteschwäche vom Befehl des Eides keine genügende Vorstellung hatten! Aus dem einen Zeugen war soviel herauszubringen, daß er erlärte, schon jahrelang bei dem Landwirt beschäftigt zu sein und nur ein „wenig Trinkgeld“ bekommen zu haben. Der sachverständige Gerichtsarzt erklärte den Angeklagten für hochgradig schwachsinzig, und seien die Brandstiftungen in einem Zustande begangen worden, daß § 51 in Betracht komme. Demensprechend wurde der Mann von den Geschworenen, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, freigesprochen.

Die Behörden haben nunmehr allen Anlaß, die eigenartige Vorliebe des Landwirts für geisteschwache, blödsinnige Arbeiter etwas genauer zu beobachten. Weshalb ist den Leuten kein Pfleger oder Vormund bestellt? Der Mann befindet sich natürlich „im wahren Christentum“. Wird der ausländische Landarbeiter ob der „fürsorglichen“ Behandlung mit Prügel statt Lohn kontraktbrüchig, so wird der rechtlose Landprolet ausgewiesen. Aber acht Jahre ohne Lohn zu arbeiten und noch Prügel einzustecken, geht wohl keine Behörde etwas an, auch dann nicht, wenn geisteschwache, doppelt und zehnmal hilflose Geschöpfe in Betracht kommen?!

Und die Behörden scheinen von den Umständen wohl Kenntnis zu haben. Trat doch ein Gendarmeriewachmeister als Zeuge auf und erklärte, daß man in Scheidungen oft über die Behandlung der Angeklagten auf dem Gutshofe gesprochen habe. Der Mann habe sich in der Kollerei oft beschwert, daß er Prügel bekomme, wenn er eine Arbeit nicht rasch genug mache. Andere Leute hätten dem geisteschwachen Mann mit den Krüppelfüßen oft ein Butterbrot gegeben, das der Arbeiter mit förmlicher Gier verschlungen habe.

Offentlich werden aber jetzt sofort die armen Menschen vor ihrem katholisch-kroffenen „Wächter“ in Schutz genommen und in eine Anstalt überführt. Nach der Freisprechung sammelten die Geschworenen selbst ungefähr 10 Mk. unter sich und überreichten sie dem Krüppel. Ob das nicht wie glühende Kohlen auf dem Haupte des „wohlthätigen“ Landwirts brannte? Wir glauben — nicht!

Die Wahlen in England.

London, 24. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bis heute sind 219 Konservative, 201 Liberale, 32 Mitglieder der Arbeiterpartei und 67 Freie gewählt. Der konservative Reingewinn beträgt bisher 86 Mandate. Es bleiben noch 151 Abgeordnete zu wählen übrig, worunter bisher nur 35 Konservative waren. Die Lage ist noch ungewiß, doch darf vorausgesetzt werden, daß der konservative Gesamtgewinn schließlich etwa 100 Mandate erreichen wird, so daß die Opposition ungefähr in einer Stärke von 270 Mann ins neue Parlament zurückkehren wird. Denn es ist anzunehmen, daß die Wahlergebnisse der laufenden Woche den Liberalen günstig sein werden. Wahrscheinlich wird die liberale Partei 277 Abgeordnete zählen, während die Arbeiterpartei auf 40 Mandate rechnen darf und die Freie über 83 Abgeordnete verfügen werden. Die letzteren werden aber jedenfalls die entscheidende Stellung einnehmen. Die Lage erinnert somit lebhaft an die Situation nach den Wahlen vom Jahre 1885, wo die beiden alten Parteien sich gleichfalls ungefähr die Waage hielten, Home Rule die Selbstverwaltung für Irland, brennend wurde und zur Spaltung der Liberalen führte.

Der Freihandel ist momentan nicht gefährdet. Denn keine Regierung kann es so leicht wagen, die Stimme Nordenglands zu misshandeln, dessen Industrien sich ganz überwiegend gegen den Schutzzoll aussprechen.

Heute kommen 28 Sitze zur Besetzung, die meist auf englische Grafschaften fallen. Diese Mandate hatten bisher 15 Liberale, 8 Konservative, 3 Freie und die Mitglieder der Arbeiterpartei J. Hodge (Garton) und Stephan Walsh (Juce) inne.

Nach den bisher vorliegenden Berechnungen, die allerdings keinen Anspruch auf Genauigkeit erheben können, haben die Konservativen 2286703 Stimmen, die Liberalen 2160699 und die Arbeiterpartei 448511 Stimmen erhalten.

Wiederwahl Lloyd George.

London, 24. Januar. Schatzkanzler Lloyd George ist in Carnarvon mit 8183 Stimmen wiedergewählt worden. Der unionistische Gegenkandidat Vincent erhielt 2103 Stimmen. Im Jahre 1906 betrug die Majorität für Lloyd George 1224 Stimmen.

Andrea Costa.

Rom, 21. Januar.

Im ihn in seiner Heimatstadt, in Imola, sterben zu lassen, hatten die Ärzte den hoffnungslos Kranken von einem Aufenthalt in Sizilien abgelehnt, wo ihm die Seinen in törmereim

klina Erleichterung zu verschaffen wählten. Und in Anzola ist er gestorben, inmitten einer Bevölkerung, die mit heißer Liebe an ihm hing. Schnell ist das Tod nicht mit dem widerstandsfähigen Organismus unseres Genossen fertig geworden: langes Leiden, lange Arbeitsunfähigkeit, ein trauriges Auf und Ab von Hoffen und Verzagen haben Andrea Costas letzte Jahre gekrönt. Der Tod kam ihm als Erlöser, denn Costas war zum Kampfe geschaffen und ein Leben, dem die Kraft und Lust des Kampfes geschwunden waren, galt ihm wertlos.

Der italienischen Partei verlor er ihre eigene Jugendzeit, ihr mühsames Bewußtwerden des Sozialismus, ihre Separation aus dem Traum, der die Menschheitserlösung mit einem Schlags von dem Wunder der revolutionären Gewalt erwartet, zu dem herben Wirklichkeitsbewußtsein, der durch die Arbeit von Generationen an sich selbst und an der Umwelt, in einer Reihe unscheinbarer Opfer, die neue Zeit vorbereitet. In Andrea Costa sinkt der Mann ins Grab, der ein Menschenalter hindurch der Bannerträger des italienischen Sozialismus war.

Am 30. November 1851 in Anzola geboren, entstammte Costa Kleinbürgerlichen Verhältnissen. Er besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt und studierte dann Literatur in Bologna, wo er ein Lieblingsfächer Carducci war. Als Student kam er unter den Einfluß von Bakunin, der 1867 in Neapel die erste italienische Abteilung der Internationale gegründet hatte. Von der revolutionären Idee gewonnen, gab er sein Studium auf und widmete sich ganz der Agitation. Natürlich blieben die Verfolgungen nicht aus. Im Jahre 1871 wird die Neapolitaner Abteilung aufgelöst und fast gleichzeitig gründet Costa eine neue in Bologna, der Caserio, Vignani, Malatesta und viele andere beitreten. Auf einer Agitationstour wird er zum ersten Male verhaftet und einige Monate im Gefängnis behalten, ohne schließlich angeklagt zu werden. Im März 1873 beruft er alle italienischen Abteilungen der Internationale zu einem Kongreß nach Mirandola, den die Polizei durch Auflösung der dortigen Sektion vereitelte. Costa bringt nun eine geheime Zusammenkunft in Bologna zustande, die beraten wird und zu seiner Verhaftung wie zu der von Caserio, Malatesta und acht anderer Internationalisten führt. Nach wenigen Monaten der Freiheit wiedergegeben, wirt sich Costa mit der ganzen Wucht seines revolutionären Temperaments auf die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes. Mit flammenden Manifesten ruft er die Bevölkerung der Romagna zur Revolution auf, läßt Flugblätter unter die Soldaten verteilen, die sie auffordern, sich mit den Aufständischen zu vereinen und sich gegen jedes Privileg und gegen die bestehende Ordnung zu erheben, schaffte Waffenlager für die Rebellen und bereitet alles zu einem gewaltsamen Aufschlag vor. Wenige Tage vor dem zur Ausführung angeetzten Zeitpunkt wird er verhaftet, und, während Bakunin, Caserio, Malatesta und andere die Schweizer Grenze erreichen, werden die Internationalisten von Castel San Pietro, im Begriffe, sich im Einverständnis mit zwei Unteroffizieren des dortigen Arsenal zu vernichten, mit den Waffen in der Hand ergriffen. Weitere Waffenverhaftungen in Toscana, Galabrien, Sizilien und Latium erwürgten den Aufstand.

Politische Prozesse kamen damals noch vor die Äffsen, und vor den Äffsen von Bologna wurde Costa nach 22 Monaten Untersuchungshaft mit seinen 78 Mitangeklagten freigesprochen. Mit Freispruch erdeten auch die gleichzeitigen Prozesse von Florenz, Livorno, Carrara und Luni; nur in Rom wurden die Internationalisten zu Zuchthausstrafen von 12 bis 18 Jahren verurteilt. Die italienische Internationale wurde dann wieder organisiert, Costa wieder verhaftet und schließlich als „Müßiggänger und Vagabund, der im Verdacht steht, Verbrechen gegen Personen und Eigentum zu planen“, unter Polizeiaufsicht gestellt. Der letzte bewaffnete Aufstandversuch, an dem Costa beteiligt war, fällt in den April 1877 und sollte gleichzeitig in Süditalien, der Romagna und Venetien ausbrechen. Eine Gruppe von Internationalisten, unter denen sich auch Sergio Stepiak befand, wurde in Süditalien von einer Division Soldaten — 12000 Mann gegen 100 — nach einem blutigen Zusammenstoß mit den Carabinieri, gefangen genommen. Von der Polizei verfolgt, wandte sich Costa nach Frankreich. Hier wird er unter der Anklage, die aufgelöste Internationale wieder organisieren zu wollen, verhaftet und zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, dann aus der Republik ausgewiesen.

Neues Gefängnis und neue Polizeiaufsicht erwarten ihn im Vaterlande, wo er 4 Jahre später in Anzola das sozialistische Wochenblatt „Avanti!“ herausgibt, dessen erste 15 Nummern bei ihrem Erscheinen konfisziert werden! Die Polizei hatte ihn für die Verschärfung ins Zwangsdomizil vorgeschlagen, als er im Jahre 1882 als erster sozialistischer Abgeordneter in die italienische Kammer gewählt wurde und durch Annahme des Mandats seinen Lebensgang zum Sozialismus wand gab. In der Kammer bewährte er dieselbe Energie und Furchtlosigkeit, die seine internationalistische Periode gekennzeichnet hatte. Die parlamentarische Kammerpartei erpante ihm nicht eine neue Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis, weil er bei einer Gedächtnisfeier für Oberdan in Rom einen Polizisten mit dem Schwert geschlagen hatte. Die Kammer autorisierte auch Costas Verhaftung, aber der Kammerpräsident Biancheri stellte der Staatsanwaltschaft die Autorisation erst zu, als er Costa in Rizza wühlte. Zuletzt sahen ihn die italienischen Gefängnisse in den blutigen Maitagen von 1898, wo er in Mailand verhaftet wurde. Seit 9 Monaten belledete Costa die Stelle eines Vizepräsidenten des italienischen Parlaments.

Die innere Entwicklung, die sich unter den Eindrücken eines so wechselreichen äußeren Lebens vollzog, ist in vieler Hinsicht typisch. Dem jungen Manne mit dem heißblütigen Temperament und dem warmen Herzen schien die soziale Revolution nichts zu erheischen als Mut und Opferfähigkeit: wenn man die auf dem Privatigentum gegründete Gesellschaft fürzte, mußte die kommunistische von selbst erheben, kraft ihrer inneren Wahrheit. Was der Betenunft möglich erschien, mußte wirklich werden durch die Gewalt. „Licht und diese Welt zu hell bringen, die uns erdrückt, diese Gesellschaft zerstören, die uns entrechtet, laßt uns Mache über für alle Schmach und alles Unrecht, das wir erlitten haben und noch leiden. Heute müßte die Tyrannei wider uns: morgen können wir auf ihrem verfluchten Grabe unsere Siegesbannnen hängen.“ schrieb Costa im Jahre 1873. Und vor den Äffsen, wo auch Carducci als Entlastungszeuge für ihn auftraten, entwickelte er auf seine Weise das Ideal jeder sozialen Revolution: „Wir wollen die freie, ungehemmte Entfaltung aller Instinkte, aller Fähigkeiten, aller Leidenschaften: wir wollen die Menschwerdung des Menschen. Daraus folgt, daß wir nicht allein für die Befreiung der Arbeiterklasse eintreten: wenn die Arbeiterklasse sich von dem materiellen Elend freimachen muß, so müssen die Besitzenden aus viel schwererem moralischen Elend erlöst werden.“

Die Erfahrung lehrte ihn, daß der Weg zu diesem Ideal der Menschwerdung nicht der der Gewalt allein ist und daß er Menschenalter erfordert. Die Gesellschaftsordnung zeigte sich dauerhafter, als die dem jungen Hirschof erdienten war. Was in der Welt des Gehirns möglich erschien, weil es gut war, fand in der „engen Welt“ der Wirklichkeit nicht Raum, sondern nur die Mittel, diesen Raum langsam und mühsam dem Granit der Widerstände abzugraben. So entfernte sich Costa allmählich von Bakunin und seiner Schule.

Spuren dieser Entwicklung finden sich in den Zeitungen und Aufrufen vom Jahre 1877 an, dessen Zustand zwar Costas Mitwirkender, aber nicht seine Willigung hatte. Auf dem Kongreß der Sozialisten der Romagna, der (Anzola 1882) die Aufstellung seiner Kandidatur beschloß, sagte Costa im Gegenzug zu jenen, die die sozialistischen Deputierten mit voller Freiheit ins Parlament schicken wollten: „Bergeht nicht, Genossen, daß wir vor allen Dingen die Gesellschaft umgestalten müssen und daß die, die ihr ins Parlament senden, für Euch fast verloren sind. Wenn im Parlament überhaupt etwas Nützliches geschieht, so geschieht es unter dem Druck des Volkswillens. Auch die Energien dieses Willens werden in der heutigen Gesellschaft nur allzu oft verdrängt oder von den Gegnern ausgezehrt, wenn dem Volke die ersten Wegweiser fehlen. Und Wegweiser müssen die Sozialisten sein. Wir können uns aber wahrlich nicht den Luxus leisten, einen Teil der Unfreien für die allzu oft unfruchtbaren parlamentarischen Kämpfe herzugeben!“ In Genua war im Jahre 1882 die Sympathie für die ehemaligen Kampfgenossen noch so groß, daß Costa sich gegen die Form der Loslösung der neugegründeten sozialistischen Partei von den Anarchisten wanderte.

Im inneren Parteilieben war Costa, der seinem Temperament nach revolutionär war, aber durch seine persönlichen Beziehungen sowie sein Bedürfnis nach praktischer Beteiligung dem reformistischen Flügel zuneigte, ein Element der Versöhnung, selbst in den Zeiten des bittersten Zwistes. Er war der angestammte Vorsitzende aller Parteitage und seine schwingende Beredsamkeit traf immer den rechten Ton, verwies stets auf das Einigende, das über den abweichenden Meinungen in dem gemeinsamen Ideal des Sozialismus lag. Als der Haber am Kleinlichsten und Häßlichsten war, wühlte Costa immer noch die Augen auf das allen gemeine Ziel zu lenken. Seine große und echte Liebe zur Partei verlieh ihm ein Pathos, das jedem ans Herz griff.

In der Kammer genoß er ein Ansehen, das ihm immer Gehör sicherte, auch in den stürmischsten Sitzungen, denen das Prestige von kaum einem Duzend italienischer Parlamentarier Stand zu halten vermag. Als einziger Sozialist in Zeiten brutalster Reaktion hat er Beweise großen Mutes gegeben, wie er überhaupt von einer Furchtlosigkeit sondergleichen war. Er bekämpfte die Notwendigkeit der Sidesleistung der Deputierten, forderte während des afrikanischen Krieges die Zurückziehung der italienischen Truppen, bot Crispi und Pellou die Stirn. Es war sein letzter parlamentarischer Akt, daß er als Präsident, trotz des Gebrauchs der Mehrheit, dem Genossen Morgari in der Sitzung vom 23. Juni das Wort erteilte zu seinem Protest gegen den Besuch „des vom Blute seines Volkes triefenden Jaren“.

Dies kampfreiche Leben ist nun zu Ende. Auch die Blätter des Bürgerturns widmen Costa wohlwollende Nachrufe. Von denen, die in seinen Reihen marschieren, verdient aber sein Andenken mehr als Wohlwollen: Wahrhaftigkeit. Und wir wollen deshalb hier nicht vergessen, daß Costa kein Heiliger war, sondern ein Mensch mit menschlichen Leidenschaften und Fehlern. Vor der Zeit hat Costa seine Leistungsfähigkeit untergraben, er war maßlos im Genießen wie im Tun. Der Idealist, der sich für seine Sache opfert, rang in ihm mit dem Epiküräer. Und hier liegt eine große Tragik in der Gestalt des Verstorbenen. Denn die Sache hat von seiner ungewöhnlich reichen Natur ein Opfer gefordert, für das die Geschichte keinen Kranz kennt: den Verzicht auf die harmonische Verbindung der Persönlichkeit. Von seinem Studium hat sie ihn weggerissen, hat seine starke und fruchtbare Intelligenz zur zerfallenen Produktion des Tages verurteilt, so daß Costa kein Werk hinterläßt, das über die Wirkung seiner Persönlichkeit hinausreicht. Die Sache hat seine ganze Jugend in wirtschaftlicher Not und persönlicher Unsicherheit verfließen lassen, so daß er keinen Hebel gründen, keine Familie sein eigen nennen konnte. Not und Unsicherheit sind ihm bis in das späte Mannesalter zur Seite gestanden. Die Partei war arm und hatte keine Mittel zu vergeben: für die Bourgeoisie war er ein Verfechter. Wie oft schloß Costa im Eisenbahnzuge, um die Ausgaben für ein Nachtquartier zu sparen, wie oft fehlte ihm das Geld zum Mittagessen! Bezug und Familie hat ihm die Partei genommen, ohne es auch nur gewahr zu werden: es schien ihr kein Opfer und ihm kein Opfer, was es doch den Verzicht auf viel Befriedigung und Menschenglück einschloß. Surrogate hat ihm das Leben geboten und Surrogate hat er genommen. Selbst dem Alternen ward ein eigener Hebel und Ruhe.

Heute, wo man an seiner Bahre der Verfolgungen gedenkt, mit der ihn die Bourgeoisie von Gefängnis zu Gefängnis hakte, wollen wir dankbar auch jener Verfolgungen eingedenk sein, mit der das Proletariat selbst unter dem Druck seiner Klassenbedürfnisse ihn gehetzt hat von Agitation zu Agitation, von einer Rednerbühne zur anderen. Liebe und Begehrung hat ihm die Arbeiterklasse als Entgelt geboten, aber oft hatte er nicht das Brot, dessen er bedurfte. Der Dant und die Liebe vieler Tausende geleiteten ihn zu Grabe: der Lote hat ein heiliges Recht auf beide. Er hätte in eine revolutionäre Epoche hineingepaßt: die Zeit langsamer proletarischer Rüstung, in der er lebte, hat trotzdem alles, was er der Revolution zu geben hatte, mit Beschlag belegt und zu ruhen verstanden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Januar 1910.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Nicht weniger als sieben Eingemeindungsborlagen standen am Montag auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses. Es handelte sich um Segementwürfe betr. die Erweiterung der Stadtkreise Essen, Köln, Rasthor, Kiel, Hlensburg, Gorbud und Frankfurt a. M. Während die Redner der übrigen Parteien samt und sonders mehr oder weniger Bedenken gegen die Eingemeindungen an sich vortrugen, vertrat unser Genosse V o r g m a n n prinzipiell den Standpunkt der möglichst umfangreichen Zusammenlegung von Gemeinden in einheitlichen Wirtschaftsgebieten zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben. Besonders zog Vorgmann die Verhältnisse Groß-Berlins in den Bereich seiner Betrachtungen und schilderte unter wachsender Aufmerksamkeit des Hauses die widersinnigen Zustände auf steuerlichen und anderen Gebieten in Berlin und seinen Vororten. Stellte sich unser Redner auch grundsätzlich auf den Boden der Regierungsvorlagen, so verabsäumte er doch nicht, dies eigenartige Verhalten der Kreise, die vielfach eine große Verschwendung mit öffentlichen Mitteln betreiben, einer abfälligen Kritik zu unterziehen.

Nachdem die Vorlagen an die Gemeindef Kommission verwiesen waren, begann die zweite Beratung des Stats der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Die der Minister v. Arnim mit der beruhigenden Erklärung einleitete, daß Konzeptionen auf dem Gebiete des Veterinärwesens bei künftigen Handelsverträgen nicht zu befürchten seien. Also es bleibt dabei, daß unter dem Vorwand des Schutzes von Leben und Gesundheit der Bevölkerung das Fleisch den Agra-riern zu Liebe verteuert wird. Trotzdem klagen die Herren nach wie vor weidlich über ihre Notlage. Besonders verärgert waren sie diesmal über Herrn Dr. C r ü g e r (fr. Dpt.), der

jetzt nach Scheitern des Blocks jede Rücksicht auf seine ehemaligen Bundesgenossen fallen ließ und gehörig vom Leder zog. Schade nur, daß auf ihn und seine Parteigenossen so wenig Verlaß ist, daß man nie wissen kann, ob es ihnen mit ihrem Kampf gegen agrarischen Uebermut wirklich ernst ist. Unbewußt verurteilte Dr. C r ü g e r die ganze Vergangenheit seiner Partei, indem er am Schluß die treffende Bemerkung machte, daß die Regierung sich in einer eigenartigen Lage befinde, da sie aus den Kreisen der Rechten hervorgegangen sei, aber die großen Kulturaufgaben nur durchzuführen könne mit Hilfe der Linken. Und dieser kulturfeindlichen Rechten leistet der Freisinn Hilfe aus Furcht, daß die einzige wirkliche Kulturpartei, die Sozialdemokratie, ans Ruder kommen könnte!

Sonst bot die Debatte, die am Dienstag fortgesetzt wird, nichts Bemerkenswertes.

„Patriotische“ Treiberereien.

In gewissen höfischen Kreisen wird wieder mit allen erdenklichen Mitteln intrigiert, nicht nur gegen den Freiherrn von Schoen oder, wie man ihn spöttisch nennt, „le baron de Schoen“, sondern auch gegen den Kanzler, Herrn von Bethmann Hollweg, der sich nie der Sympathien des Hofes erfreut hat. Wie es heißt, soll dem Kaiser sogar der bekannte Berliner Wig über des Reichskanzlers Indolenz: „Hol man's Bett weg, sonst duffelt Bethmann Hollweg noch länger!“ zugebracht worden sein und S. M. soll sich über dieses Wortspiel prächtig amüsiert haben.

Herr v. Bethmann Hollweg hat manche Fehler. Die Konservativen fähen an seiner Stelle lieber einen schneidigen Draufgänger, der energisch sich in ihren Dienst stellt, stramm ihre wirtschaftspolitischen Interessen vertritt und in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident mit Beschick das königliche Versprechen einer Wahlreform so einlöst, daß an dem heutigen Dreiklassenwahlrecht eigentlich nichts geändert wird. Jedenfalls wäre dem Agrarkonservativen Herr von Rheinbaben als Reichskanzler weit angenehmer. Dem Zentrum ist Herr v. Bethmann Hollweg ein viel zu wenig impulsiver, in altpreussischen Traditionen befangener Bureaukrat; den Linkenliberalen steht er zu weit rechts und den energiegeladten aggressiven Auslands- und Kolonialpolitik wünschenden großindustriellen und kommerziellen Kreisen gilt er als indolent, schwächlich, unfähig und vor allem als zu wenig bekannt mit den auswärtigen Angelegenheiten; eine Unkenntnis, die ihn zwingt, dem Freiherrn von Schoen in seinem Ressort freie Hand zu lassen.

Außerdem hat Herr v. Bethmann Hollweg es mit sehr einflussreichen Leuten verdorben: mit den patriotischen Journalisten. Während sein Vorgänger, Fürst Billow, ausgezeichnet verstand, sich eine gewisse Kategorie von Journalisten zu Freunden zu halten, sie empfang, mit ihnen plauderte und ihnen allerlei Nachrichten zukommen ließ, die sie dann an ihre Blätter gegen schöne Honorare absetzten, versteht der neue Reichskanzler es sehr schlecht, sich eine gute Presse zu schaffen und den Prehregisseur zu spielen.

Deutlich spiegelt sich dieses Verhältnis des Herrn v. Bethmann zu den vorgenannten „reichstreu“ Kreisen in den Auslassungen der sogenannten gutgefinnten Presse wider. Nachdem neulich schon Herr v. Pappenheim im Parlament den Reichskanzler für übermüdet erklärt und ihm zur Beschaffung eines energiegeladteren Stellvertreters geraten hat, spricht Herr Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“ dem Kanzler offen seine Mißbilligung über seine Unterlassungsfünden, besonders über seinen Mangel an Schärfe gegenüber der „wüsten Steuerhebe“ aus und stellt ihm in Aussicht, daß, wenn er nicht „gewillt, entschlossen und genügend fest sei“, die deutschen, d. h. agrarischen Interessen kraftvoll zu wahren, die Tage seiner Reichskanzlerschaft gezählt seien. Und noch viel schärfer ziehen gegen ihn die Blätter der scharfmacherischen Großindustriellen los. So schreiben beispielsweise die „Berliner Neuesten Nachrichten“ in einem „Am Scheidewege“ überschriebenen Artikel:

„Man hat dem Kanzler da und dort vorgeworfen, daß er sich zu wenig zeige, womöglich, daß er zu wenig spreche. Es war leicht, nur zu leicht, mit etlichen Sarladmen zu seiner Rechtfertigung herbeizueilen und vor dem unüben Reden zu warnen. . . . Was er nicht, ist nicht das Reden, das er mit weisem Maß, noch das Arbeiten, das der Kanzler fast ohne Maß betreibt. Es ist das Handeln und das Leiten, das wir vermessen und dessen das Reich ohne großen Schaden nicht lange mehr entraten kann.“

Wir können den mehrmals vernommenen Einturf in seiner Weise anerkennen, man möge dem Kanzler doch Zeit lassen, sich zu entsalten. Ganz abgesehen davon, daß er immech ein halbes Jahr im Amt ist und einen großen Teil der Geschäfte (die gesamten inneren) doch früher schon aufs Genaueste kannte: die Zeit und das Bedürfnis des Landes stehen nicht still; sie warten nicht auf das Ausbesinnen; sie harren der Hand.

Die schwersten handelspolitischen Kämpfe stehen bevor. Politisch wird das gewaltige Anwachsen der imperialistischen Stimmen in England selbst dem leichtesten Herzen zu denken geben; und die vorausgehende Parteigruppierung (mit den Herrn als intem Gewicht der Regierungsmehrheit) verheißt noch dazu baldige Neuwahlen. Die Dinge im nahen und fernen Osten erfordern andauernde Aufmerksamkeit, nein, mehr als das, sie erfordern gute Politik!

Und wenn wir nun diesen handelspolitischen und politischen Schwierigkeiten ins Auge sehen, so ersieht uns doch der Geist der Zeit und die geringe, um nicht zu sagen die wichtige Aussicht auf eine entschlossene Verfechtung der deutschen Stellungen mit drückenden Zweifeln. Die Behörde, die dem Reichskanzler unmittelbar unterstellt ist, das auswärtige Amt, genießt in großen Kreisen der Nation nicht einen Bruchteil des Ansehens, dessen sie zur Ausfüllung ihres wichtigen Wirkungskreises auf die Dauer bedarf — neben anderen Dingen, die ihr nicht minder abgehen.

Noch steht es bei ihm, sich zu entscheiden. Gelingt es ihm nicht, das tief zerstörte Vertrauen, daß er überhaupt zu leiten versteht, wiederherzustellen, so wird das Staunen und Bedauern über das Versagen eines so verehrten Mannes doch das Verditt nicht mehr aufhalten können.“

Und bereits scheinen diese an eine bestimmte Stelle gerichteten Ausführungen der „nationalen“ Blätter einen teilweisen Erfolg zu haben. Ein Berliner Telegramm der „Rhein. Westf. Ztg.“ meldet auf Grund einer Information, die von angeblich gut unterrichteter Seite kommt, daß die Tätigkeit des Herrn v. Schoen als Leiter der auswärtigen Politik als abgeschlossen betrachtet werden könne. Die Gründe für das vermutliche Scheitern des Staatssekretärs seien nicht allein in den überaus zahlreichen Angriffen zu suchen, die von den Parteien gegen ihn laut wurden, wegen der Art, wie er deutsche Interessen im Auslande vertrate,

sondern man neige auch der Ansicht zu, daß der neue Kanzler, der in manchen Beziehungen einen von Bismarcks Geistesgaben abweichenden Kurs einschlagen wolle, dies besser tun könne, wenn ein Mann seiner Richtung Leiter des Auswärtigen Amtes sei. Ueber den Termin des Wechsels verlaute noch nichts Bestimmtes; doch werde Herr v. Schoen auf jeden Fall noch sein Ressort im Reichstag vertreten.

Delbrücks sozialpolitischer Kurs.

Heute (Montag) wurde die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Industriellen in Berlin eröffnet. Anwesend waren die Vertreter von 32 angeschlossenen Vereinen, ferner als Vertreter des Staatssekretärs des Reichsamt des Innern Geh. Oberregierungsrat Dr. Wiedefeld, vom Reichsamt des Innern Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Juppel. Nach einem Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ begrüßte im Auftrage des Staatssekretärs Delbrück Dr. Wiedefeld die Industriellen.

Er sprach das lebhafteste Bedauern aus, daß sein Chef verhindert sei, persönlich zu erscheinen. Der Staatssekretär lege Wert darauf, daß die vielseitigen Beziehungen, die das Reichsamt des Innern mit der deutschen Industrie seit Jahren verbindet, auch unter seiner Leitung aufrecht erhalten, gepflegt und gefördert werden. Um so mehr bedauere er, nicht beim dritten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung anwesend zu sein, als es sich um einen Gegenstand handle, der das Reichsamt des Innern besonders angelegentlich beschäftigt und ihm besonders am Herzen liege. Der frühere Herr Staatssekretär im Reichsamt des Innern, der jetzige Herr Reichskanzler, habe ja den Entwurf möglichst frühzeitig der Öffentlichkeit unterbreitet, weil es ihm geboten erschien, daß dieser weitläufige Stoff, an dem der größte Teil der Bevölkerung, sei es als Arbeitgeber, sei es als Arbeitnehmer, interessiert ist, eingehend und frühzeitig einer Kritik unterzogen werde. Von dieser Kritik sei in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht worden. Hier sei nicht Zeit und Ort, darauf einzugehen, wie weit in den einzelnen Punkten die Kritik berechtigt war und wie weit das Reichsamt des Innern den Anregungen glaubte Folge leisten zu können. Ich kann nur versichern, daß allen Wünschen und Gedanken, die von den einzelnen Verbänden und Gruppen geäußert worden sind, im Reichsamt des Innern nachgegangen worden ist; und ich kann versichern, daß auch Ihre hier laut werdenden Wünsche einer Prüfung werden unterzogen werden. Das eine kann ich schon jetzt erklären: die Bedenken, die die Industrie gegen den Entwurf erhoben hatte, sind im wesentlichen als berechtigt anerkannt worden. Bei der Krankenversicherung sind es die Wünsche betreffend die Betriebskrankenkassen und deren Aufrechterhaltung, bei der Unfallversicherung betreffend die Wünsche der Rentenfestsetzung und das anschließende Streitverfahren.

Zur preussischen Wahlreform.

Wie aus Kiel gemeldet wird, hat der Verband schleswig-holsteinischer Bürgervereine den „Kieler Neuesten Nachrichten“ zufolge beschlossen, sofort nach Bekanntwerden der preussischen Wahlrechtsvorlage einen außerordentlichen Verbandstag nach Altona einzuberufen und für die geheime Stimmabgabe einzutreten, da die geheime Wahl für die städtischen Wahlen nur zu erreichen ist, wenn das Landtagswahlrecht die geheime Stimmabgabe enthält.

Schädigung der Volksgesundheit durch das Cofin.

Die Regierung legt sich für das Cofin mächtig ins Zeug. Sie hat sogar Währungsversuche mit cofinfärbter Gerste angestellt und soll dadurch zu durchaus guten Resultaten gekommen sein. Immerhin soll sie sich nach Zeitungsnachrichten doch veranlaßt gesehen haben, in Zukunft die Färbung der Gerste nur mit einer halb so starken Cofinlösung wie bisher zu gestalten. Hierzu wird uns aus schleswig-holsteinischen Kleinanweirtern mitgeteilt:

„Die Regierungsschweinezucht hat die kleinen Landwirte von der Unschädlichkeit der Cofinfärbung absolut nicht überzeugen können. Es mag dahingestellt bleiben, ob die königlich preussischen Schweine, denen das Cofin so gut bekam, einen besonders guten Magen zur Verdauung des roten Farbstoffes hatten. Als sicher ist jedoch anzunehmen, daß die Regierung bei ihren Währungsversuchen nur guten, tadellofen Gerstenschrot, vielleicht mit Milch vermischt, verwendet hat. Der kleine Bäcker aber, der den Gerstenschrot in kleinen Quantitäten von den Getreidehändlern bezieht, kann wegen der Färbung nicht mehr wie früher die Qualität des Gerstenschrotes nachprüfen. Selbst eine ausgiebige Vermischung von Staub und Schmutz ist jetzt durch die rote Färbung nicht mehr zu erkennen. Daß aber ein stark verfeinertes Schrot, der nur mit Wasser angerührt den Schweinen vorgelegt wird, wie es bei den kleinen Bäckern aus Mangel an Milch vielfach geschieht, kein befriedigendes Futter für die Tiere ist, sollte selbst die preussische Regierungsbürokratie einsehen können. Selbstverständlich leidet die Qualität des Fleisches erheblich unter dem schlechten Futter. Außer dem Schaden, der dem Bäcker durch das mangelhafte Gedeihen der Tiere erwächst, wird also durch die Cofinfärbung die Volksgesundheit direkt gefährdet.“

Die lex Henke.

Die Bremer Bürgerschaft hat vergangene Woche das Gesetz zur Wählung des gefährlichen Sozialdemokraten Henke beschlossen. Allerdings nicht in seiner ganzen ursprünglichen Schönheit, was nach ein sozialdemokratischer Bürgerschaftsvertreter, der sich die offenbare Parteilichkeit des Präsidenten nicht stillschweigend gefallen lassen will, von mehreren Sitzungen — bis zu 12 — ausgeschloffen werden konnte. Den Freisinnigen war es doch klar geworden, daß sie sich durch Zustimmung zu jenes einem Wahlrechtgesetz gar zu sehr blamieren würden und so einigten sich die „Liberalen“ der diversen Couleuren dann auf eine Milderung, wonach der Präsident das Wahlrecht fordernde Mitglied von der Sitzung des Tages ausschließen darf. So glauben sie die Autorität des Präsidenten und das Renommee des Freisinnigen gewahrt.

Genosse Henke gehörte in der Verhandlung das traurige Verhalten der Mehrheit und schenkte den „Liberalen“ Herren nichts — natürlich vergeblich, das Wahlrechtgesetz wurde beschlossen. Natürlich irren sich die bürgerlichen Vertreter, wenn sie glauben, daß sich die Sozialdemokraten von dem schonbenannten Herrn Präsidenten alles gefallen lassen werden. Das jagte ihnen Genosse Henke denn auch in der deutlichsten Weise.

Wohl fühlen sich die bürgerlichen Gesetzgeber der Republik Bremen denn auch gar nicht nach ihrer Peinlichkeit. Sie scheinen sich ihrer sogar ein wenig zu schämen, denn eine Bremer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ schwärmt: „Als wesentlich für Fernerstehende zur Beurteilung dieser Angelegenheit ist hervorzuheben, daß es sich in diesem Streit um die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Ordnung gegen planmäßige Störungen handelt.“

Voraus zu ersehen ist, daß der Bremer Korrespondent des Frankfurter Demokratienblattes gerade soviel Wahrhaftigkeit besitzt, wie die Bremer Sozialliberalen Liberalismus.

Der Landrat als Kriegervereinsagitor.

Der Landrat des Kreises Quedlinburg, v. Jacobi, hat an eine Reihe von Kreisbewohnern folgende Zuschrift verschickt:

„Nach einer mir zugegangenen Mitteilung sind Sie noch nicht Mitglied des hiesigen Kriegervereins. Da es mir erwünscht erscheint, daß alle gedienten Soldaten in diese, in erster Linie für Sie in Frage kommenden Vereine eintreten und der in ihnen gewährten Wohlthaten teilhaftig werden, bitte ich Sie hiermit, Ihren Beitritt zu dem dortigen Kriegerverein bei dem Herrn Vorsitzenden desselben erklären zu wollen.“

Wenn der Landrat sich als Privatmann für die Kriegervereine interessiert und für sie agitiert, so ist das sein gutes Recht. Das erwähnte Schreiben gibt sich aber als offizielles Dienstschreiben, auf dessen Umschlag selbst der Stempel des Landrats nicht fehlt. Ja, noch mehr! Um seine private Korrespondenz recht billig erledigen zu können, versteht der Landrat diese Briefe mit dem weiteren Stempel:

Frei lt. Aders Nr. 21.
Kgl. Pr. Landrat.

Solchermaßen gekennzeichnete Briefe werden nämlich als amtliche Schreiben von der Post portofrei befördert. Ob der Herr Landrat v. Jacobi nicht weiß, daß er mit seinen Kriegervereins-Agitationsbriefen seine amtlichen Pflichten verletzt?

Ein Drüberpaar.

Die „Voss. Zeitung“, also das Hauptorgan des Freisinn, zitiert heute den Pastoralbrief des Kölner Erzbischofs Fischer, der bekanntlich gegen Wahlbindnisse mit der Sozialdemokratie loswetert. Das sonst so liberale und Kulturkampfsplan schlagende Blatt findet kein Wort der Zurückweisung dieser Einmischung eines Erzbischofs in die Politik. Im Gegenteil, es ist mit diesem Reaktionsärten aller Reaktionsäre ein Herz und eine Seele und unterstützt seine Äußerungen durch Zitierungen ähnlich lautender Weisheiten des Fürsten Salom. Höhnisch fragt es das Zentrum, ob es am Ende wagen werde, die erzbischöflichen Mahnungen nicht zu befolgen. Es hat wohl dann nicht übel Lust, mit Herrn Fischer zusammen das Zentrum in die Schranken zu fordern. Uns ist es natürlich hürdtbar gleichgültig, wie der Freisinn sich zur Frage der Wahlbindnisse stellt. Unseres Wissens ist er nicht gefragt worden und wird — was kann der arme Teufel bieten — nicht gefragt werden. Aber bezeichnend für ihre reaktionären Instinthe ist das Verhalten des braven Freisinnblattes immerhin. Im Haß gegen die Sozialdemokratie haben sich Herr Levy von der „Vossischen Zeitung“ und Herr Fischer von Köln sehr rasch gefunden.

Herr v. Loebe.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Herr v. Loebe, der Handlanger Bismarcks, scheidet aus dem Staatsdienst. Das „Vossische Teleg. Bureau“ bestätigt, daß er sein Amt nicht übernehmen wird. Zwar hat sich sein Gesundheitszustand erheblich gebessert, jedoch muß er sich auf ärztlichen Rat noch längere Zeit Schonung auferlegen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Amtes hat Erzeleuz v. Loebe auf weiteren Urlaub verzichtet und gebeten, seine Verabschiedung und die Ernennung eines neuen Oberpräsidenten herbeizuführen.

Die nachsichtige Staatsgewalt.

In Bonn, der Prinzenuniversität, ist wieder ein Korps, die „Palatia“ auf zwei Semester suspendiert worden. Die „Sänglinge der Wissenschaft“ hatten nämlich einen „Oerbock“ in Müllingdorf veranstaltet. Nach Beendigung der Anekdote begannen sie auf der Dampfstraßenbahn grobe Ausschreitungen und zertrümmerten sämtliche Fensterscheiben. Wie die weitere Unternehmung ergeben hat, ist nur durch die Umsicht des Zugpersonals ein Unglück vermieden worden. Das Strafgesetz setzt auf die Gefährdung eines Eisenbahntransportes sehr hohe Strafen. Um so bemerkenswerter ist die Milde der Behörde. Hier ist es nicht mit dem Vorgehen des Univeritätsrichters getan, hier hätte der Staatsanwalt zugreifen müssen. Wir glauben nicht, ob man Arbeitern gegenüber im gleichen Maße auch mit solcher Milde verfahren wäre.

Telegraphenarbeiter-Versammlung in Leipzig.

Die Telegraphenarbeiter Leipzigs hielten am Sonntag (28. Januar) eine Versammlung ab, in welcher der von der Postverwaltung gemahregelte Bundessekretär Wallentin in Berlin über die Lage der Telegraphenarbeiter sprach. In objektiver, aber scharfer Weise schilderte er unter lebhaftem Beifall der Versammlung die elende Lage der Arbeiter, Vorarbeiter und Handwerker in der Telegraphenverwaltung, wie auch das hinterhältige Verhalten der Parteien und ihrer Vertreter im Reichstage, die bei den Wahlen mit vielen und schönen Worten auch die Arbeiter der Reichspostverwaltung zu ungarischen verstehen, durch ihre Taten aber dann beweisen, wie wenig sie sich um die Telegraphenarbeiter kümmern. Den Beweis hätte die famose Steuerreform geliefert, die das Gros der Telegraphenarbeiter zur ständigen Unterernährung verurteilt habe. Auch von Strafen sei nichts zu hoffen. Die Telegraphenarbeiter fordern deshalb vom Reichstage, daß er sich ihrer mehr als bisher annehme und daß er namentlich das Gesetz von 1895 aufhebe, das die Anrechnung der Arbeiterjahre auf das Verdienstalter der zur Anstellung kommenden Telegraphenarbeiter, Handwerker und Vorarbeiter unmöglich mache. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der südwestdeutsche Freisinn.

In Wiesbaden wurde am Sonntag der fünfte Parteitag des südwestdeutschen Verbandes der freisinnigen Volkspartei abgehalten. Beraten wurde die Frage der Fusion der drei linksliberalen Parteien. Nach einem Referat des Rechtsanwalts Dr. Heilbrunn (Frankfurt a. M.) und einer Diskussion, in der neben begeisterten Vertretern der Verschmelzung auch Skeptiker zu Worte kamen, ja sogar die runde Ablehnung der Fusion empfohlen wurde, gelangte schließlich doch folgende Resolution — einstimmig — zur Annahme:

Der Parteitag für Südwestdeutschland tritt dem Beschluß des Zentralausschusses in allen Punkten bei und empfiehlt dem auf den 7. März einberufenen Parteitag die Annahme der Fusion auf Grund des vorgelegten Programms und Organisationsstatute.“

Rebenher hielt Rektor Kopsch noch ein paar Reden. Sonst ist kein Unglück weiter passiert.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsfrage in Ungarn.

Budapest, 24. Januar. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) Heute fand die Sitzung des Abgeordnetenhauses statt, in der sich die neue unparlamentarische Regierung Khuen-Hedervary dem Hause vorstellte. Man sah der Sitzung mit Spannung entgegen, da man Stammesgenossen erwartete und meinte, die Anhänger Justiz würden den Ministerpräsidenten nicht zu Worte kommen lassen. Doch beschränkte sich die Opposition — schon vorher hatte außer der Justiz, auch die Postverwaltung und die liberale Volkspartei dem neuen Herrn ihr Vertrauen ausgesprochen — auf Widerspruch und zeitweise erregte Zwischenrufe.

Aus der dann folgenden Erklärung Khuens ist am wichtigsten die Stellungnahme zur Wahlreform. Der Ministerpräsident erklärte, daß er die Einführung der Stimmwahl fallen lasse und auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts stehe. Doch schränkte er den Wert dieser Erklärung sehr durch den Zusatz ein, er werde „den geschichtlichen Charakter des Staates wahren“. Es ist wohlrichtig, daß Khuen selbst über die Art der Wahlreformvorlage noch nicht im klaren ist. Diese wird vielmehr vom Gange der Entwicklung abhängen, einerseits von dem Widerstand, den das

ungarische Privilegienparlament dem Sachwalter der Krone entgegenzusetzen wird, andererseits von der Kraft und Entschlossenheit des proletarischen Wahlrechtskampfes.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns telegraphisch ferner berichtet:

Bei Beginn der Sitzung wurde unter großer Spannung ein königliches Hand schreiben vorgelesen, in welchem die Enthebung des Kabinetts Wexlerle und die Ernennung des Kabinetts Khuen-Hedervary mitgeteilt wird. Der Präsident erklärte, das Hand schreiben sei hiermit ordnungsgemäß publiziert und werde auch dem Magnatenhaufe zum Zweck der Publikation zugefendet werden. Hierüber erhob sich eine langwierige, sehr bewegte Debatte, in deren Verlauf der Präsident erklärte, die Feststellung präjudiziere nicht dem Rechte des Abgeordnetenhauses, die Ernennung des Kabinetts und das Programm der Regierung in Diskussion zu ziehen. Erst gegen 1 1/2 Uhr erhob sich Graf Khuen-Hedervary und verlas eine Erklärung der Regierung, in welcher es heißt, der Zweck der Kabinettsbildung sei, die lange sich hinschleppende Krise durch streng gesetzliche verfassungsmäßige Mittel zu lösen, sowie das Verhältnis zwischen Krone und Nation vor Schaden zu bewahren. Das Kabinett zähle hierbei auf die Unterstützung des Abgeordnetenhauses, sollte diese verlag werden, so beabsichtige das Kabinett Neuwahlen anzuordnen. Was die wirtschaftliche Unabhängigkeit betreffe, so sei dieses Recht Ungarns von seinem kompetenten Faktor in Zweifel gezogen worden. Es sei jedoch eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob dieses Recht in dieser Weise oder abweichend von dem jetzigen System ausgeübt werden solle. In der Bankfrage seien entgegen gesetzte Anschauungen aufgetaucht, die Regierung werde seinerzeit einen Vorschlag unterbreiten, der den Interessen des Landes entsprechen werde. Der Ministerpräsident legte darauf das Budgetprovisorium und den Handelsvertrag mit Rumänien vor und erklärte, ihre Annahme sei unabhängig von der Vertrauensfrage. Die Annahme werde aber einen Präzedenz bilden dafür, ob ein Zusammenwirken mit diesem Hause möglich sei. Die Debatte über den Antrag des Abgeordneten Kabay auf Ueberweisung an eine Kommission wurde auf morgen vertagt.

Spanien.

Verhaftung eines Gemeinderats.

Paris, 24. Januar. Aus Barcelona wird berichtet, daß der gesamte Gemeinderat von San Feliu, wo ein Generalstreik ausgebrochen ist und bereits beunruhigende Formen angenommen hat, auf Befehl des Generalgouverneurs verhaftet worden sei.

Gegen die Zollserhöbungen Frankreichs.

Paris, 24. Januar. Aus Madrid meldet man, daß die französischen Zollserhöbungen auch in Spanien lebhaft Verstimmung hervorgerufen haben. Namentlich die Erzeuger von Korkstopfen und die Südkautschukhändler hätten das Ministerium ersucht, bei der französischen Regierung Zollsermäßigungen durchzusetzen.

Schweden.

Die Bombenaffäre.

London, 24. Januar. Nach Verhandlungen von mehreren Monaten wurde heute durch das Polizeigericht die Auslieferung des schwedischen Gelehrten Dr. Edenberg beschlossen, der des Mordversuchs wegen Absendung von Bomben durch die Post an mehrere Personen in Schweden verdächtig ist. Dr. Edenberg hat die Erlaubnis erhalten, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Rußland.

Ein Polizeistreik gegen die Sozialdemokratie.

Petersburg, 24. Januar. Die politische Geheimpolizei, welche Kenntnis erhalten hatte, daß die sozialdemokratische Organisation am 22. d. M. zur Erinnerung an den Ausbruch der russischen Revolution vor fünf Jahren in einigen Fabriken Versammlungen abhalten wollte, verhaftete in der Nacht auf den 20. das Petersburger Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei als ungesetzmäßiges Zentralbureau der Arbeiterverbände. Die Prüfung des beschlagnahmten Archivs dieses Komitees hat jetzt nach amtlicher Feststellung ergeben, daß viele der Verhafteten an dem Antialkoholkongress teilgenommen haben und bemüht gewesen sind, diesem einen regierungsfreundlichen Charakter zu geben. (Damit muß also die offiziöse Meldung selbst zugestehen, daß zu dem Willkürakt der Polizei nicht der geringste Grund vorlag.)

Unruhen in Buchara.

Petersburg, 24. Januar. Wie aus Reubuchara vom gestrigen Tage gemeldet wird, finden zu Buchara schon zwei Tage hindurch blutige Zusammenstöße zwischen Sunniten und Schiiten statt. Auf beiden Seiten wurden Personen getötet. Einige persische Läden wurden geplündert. Die Urheber der Unruhen, sunnitische Studenten, ziehen haufenweise durch die Straßen und haben es auf Perser und schiitische Beamte abgesehen. Die Sunniten strömen aus der Umgebung nach Buchara und fordern die Absetzung des Stadthalters. Auf Bitte der bucharischen Regierung ist eine russische Truppenabteilung nach Reubuchara entsandt worden. Nach den letzten Nachrichten aus Reubuchara hat das Wenden gestern Abend dort aufgehört. Die Zahl der Getöteten wird auf etwa hundert angegeben. Zum Schutze der russischen Institute, Banken und Transportkontoren in Reubuchara sind russische Schutzwachen aufgestellt worden.

Türkei.

Das Regierungsprogramm.

Konstantinopel, 24. Januar. Die Kammer nahm das Anerbieten der Prinzessin Kajimeh, einer Tochter des verstorbenen Sultans Abdul Hüd, an, die ihr Palais am Bosporus der Kammer zur Verfügung stellt. Hierauf verlas der Großvezir das Regierungsprogramm, das lebhaften Beifall hervorrief. Er sprach zunächst über die innere Politik des Kabinetts. Dieses sei durchaus homogen zusammengesetzt. Die erste Pflicht der Regierung sei die Verhütung der Gemüter, die Befestigung der Ordnung und vernünftiges Hinüberleiten des Volkslebens in normale Bahnen, aus denen es infolge der Aprilereignisse herausgerissen worden sei. Eine Abgrenzung der Staatsgewalt sei nötig, die Beamtenfrage müsse gerichtet werden, die Kräftigung der Eintracht zwischen den verschiedenen Nationalitäten sei unerlässlich, wozu auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beitrage. Dann werden Spezialmaßnahmen für einige Provinzen angekündigt, ferner der Finanzlage des Reiches entsprechende Maßnahmen zur Verstärkung der Armee und Flotte befohlen Sicherung des Friedens. In der auswärtigen Politik werde das Kabinett die Politik des früheren Kabinetts beibehalten, in dem es seine Vertragspflichten erfülle, gegen niemand illegale oder aggressive Tendenzen verfolge, aber die Rechte des Vaterlandes verteidige. Der Großvezir schloß: Jemehr die Legislative und Exekutive die Verfassung wahren und sich verfassungswidrigen Handlungen enthalten, desto mehr werden sie an Sympathien gewinnen, desto mehr werden wir bei der Wahrung der Rechte der Türkei Erfolg haben und desto leichter uns von den veralteten Kapitulationen befreien, die den Fortschritt verhindern.

Die Kammer nahm dann mit 187 gegen 34 Stimmen ein Vertrauensvotum für das Kabinett an.

Gewerkschaftliches.

Also richtig um einhundert Prozent nach unten gewachsen!

Am 16. Januar berichtete der „Vorwärts“ über eine sogenannte Arbeiterorganisation, deren Mitgliederzahl mit „erheblichem Zuwachs“ bekannt gemacht wurde. Es handelte sich um den Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine, der bekanntlich mit zu den beim Nationalliberalismus gern gesehenen Organisationen der Arbeiter gehört. Es sind zwar meist nur die Hälfte der Mitglieder dieser Vereine wirkliche Arbeiter, aber ganz abgesehen davon, glücklich teilte die „Kölnische Zeitung“ doch mit, daß das ihr nachstehende Kind auf 43 086 Mitglieder gewachsen sei. Wir mühten demgegenüber leider feststellen, daß 1907 auf dem Delegiertentage ebendieser Organisation eine Mitgliederstatistik an die Anwesenden gegeben wurde, nach der der Gesamtverband 91106 Mitglieder zählte. Der evangelische Arbeiterverband ist also in rund zwei Jahren um über 100 Proz. nach unten gewachsen. Wir fragten darauf vorsichtigerweise die „Kölnische Zeitung“, ob sie uns einige Aufklärung über dies sonderliche Wachstum geben könne. Leider hat sie es bis heute, soweit wir erkennen können, nicht getan; wir müssen uns also damit abfinden, daß der evangelische Gesamtverband wirklich nach unten gewachsen ist. So mag es überdies verschiedenen anderen der sogenannten Arbeiterorganisationen mit ihren Mitgliedern ebenfalls gehen; es wird nur nicht in jedem Einzelfalle bekannt.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter.

In einer imponierenden Masse versammelten sich die in den Lagerbierbrauereien, Malzfabriken und Bierbierlagern von Groß-Berlin beschäftigten Arbeiter am Sonntagvormittag im „Reenpolsa“. Eine wichtige Etappe in der Tarifbewegung stellte diese Versammlung dar, und zum ersten Male in der Arbeitergeschichte von Berlin standen die Brauereiarbeitergruppen geschlossen zusammen, um in den Kampf für einen Einheitsstarif zu ziehen. Gegenwärtig sind noch vier verschiedene Tarife in Geltung, aber die Arbeiter haben die Nützlichkeit des gemeinsamen Vorgehens erkannt; dem allgemeinen Interesse gegenüber wick die Rivalität der einzelnen Verbände zurück, und nach zahlreichen Beratungen der Kommissionen der verschiedenen Gruppen und Verbände gelang es, einen Einheitsstarif zur allgemeinen Zufriedenheit aufzustellen. Dieser Tarif — zuletzt das Werk der von den verschiedenen Kommissionen gewählten Verhandlungskommission von 15 Mann — lag der Versammlung gedruckt vor.

Die Versammlung war von den folgenden Verbänden einberufen worden:

Brauereiarbeiterverband, Verband der Böttcher, Transportarbeiterverband, Metallarbeiterverband, Verband der Maschinisten und Heizer, Holzarbeiterverband, Verband der Schmiede, Verband der Kupferschmiede, Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein, Verband der Maler und Lackierer, Verband der Rauerer, Verband der Sattler und Verband der Zimmerer.

Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Polizei schien die Wichtigkeit der Versammlung in hohem Maße zu würdigen. Ein starkes Schutzmannaufgebot umlagerte den „Reenpolsa“, von wenigstens fünf Polizeioffizieren besetzt. Man sperrte den Saal sogar ab, als der Andrang gar zu groß erschien. Immerhin hatten auf der letzten Galerie noch etwa hundert Mann Platz finden können. Der starke Zustrom sowie die Stimmung in der Versammlung zeigten, daß die Arbeiter entschlossen sind, den Kampf um ihre Rechte mit großer Energie aufzunehmen.

Träger, vom Brauereiarbeiterverband, eröffnete die Versammlung und begrüßte den vorliegenden Tarif als das Werk der Eintracht unter den Brauereiarbeitern gegenüber dem Unternehmertum. Er erläuterte dann die im Tarif festgelegten Sätze über Lohn und Arbeitszeit der verschiedenen Arbeiterkategorien. Das Hauptbestreben ging dahin, nach Möglichkeit Ausgleich und Einheitlichkeit durch die vorgeschlagenen Verbesserungen zu schaffen. Für die Brauer und an deren Stelle beschäftigte Hilfsarbeiter, für die Böttcher und Böttcherhilfsarbeiter und für die Handwerker wird ein Minimallohn von 38 M. pro Woche gefordert. Die Löhne der Handwerker variieren bisher zwischen 28 bis 34 M. Für die Hilfsarbeiter bei den Handwerkern soll der Minimallohn 35 M. betragen, nehmen sie aber die Stelle eines Handwerkers ein, so erhalten sie ebenfalls 38 M. Für alle genannten Arbeiter soll die Arbeitszeit um 7 Uhr morgens beginnen und betragen: bei Tagelohn 8 1/2 Stunden innerhalb 10 Stunden, bei Nachtlohn 8 Stunden innerhalb 9 Stunden. Ausnahmen werden gemacht für Taxischaffner, im Subhaus und beim Bierlaufen, wo die Arbeitszeit 8 Stunden täglich in 3 Kolonnen und 6 Schichten pro Woche betragen soll.

Für die Maschinisten und Heizer wurden 36 M. Lohn (bisher erhielten die Maschinisten 31 bis 33 M., die Heizer 29 bis 31 M.), für die Abschmierer und Kohlenschlepper 33 M. (bisher 28 bis 27 M.) gefordert. Für alles Maschinen- und Kesselpersonal soll die Arbeitszeit 8 Stunden täglich in 3 Kolonnen und 6 Schichten pro Woche betragen; an jedem dritten Sonntag sind 48 Stunden freizugeben.

Für die Kellerarbeiter änderte die Versammlung den von der Kommission vorgeschlagenen Lohnsatz von 30 M. — dies war die einzige Änderung, die im Tarif vorgenommen wurde — dahin ab, daß für die Kellerarbeiter ebenso wie für die Hofarbeiter der Minimallohn 32 M. betragen soll. Die Arbeitszeit soll dieselbe sein wie bei den Brauereiarbeitern und Handwerkern. Die Hofarbeiter verlangen für Nachtschicht 3 M. extra; für Kahn- und Wagnelader und für die Hofarbeiter, die im Schachthaus Bier laden, sind 3 M. pro Woche extra zu zahlen.

Für das Fahrpersonal, bei dem die verschiedenartigsten Verhältnisse zu berücksichtigen sind, hat die Kommission eine lange Reihe von Bestimmungen getroffen, um der bisherigen Regellosigkeit und der Willkür der Brauereibesitzer und Unternehmer zu begegnen. Die Fahrer haben sehr große Ausgaben, um die Kundenschaft zu oder vielmehr dem Unternehmer zu erhalten, daher fordern die Fahrer, daß ihnen ein Lohn von mindestens 4000 Mark pro Jahr garantiert wird, und zwar bei vierteljährlicher Abrechnung. Ebenso fordern die Pfaffenfahrer 2500 M. bei monatlicher Abrechnung, die Privatfahrer 2000 M. bei vierteljährlicher Abrechnung. Wochenlöhne von 25 bis 36 M. nebst Provisionen werden verlangt. Die Stallente sollen 35 M., die Chauffeur: 42 M. erhalten. Die Arbeitszeit für das Fahrpersonal beträgt die als sehr notwendig empfundene genaue Regelung.

Nachdem Träger diese Forderungen vor der Versammlung eingehend begründet und erläutert hatte, nahm Siering als Vertreter der Handwerkergruppen in der Kommission das Wort zu den „allgemeinen Bestimmungen“ im Tarif. Er besprach zuerst die Heberzeitarbeit, die möglichst zu vermeiden sei und machte dann darauf aufmerksam, daß der Handtrunk als Teil des Lohnes zu betrachten sei. Es wird darüber im Tarif bestimmt:

An Handtrunk wird gewährt:

Für Brauer, Böttcher und an deren Stelle Beschäftigte 5 Liter für Flaschenkellerarbeiter und „Verschiedene“ im Winterhalbjahr	2
Für Flaschenkellerarbeiter und „Verschiedene“ im Sommerhalbjahr	3
Für Maschinisten und Heizer	3
Für Handwerker und deren Hilfsarbeiter	2 1/2
Für Fahrer und Mitfahrer	2
Für Chauffeurs, Reservefahrer, Stallente und Hofarbeiter	3

Für jede angefangene Ueberstunde wird 1/2 Liter Bier gewährt. — Das nicht getrunzene Bier wird mit 20 Pf. pro Liter zurückvergütet. — Es darf nur gutes, verkaufsfähiges Lagerbier als Handtrunk Verwendung finden. — Den Arbeitnehmern ist Gelegenheit zu geben, auch während der Arbeitszeit Bier zu trinken.

In der Bestimmung über den Urlaub heißt es:

Der Urlaub beträgt:	
bei einjähriger Tätigkeit	3 Werktage
dreijähriger	6
fünfjähriger	12

Der Urlaub wird unter Zahlung des doppelten Lohnes einschließlich Provision und Freibier gewährt.

Der 1. Mai wird als Feiertag verlangt.

Siering betonte die Bedeutung eines einheitlichen Tarifs für die Brauereiarbeiter und ersuchte, sich damit zufrieden zu geben, wenn auch nicht alle Wünsche berücksichtigt werden konnten.

Im Namen des Deutschen Transportarbeiterverbandes nahm A. Werner das Wort und besprach im besonderen die Verhältnisse beim Fahrpersonal, die durch den neuen Tarif eine entscheidende Besserung erfahren sollen. Schmidt, als Vertreter vom Zentralverband der Brauereiarbeiter, ergänzte noch manche Ausführungen von Träger, auch in bezug auf das Fahrpersonal.

Im Namen des Deutschen Metallarbeiterverbandes begrüßte Otto Handke die Versammlung und erklärte, daß die organisierten Arbeiter dem Unternehmertum im Brauereigewerbe keinen Zweifel darüber lassen dürften, daß sie einverstanden seien mit der Tarifvorlage der Brauereiarbeiter und daß sie vor den Konsequenzen nicht zurückschrecken würden, wenn es zum Kampfe kommen sollte. (Beifall.)

Klisch vom Transportarbeiterverband wandte sich an die Arbeiter in den Bierbierlagern, deren Interesse volle Berücksichtigung erfahren würden. Auch Träger trat dafür ein und bemerkte, daß die Frage, wie weit der Umkreis um Berlin für die Niederlagen gezogen würde, noch offen sei. Nach einigen weiteren kurzen Ansprachen und nach Erledigung der erwähnten Angelegenheit der Kellerarbeiter nahm die Versammlung die Vorlage einstimmig an.

In einem Schlußwort feuerte Siering zur Agitation und Organisation unter allen Brauereiarbeitern an, wobei er hervorhob, daß keine Streitigkeiten unter den Verbänden wegen Organisationsfragen aufkommen dürften, daß jetzt alle Kräfte gemeinsam für den Einheitsstarif wirken müßten.

Siering machte darauf aufmerksam, daß als Publikationsorgan der Kommission für alle Fragen der Tarifbewegung einzig und allein der „Vorwärts“ in Betracht komme, daß somit jeder Arbeiter angewiesen sei, den „Vorwärts“ zu lesen, um sich über den Stand der Bewegung zu unterrichten.

Ein Streit der Herrenkonfektions Schneider

Am heutigen Tage bei der Firma Adalbert Stier, Ballstraße 9—12, ausgebrochen. Die bei der Firma teils in der Werkstatt, teils mit Heimarbeit beschäftigten Schneider haben gestern abend in einer zahlreich besuchten Versammlung einstimmig die Arbeitsniederlegung beschlossen. Sie hatten bereits am 17. Januar Forderungen eingereicht, um zu geregelten Lohnverhältnissen zu gelangen. Aber Herr Stier hielt es nicht für nötig, mit den Arbeitern und ihren Organisationsvertretern darüber zu verhandeln. Er behauptet, daß bereits ein Tarifvertrag bestehe, oder noch bestehe. Tatsächlich hat die Firma diesen Vertrag seit mehr als zwei Jahren fortgesetzt gebrochen und ihn auch selbst für ungültig erklärt. In der Versammlung trat nur die eine Meinung hervor, daß, um bei Adalbert Stier zu geregelten und erträglichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu kommen, kein anderes Mittel als die Arbeitsniederlegung helfen kann.

Die Einseher hielten am Sonntag bei Voelker eine Branchenversammlung ab, in der die Beratung ihres Tarifs auf der Tagesordnung stand. Diese Angelegenheit hatte schon die vorletzte Branchenversammlung beschäftigt. Damals war beschlossen worden, die verschiedenen Vorschläge erst einmal in den Bezirksversammlungen zur Beratung zu stellen. Der Versammlung am Sonntag lagen nun in großer Anzahl Anträge der Bezirke zur Abänderung verschiedener Positionen sowie zur Ergänzung des Tarifs der Einseher vor. Es war eine solche Fülle von Anträgen, daß es nicht zu möglich war, in dieser Versammlung sie alle einzeln zur Diskussion zu stellen. Aus diesem Grunde schlug die Branchenleitung vor, die Versammlung möge beschließen: 1. für die Branche der Einseher, entsprechend dem Vertragsentwurf der Holzarbeiter, gleichfalls 5 Proz. Lohnerhöhung sowohl für die Lohn- wie für die Akkordarbeiter zu fordern; 2. Klarstellung und deutliche Umschreibung strittiger Punkte des Tarifs zu verlangen, und 3. Neuaufnahme von Arbeiten in den Tarif, die bis jetzt nicht darin aufgeführt worden sind und doch im Verufe häufig vorkommen. Die Versammlung erklärte sich nach kurzer Diskussion mit dem Vorschlag der Branchenleitung einverstanden. Sie wählte sodann eine Kommission, die bei den Verhandlungen mit den Unternehmern die Branche vertreten soll.

Achtung, Töpler! Folgende Bauten sind zu meiden, da dieselben von gesperrten Firmen ausgeführt werden: Bau Gustav Altriet, Bahnhofsstraße Ecke Raumburger Straße, Rixdorf, und Bau Klinfert, Kaiser-Wilhelm-Straße 124, Rankwitz.

Kollegen, welche Lohnforderungen an die gesperrte Firma Raasch haben, verweisen wir auf die Annonce im heutigen „Vorwärts“.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Färber in Eibersfeld-Barmen. Die Färber- und Bleichereibesitzer haben am Freitag einen Verein gegründet, der als Unterverband des Bergischen Arbeitgeberverbandes gilt. Letzterer hat sich bereit erklärt, für die in Streit erklärten Firmen materiell einzutreten. Am Sonnabendabend hatten bereits 351 Arbeiter, die bei 11 Firmen beschäftigt sind, die Arbeit niedergelegt. 5 Firmen haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt, darunter eine, wo die Kündigung eingereicht war.

Eine Bewegung der Schneider ist in Erlangen im Gange. Sie ist durch das prozige Verhalten der Unternehmer in ein neues Stadium getreten. Die Herren haben den vorgelegten, nur minimale Erhöhungen fordernden Tarifentwurf abgelehnt und mit der Vorlage eines eigenen Entwurfs geantwortet, der mehrfache Verschlechterungen enthält. Unterhandlungen verliefen ergebnislos. Die Arbeiter wollen vor Ergriffung anderer Maßnahmen erst Anweisungen ihres Hauptverbandes einholen.

Arbeitsamt und Streikbrechervermittlung.

Das städtische Arbeitsamt in Augsburg hat in seiner Geschäftsordnung den Passus, daß bei Streiks und Aussperrungen die Arbeitsvermittlung für die bestreikten Orte und Betriebe eingestellt wird. Diese Vorschrift hat sich während der ganzen Zeit des Bestehens dieser Institution sehr gut bewährt. In der Sitzung des Magistrats vom 22. Januar wurde nun ein Antrag angenommen, nach welchem in Zukunft die Vermittlung von Arbeitern nach bestreikten Orten und Betrieben fortgesetzt werden soll; den Arbeitssuchenden sollen lediglich durch Anschlag im Arbeitsamt die Orte bekanntgegeben werden, die von Streiks und Aussperrungen betroffen sind. Mit Annahme dieses Antrages ist natürlich das paritätische städtische Arbeitsamt zum Vermittlungsbureau für Streikbrecher gemacht worden; daran ändert auch die Bekanntgabe der bestreikten Orte durch Anschlag nichts. Die eigentlichen Urheber des Verschlechterungsantrages sind die Augsburger Unternehmer, die sich bei den kommenden Tarifkämpfen im Baugewerbe und in der Holzindustrie der Tätigkeit des Arbeitsamtes zu ihren Gunsten versichern. Der Magistrat ist dem Wunsche der Unternehmer prompt nachgegeben und hat sich damit bei den in Aussicht stehenden Tarifkämpfen ohne weiteres auf Seite der Arbeitgeber gestellt.

Ausland.

Vertragsbruch der Straßenbahngesellschaft in Stockholm.

Die große Straßenbahngesellschaft von Stockholm wurde bekanntlich noch ein paar Monate, nachdem der allgemeine Massenstreik schon beendet war, von der Arbeiterschaft fortgesetzt boykottiert, bis die Gesellschaft sich zu Verhandlungen bereit fand. Sie verpflichtete sich dann, bei Bedarf von neuem Personal dem alten Personal, das am Massenstreik teilgenommen hatte und noch nicht wieder eingestellt war, soweit es sich bis zum 11. Dezember 1900 anmeldete, den Vortritt einzuräumen. Diese Bestimmung sollte bis Ende des Jahres 1910 gelten. Nun hat die Gesellschaft jedoch kürzlich mit einem Male 14 Leute vom Lande eingestellt, die noch gar nicht im Straßenbahndienst tätig waren, während noch immer eine große Anzahl vom alten Personal vorgemerket, aber nicht eingestellt ist. Die Gesellschaft hat also ganz offenkundig einen Bruch jenes Uebereinkommens verübt. „Sozialdemokraten“ bemerkt unter anderem, daß dieser Vertragsbruch leicht dazu führen kann, daß die Straßenbahn von neuem boykottiert wird. Das Personal hatte sich feierlich in jenem Uebereinkommen verpflichtet, für die Aufhebung des Boykotts zu sorgen, und diese von der Arbeiterschaft übernommene Verpflichtung ist denn auch ehrlich durchgeführt worden. In den Monaten Oktober und November waren die Einnahmen der nördlichen Straßenbahngesellschaft um je 50 000 Kronen geringer als in denselben Monaten des vorhergegangenen Jahres; im Dezember betrug die Mindereinnahme gegenüber dem Vorjahre jedoch nur noch 14 000 Kronen. Der Boykott war aufgehoben, und wenn die Einnahmen nicht dieselbe Höhe wie 1908 erreichten, so war das eben eine Folge der großen Arbeitslosigkeit und des schlechten Geschäftsganges.

Uebrigens hat die Arbeitslosigkeit in Stockholm einen außerordentlich großen Umfang angenommen, und die Stadt hat als Arbeitgeber dazu beigetragen, das Elend noch zu vermehren. Statt sofort Notstandsarbeiten in Gang zu setzen, hat die städtische Verwaltung kurz vor Weihnachten rund 600 Arbeiter entlassen. Da in diesem Winter bisher noch kein Schnee gefallen ist, steht den vielen Arbeitslosen auch die Möglichkeit, sich durch Schneeschaukeln gelegentlich etwas Verdienst zu verschaffen. Das ist ein nicht geringer Ausfall, denn ein einziger starker Schneefall pflegt der Stadt 30 bis 40 000 Kronen Unkosten zu verursachen. Die städtischen Behörden stehen der Arbeitslosigkeit ziemlich gleichgültig gegenüber; der Chef des städtischen Bauwesens will sich mit ganzen 150 000 Kronen begnügen, um Notstandsarbeiten auszuführen.

Versammlungen.

Die Kartonarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Donnerstag in den „Fortuna-Festhallen“, Strausberger Straße, ihre Branchenversammlung ab, um den Jahresbericht ihrer Agitationskommission entgegenzunehmen. Wie aus dem Bericht, den der Obmann Klappenbach gab, hervorging, hat die Kommission eine sehr rege Tätigkeit entfaltet, was schon daraus zu ersehen ist, daß sie im Laufe des Jahres an nicht weniger als 488 Sitzungen teilnahm. Zum Teil hat die umfangreiche Arbeit sich nicht so fruchtbar erwiesen, wie es zu wünschen gewesen wäre, da es hier und da in der Kartonarbeiterschaft noch allzu sehr an dem nötigen Verständnis für die Wichtigkeit der Sache fehlt. Verhandlungen mit Arbeitgeber haben 20 stattgefunden. Es wurden dabei verschiedene Verhältnisdifferenzen meist mit gutem Erfolg geregelt. Zu einem großen Teil handelte es sich bei den Verhandlungen um die Lohnbewegung in der Postkartonindustrie, die bekanntlich mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages endete, der nicht, wie der alte Vertrag, nur für die Rieter, sondern auch für die Zuschneider und Arbeiterinnen gilt. Dieser Tarif ist feierlich von der Arbeiterschaft dieser Spezialbranche nur nach heftigem Widerspruch eines Teiles ihrer Versammlung gutgeheißen worden, da die Meinung hervortrat, daß dabei kaum irgendwelche nennenswerte Verbesserung, ja eher Verschlechterung der Lohnverhältnisse herauskommen werde. Eine Lohnstatistik, die allerdings noch unvollkommen ist, zeigt, daß der Wochenverdienst der Rieter nach dem neuen Tarif um durchschnittlich 1,90 M. gestiegen ist. Im übrigen erwähnte der Obmann, daß in zwei Kartonfabriken die neue Bronzepresse eingeführt ist, bei deren Anwendung die ganze Werkstatt in Bronzehaub gefüllt wird, was natürlich eine außerordentlich starke Gefahr für die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter mit sich bringt. Diese Maschine hat noch mehr, als in den Kartonindustrie, in der Zugschneiderei Eingang gefunden. Es ist nun eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die diesen Gesundheitsgefahren gegenüber für Abhilfe sorgen soll. Dem Bericht folgte eine rege Diskussion, in der besonders betont wurde, daß in der Branche mit noch immer größerem Eifer für die Stärkung der Organisation gefordert werden muß.

In die Agitationskommission wurden gewählt: Klappenbach, Karl Krüger, Otto Richter, Karl Riecke und Fräulein Drohne; als Beisitzer im Schiedsgericht Klappenbach, Otto Richter und Riecke; als Vertreter für die Ortsverwaltung des Buchbinderverbandes Krüger und Klappenbach.

Eine zentrale Versammlung von Warenhausangestellten hatte der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands am Freitag nach den „Arminshallen“ einberufen. Die Firma A. Jandorf hatte wieder einmal den Anlaß hierzu gegeben. In dichten Scharen eilten die Warenhausangestellten herbei, um gegen Jandorfs Hausgericht zu protestieren, mit dem, wie unseren Lesern erinnerlich, sich jüngst „Vorwärts“ (Nr. 18 vom 16. Januar) eine Gerichtsverhandlung zu beschaffigen hatte. Frau Regina Friedländer hatte das Referat übernommen. In klarer, anschaulicher Weise brachte sie der überfüllten Versammlung das Geschwidrige und das Empörende jener Handlungsweise des Geschäftsführers Herrn Wuchenholz zum Bewußtsein. Sie ermahnte die kaufmännischen Angestellten, die Konsequenzen aus einer derartigen Behandlung, wie sie bei Jandorf gang und gäbe ist, zu ziehen. „Selbsthilfe“ heiße die Forderung, um sich eine menschenwürdige Behandlung zu sichern. Auch die elenden Gehälter und die überaus lange Geschäftszeit könnten nur durch eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation gebessert werden; Schulter an Schulter mit der gesamten Arbeiterschaft müßten die Handlungsgehilfen und Gehilfen sich ihre wirtschaftliche Freiheit erkämpfen. In der Diskussion ergriffen nacheinander frühere Angestellte Jandorfs, Chauffeurs, Hausdiener, Verkäufer und selbst Einkäufer das Wort, um ihre Schicksal und ihre Erfahrungen zum besten zu geben. Die lebhafteste Zustimmung, die auch diese Redner fanden, bewies, daß heute wie ehedem die Zustände bei Jandorf genau dieselben geblieben sind. In gegebener Zeit wird die Macht der Organisation hier ihr Wort zu sprechen haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Großfeuer wegen eigenem Verschulden.

Ruhrort, 24. Januar. (B. S.) Im Kaiserhafen brannte heute das Lager der Firma Reichmann vollständig nieder. Der Brand ist dadurch entstanden, daß gegen die polizeilichen Vorschriften größere Mengen Karbid dort lagerten, die sich selbst entzündeten. Der durch das Feuer entstandene Schaden beträgt 100 000 M.

Die Ueberschwemmungen in Frankreich.

Paris, 24. Januar. (B. S.) Ganz Chalons sur Saone steht unter Wasser. Zwei Personen sind während der Rettungsarbeiten ertrunken. Viele Leute haben sich auf die Dächer der Häuser geflüchtet und rufen verzweifelt um Hilfe. Dampfboote sind zur Hilfeleistung abgeandert.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung, Montag, den 24. Januar 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Arnim-Erieben.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst sieben Besetzungswürfe betreffend

Erweiterung von Stadtkreisen (Eingemeindung).

Es findet darüber eine allgemeine Besprechung statt. Abg. Ling (Z.): Wir halten es prinzipiell für notwendig, mit größter Vorsicht an die Frage von Eingemeindungen heranzugehen...

Abg. Hund (fr. Sp.): Die Städte stehen den Eingemeindungen mit äußerster Gemischnis gegenüber. Was die Städte in sich aufnehmen, ist meist an Steuerkraft nicht entsprechend den für das neue Gebiet aufzuwendenden Mitteln...

Die Abgg. Schr. v. Jeditz (H.) und Schröder-Kassel (nat.) betonen einige Schwierigkeiten der Eingemeindungen und weisen auf die Notwendigkeit von Zweckverbänden hin.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß spätestens in der nächsten Session ein Gesetz zur Regelung der Frage der Zweckverbände vorgelegt werden soll.

Abg. Hoff (fr. Sp.) bemängelt, daß vielfach bei Eingemeindungen zu große Rücksicht auf die Landgemeinden unter Verletzung der Interessen der Stadtgemeinden genommen wird.

Abg. Borgmann (Soz.):

Wir sehen in der Menge der Eingemeindungsvorlagen ein erfreuliches Zeichen der Entwicklung unserer Städte in der Provinz. Es ist zu begrüßen, daß es bei uns nicht so geht wie in anderen Ländern, in denen sich alle Entwicklung auf die Hauptstadt des Reiches konzentriert...

Schr. v. Jeditz hat auf den Schnellbahnstreit zwischen den Vororten Berlins hingewiesen und die Notwendigkeit von Zweckverbänden betont. Noch viel mehr aber sprechen hierfür aber für die Eingemeindung der Vororte in Berlin die Steuerverhältnisse in Groß-Berlin...

Abg. Frenker (Z.) fordert Heranziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger bei der Konzeptionierung gewerblicher Anlagen. Abg. Dr. Schröder-Kassel (nat.) empfiehlt zur Beseitigung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft die Bildung von Rentengütern...

Abg. Humann (Z.) fordert, daß die Kosten für die Fleischschau aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Die Fleischsteuerung hat ihre Ursache in der Verteuerung der allgemeinen Produktionskosten...

Darauf wird tagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. (Auserdem: Etat der Gestütverwaltung.)

Vorortsgemeinde erst auf die Zeit der Eingemeindung verlegt wird. Das bedeutet eine Begünstigung der Grund- und Bodenspekulation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was das Verhältnis der Kreise zu der Eingemeindung betrifft, so mache ich mich darauf aufmerksam, daß von den Kreisen vielfach große Verschwendung mit öffentlichen Mitteln getrieben wird. So hat z. B. der Provinzialverband Brandenburg lediglich auf Grund der Steuerkraft der westlichen Vororte vier Millionen Mark für die Schaffung eines Provinzialgebäudes aufgewandt...

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Der inneren Kolonisation ist der Großgrundbesitz nicht besonders günstig gesinnt, das hat auch Schr. v. Wangenheim zugegeben. Ebenso wenig Interesse bringt man dieser Frage in den Kreisen der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung entgegen...

Abg. Eder (nat.): Wir betrachten die Landwirtschaft als die Arquelie der Volksgesundheit und der Wehrkraft. Wir halten die möglichste Stärkung der Landwirtschaft für eine nationale Forderung. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Kessel (H.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir nicht gehört seit der Zeit vor den letzten Wahlen. Ich weiß nicht, ob das zufällig ist. (Beifall.)

Abg. v. Kessel (H.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir nicht gehört seit der Zeit vor den letzten Wahlen. Ich weiß nicht, ob das zufällig ist. (Beifall.)

Abg. v. Kessel (H.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir nicht gehört seit der Zeit vor den letzten Wahlen. Ich weiß nicht, ob das zufällig ist. (Beifall.)

Abg. v. Kessel (H.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir nicht gehört seit der Zeit vor den letzten Wahlen. Ich weiß nicht, ob das zufällig ist. (Beifall.)

Abg. v. Kessel (H.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir nicht gehört seit der Zeit vor den letzten Wahlen. Ich weiß nicht, ob das zufällig ist. (Beifall.)

Abg. v. Kessel (H.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir nicht gehört seit der Zeit vor den letzten Wahlen. Ich weiß nicht, ob das zufällig ist. (Beifall.)

Abg. v. Kessel (H.): Eine Rede wie die des Herrn Crüger haben wir nicht gehört seit der Zeit vor den letzten Wahlen. Ich weiß nicht, ob das zufällig ist. (Beifall.)

Darauf wird tagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. (Auserdem: Etat der Gestütverwaltung.)

Bergarbeiterverhältnisse in Preußen.

Dem preussischen Landtage ist die Uebersicht über die Ergebnisse des Betriebs der unter der Berg-, Hütten- und Salinerverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1908 zugegangen. Wir entnehmen daraus, daß das Gesamtergebnis der Werke von dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang nicht unberührt geblieben ist...

Allerdings läßt sich nicht bestreiten, daß die Ueberschüsse der Staatswerke in den letzten Jahren ganz erheblich gesunken sind. Belief sich der Ueberschuß im Jahre 1899 auf 87 Millionen, im Jahre 1900 auf 47 und im Jahre 1901 auf 41 Millionen...

Die Zahl der tödlichen Unfälle ist leider wieder gestiegen. Es kamen durch Betriebsunfälle 138 Personen oder 1277 auf 1000 Mann der durchschnittlichen Belegschaft zu Tode. (Im Vorjahre 115 Personen oder 1,244 auf Tausend!)

Die Zahl der tödlichen Unfälle ist leider wieder gestiegen. Es kamen durch Betriebsunfälle 138 Personen oder 1277 auf 1000 Mann der durchschnittlichen Belegschaft zu Tode. (Im Vorjahre 115 Personen oder 1,244 auf Tausend!)

Kleines feuilleton.

Der neue Komet. In England, Frankreich, auch in Deutschland ist der neue Komet am Sonnabend mancherorts mit blohem Auge gesichtet worden. In Berlin hatten wir am Sonnabend kein Glück...

Es ist natürlich die Sorge der Astronomen, möglichst genaue Aufnahmen von dem neuen Himmelsgaste zu erzielen und seine Bahn zu bestimmen. Die Angaben über seine Bahn und weitere Eigenschaften weichen indes von einander ab...

Theater.

Neues Schauspielhaus: Der große Tote, ein lustiges Trauerspiel von Julius Mager und Paul Sarauw. Der junge Autor, der sich hinter dem Doppelnamen verbirgt, besitzt anscheinend ein sicheres Augenmaß für Bühnenwirkung...

der Regierung ging er nach Afrika, dem Laude seiner Sehnsucht. Als der Verhöllene, vom Tropenfieber seiner lippigen Dichtermähne beraubt und unfähig gemacht, nach Jahren heimkehrt, findet er sein Arbeitszimmer in nie gesehener Ordnung...

Schiller-Theater O.: „Der Pfarrer von St. Georgen“ von Heinrich Weller. Zeitgenössische Dramatiker durch Ausföhrung ihrer qualifizierten Bühnenleistungen zu fördern, läge ganz gewiß auch in der Aufgabe des Theaters...

Schiller-Theater O.: „Der Pfarrer von St. Georgen“ von Heinrich Weller. Zeitgenössische Dramatiker durch Ausföhrung ihrer qualifizierten Bühnenleistungen zu fördern, läge ganz gewiß auch in der Aufgabe des Theaters...

Rezept — und jetzt kann das gewaltige Medeturner zwischen der Anklagebehörde, dem Beschäftigten und seinem pastoralen Anwalt einerseits und diversen intriganten orthodoxen Konzeptionsmännern andererseits beginnen. Das geschieht denn auch sehr ausgiebig...

Notizen.

Die Neue freie Volkshöhne hat zum 1. September das bisherige Gastspieltheater (ehemals Wolgens Dantes Theater) gewachtet, das fortan den Namen „Neues Volkstheater“ (Neue freie Volkshöhne) führen wird. Ein völlig neu zusammengestelltes Ensemble soll in dem von Grund aus renovierten Hause vorwiegend moderne Stücke spielen...

Das Gebel-Theater wird vom 1. September an von einem neuen Direktor übernommen werden. Ernst Gottle heißt der wagemutige Mann, der den verfahrenen Karren wieder ins Gleise zu bringen hofft. Herr Gottle leitete früher nicht ohne Geschick das Wiener Raimund-Theater.

Ein Preisausschreiben zum Bergwerkschutz, das schon im Jahre 1907 von der Society of Arts in London dem internationalen Wettbewerb eröffnet wurde, aber keinen genügenden Erfolg gehabt zu haben scheint, wird jetzt erneuert. Es handelt sich um den Nachweis des besten trockenen Apparates oder einer ähnlichen Vorrichtung, die Leuten den Aufenthalt in Bergwerken zu erleichtern und ermöglichen soll...

taeffende Gegenstände — namentlich den Grubenabbau und die Maßnahmen zur Bekämpfung des Grubenbrandes — in den Bereich ihrer Untersuchungen gezogen. Welcher Art diese Maßnahmen sind, darüber schweigt sich die Denkschrift leider aus. Hoffentlich wird die Regierung gezwungen werden, dem Landtage näheren Aufschluß darüber zu geben.

Im ganzen beweist die Denkschrift wieder, daß dem Raubbau mit der Kraft und der Gesundheit der Arbeiter im preußischen Bergbau immer noch kein Ende gemacht ist.

Weniger Strafen?

Zu der vom Genossen Heine angeregten Frage erkundigt und Genosse Haase-Königsberg um Aufnahme der nachfolgenden Zeilen: „Genosse Heine befindet sich mit seinen Ausführungen nach meiner Ueberzeugung auf dem Holzwege. Wir würden unser Strafverfahren wesentlich verschlechtern und einen schweren politischen Fehler machen, wenn wir ihm darin folgten. Nach den Erfahrungen, die bereits von anderen im „Vorwärts“ veröffentlicht sind, beschränke ich mich auf folgende Bemerkungen:

Es kann nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die Macht der Staatsanwaltschaft zu stärken, und ihr von Rechts wegen die Entscheidung darüber einzuräumen, wen sie bei gleichem Tatbestande anklagen will. Daß nach Befestigung des Anklagezwanges eine Verminderung der Strafen eintreten wird, ist nicht anzunehmen, da dann die letzte Schranke für eine ungemessene Ausdehnung der Strafgesetze fällt. So Rechtsanwälte, die unsere Strafjustiz aus jahrelanger Tätigkeit als Verteidiger kennen, zu dem Entschluß der Strafprozedur Stellung genommen haben, haben sie fast durchweg in der gesetzlichen Einführung des Opportunitätsprinzips eine Verschärfung der Klassenjustiz erblickt.

Haase-Königsberg.

Aus der Partei.

Leonid Schischko gestorben.

In Paris ist am Donnerstag einer der alten Vorkämpfer der russischen Revolution, Leonid Emanuelowitsch Schischko, im Alter von 57 Jahren gestorben. Er entstammte einer Adelsfamilie und war für die militärische Laufbahn erzogen worden. Aus der Petersburger Artillerieschule als einer der besten Schüler mit einem Leutnantspatent ausgemustert, trat er jedoch als Reizungswehriger mit einer Gruppe revolutionärer Offiziere, unter denen sich auch Krawtshinsky (Stepnia) befand, in Verbindung. Er lernte Peter Krapotkin, Nikolai Tschailowsky, Sophie Perowskaja u. a. kennen und schloß sich der Gruppe der „Tschow“ an, die heimlich an die erste Internationale angegliedert war. Um sich der Propaganda besser widmen zu können, quittierte er den Dienst und entschloß sich mit vielen anderen seiner Gefährten, „ins Volk zu gehen“. 1874 wurde er verhaftet und vier Jahre in der Peter und Pauls-Festung in Präzedenzhaft gehalten. Erst 1878 wurde er mit 192 seiner Kameraden vor Gericht gestellt und zu Zwangsarbeit verurteilt. Er büßte die Strafe 12 Jahre lang im Gefängnis von Rara ab, 1890 kam er nach Jekaterin und vermochte es, von dort zu entkommen. In England, wohin er geflüchtet war, gründete er die „Gesellschaft der freien russischen Presse“, später die „Liga des agrarischen Sozialismus“ und lebte im übrigen das leidensvolle Leben des Exilisten. Seine theoretischen Arbeiten, besonders über die Landfrage, verschafften ihm einen großen Einfluß auf die Propaganda in Rußland. Nach Ausbruch der russischen Revolution zog es ihn unwiderstehlich in die Heimat. Trotz der ersten Anzeichen eines Herzleidens ging er Ende 1905 nach Petersburg und fand sofort mitten in den revolutionären Kämpfen. Seine „vollständige Geschichte Rußlands“ wurde in Hunderttausenden Exemplaren unter der Arbeiterschaft und den Bauern verbreitet. Da er sich von der Polizei bedroht sah, ging er nach Finnland und von dort, als Schwerverkrankter von einem treuen Freund begleitet, wieder ins Ausland. Der Tod hat ihn in angestrengter Arbeit, in unerschütterter Furcht auf den Sieg der Revolution getroffen. Schischko gehörte der sozialrevolutionären Richtung an, aber alle sozialistischen Gruppen Rußlands wie die ganze sozialistische Internationale werden diesem tapferen, begeisterten und treuen Kämpfer nachtrauern.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Stadt) zählte am 1. Januar 1910 3475 Mitglieder — davon 415 weibliche — gegen 3481 am 1. Juli 1909; er hat in diesem Halbjahre infolge der Krise nur um 14 zugenommen. Seine Einnahmen betragen im verfloßenen Halbjahre (einschließlich eines Kassenbestandes von 4878,01 M. am 1. Juli) 12879,41 M., seine Ausgaben beliefen sich auf 8467,54 M., der Kassenbestand ist 3911,87 M. Die Vereinsbibliothek, die 7900 Bände zählt und im letzten Halbjahre 10 688 Entlehnungen verzeichnet, erforderte wegen ihrer Verlegung infolge des Volkshausumbaus 2090 M. Eine wichtige Aenderung beschloß die Generalversammlung inbezug auf die Beiträge der weiblichen Vereinsmitglieder. Da diesen die „Gleichheit“ gratis geliefert wird, ging über die Hälfte der Beiträge dafür auf, so daß die übrigen Unkosten (Inserate, Referate usw.) sich eben noch decken. Auf eine Umfrage erklärten sich von 200 weiblichen Mitgliedern 168 für eine Erhöhung des Monatsbeitrages von 20 auf 30 Pf. Die Versammlung beschloß demgemäß.

Jugendbewegung.

Der Jugendbildungsverein von Leipzig-Stadt zählte am 1. Januar 1910 154 Mitglieder (99 weibliche, 125 männliche), gegen 199 am 1. Juli 1909. Er hat unter dem Mangel eines eigenen Heims während des Volkshausumbaus gelitten, zeigt aber jetzt, da er wieder eigene und große Räume besitzt, erfreuliche Anzeichen neueren Aufschwungs. Seine Einnahmen betragen im letzten Halbjahre 264,52 M., seine Ausgaben 183,95 M., sein Kassenbestand 76,87 M.

Soziales.

Hinterziehung der Wächterinnenunterstützung.

Eine Unstille, die in der Konfektionsindustrie sehr häufig anzutreffen ist, war gestern Gegenstand einer Prozeßverhandlung vor der Kammer 1 des Gewerbegerichts. Der Schneidermeister Hoffmann hatte die gegen ihn klagende Näherin M., die im eigenen Heim für ihn Jacketts anfertigt, bei Beendigung der Saison am 28. März 1908 von der Ortskrankenkasse für das Schneidergewerbe abgemeldet, obwohl sie noch, und zwar in sehr geringem Umfange, bis zum 6. Juli für ihn mit der Anfertigung von Wästern beschäftigt war. Im November kam die Näherin in die Wachen und die Krankenkasse verweigerte die Zahlung der Wächterinnenunterstützung, weil die vorgeforderten 3wöchige Mitgliedschaft nicht erreicht war. Diese Vorchrift wäre aber erfüllt gewesen, wenn sie der Beklagte nicht vorzeitig abgemeldet hätte, da die Näherin nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zum Beklagten sofort ein anderweitiges eingegangen ist. Sie fordert deshalb eine Entschädigung in der Höhe der Wächterinnenunterstützung, die ihr zugestanden haben würde, von 30 M. Das Gericht belehrte die Näherin dahin, daß sie vom Beklagten nur eine Arbeitsbescheinigung über die ganze Dauer ihrer Beschäftigung bei ihm fordern könne und mit Hilfe derselben ihren materiellen Anspruch gegen die Krankenkasse geltend machen könne.

Die Kasse muß dann die Unterstüfung zahlen. Die Parteien einigen sich darauf, daß Beklagter die Arbeitsbescheinigung ausstellt und die Näherin die Kasse vorbehaltslos zurückerhält.

Lohn für den Feiertag nach der Entlassung.

Zwei Lithographen klagten am Sonnabend gegen die Firma B. Boehme, Lugschpapierfabrik, auf Bezahlung des Neujahrslohnes mit 4,50 M. bzw. 4,20 M. Sie sind beide am 31. Dezember entlassen worden. Zur Begründung ihrer Forderung berufen sie sich auf den Tarifvertrag für das Steinbrudergewerbe, der von den meisten Firmen anerkannt ist, was durch die Vernehmung des anwesenden Ortsvorsitzenden des Steinbruderverbandes als Zeugen festgestellt werden kann. Die Firma wendet ein, daß mit den Klägern Kündigungsaußschluß vereinbart worden ist, die Entlassung also am Schluß eines jeden Arbeitstages erfolgen durfte. Die Feiertage, die während der Dauer des Arbeitsverhältnisses gewesen sind, sind auch von ihr bezahlt worden; für den Feiertag nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Lohn zu zahlen, sei sie nicht verpflichtet. Die Kläger haben sich an den Vorsitzenden vom Arbeitgeberverband Dr. Gerschel gewandt und ihn ersucht, die Firma zur Zahlung des Lohnes für den Neujahrsfesttag zu veranlassen. Das lehnte dieser ab und verwies die Kläger an das Gewerbegericht.

Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Schulz verurteilte auf das angebotene Zeugnis des Genossen Hoff, da es gerichtsbekannt ist, daß der Tarif die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage vorseht und dieser Tarif von den weitestgehendsten Firmen anerkannt ist. Es verurteilte einstimmig die Beklagte, den Klägern den Lohn für den Neujahrsfesttag zu zahlen. Nach der Arbeitsordnung durfte zwar die Entlassung der Kläger vor dem Feiertage erfolgen. Diese Entlassung bedeute aber eine Umgehung der Bestimmung des auch von der Beklagten anerkannten Tarifvertrages.

Der Generalverzicht.

Eine für die Arbeiter äußerst unangenehme Gepflogenheit bürgert sich in Arbeitgeberkreisen immer mehr und mehr ein. Es mehren sich insbesondere die Klagen am Gewerbegericht, in denen der vom Arbeiter bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses abgeforderte Generalverzicht eine bedeutende Rolle spielt. Wie dabei manche Arbeitgeber verfahren, um den Verzicht vom Arbeiter zu erhalten, zeigen folgende Beispiele.

Gegen die Firma Arestanowsky u. Co. klagte die Arbeiterin M. auf Zahlung von Lohn für den 24. und 27. Dezember, den Tagen an denen der Betrieb der Beklagten ruhte, und einer 14tägigen Lohnentschädigung von insgesamt 31,50 M. Die Näherin ist auf die im Betriebe ausstehende Arbeitsordnung, die in ihrem § 4 die Kündigung ausschließt, nicht hingewiesen worden und ist deshalb der Auffassung, daß die am 31. Dezember erfolgte fristlose Entlassung nicht zu Recht erfolgt sei. Deswegen auch die Nichtbezahlung der beiden Tage, da sie mit dem Aussehen nicht einverstanden war. Sie weigerte sich deshalb, den ihr bei der Entlassung vorgelegten Verzichtserwerb zu unterschreiben. Darauf händigte ihr die Firma nicht einmal die Papiere aus. Inzwischen müssen ihr wohl doch Bedenken über das Verfahren aufgefallen sein. Denn sie übersandte der Näherin am 3. Januar dann doch noch die Papiere. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß die Arbeitsordnung auch für die Näherin rechtsverbindlich sei, da die Beklagte ständig mehr als 20 Personen beschäftigt und der Näherin bekannt sein müsse, daß in solchen Betrieben eine Arbeitsordnung ausstehen muß, die durchzuführen ihre Pflicht sei. Ein berechtigter Anspruch auf Entschädigung für die Kündigungsfrist bestehe demnach nicht. Hingegen hat die Beklagte den 24. und 27. Dezember zu bezahlen, da sie solche einseitigen Anordnungen wie das Aussehen an den beiden Tagen nicht treffen kann; desgleichen ist der 3. Januar zu bezahlen, da die Näherin infolge des Mangels der Papiere anderweitig nicht Beschäftigung erhalten konnte. Die Beklagte erkante daraufhin den in Frage kommenden Betrag von 6,75 M. an und zahlte ihn im Vergleichsweg.

Der Wächter Schütz klagte gegen die Berliner Radwagengesellschaft Jul. Kradstein u. Co. auf 8,60 M. rückständigen Lohnes. Die Beklagte wendete ein, daß Kläger Generalverzicht unterschrieben habe, demnach die Forderung nicht mehr berechtigt sei. Dem Gegenstand des Klägers, daß ihm nichts übrig blieb, als den Generalverzicht zu unterschreiben, er hätte sonst überhaupt kein Geld ausbezahlt erhalten und wäre somit in eine Kollage gekommen, schenkte das Gericht leider keine Beachtung, sondern wies den Kläger mit seinem Anspruch kostenpflichtig ab.

Arbeiter sind keineswegs zur Ausstellung einer Generalquittung verpflichtet. Gegenüber der leider auch hin und wieder vom Berliner Gewerbegericht betätigten Auffassung, daß eine solche Generalquittung einen Verzicht auf dem Arbeiter in der Tat zuteilend; Rechte darstellt, ist dringend vor der Unterschrift einer Generalquittung zu warnen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Lohn gegen einfache Quittung über den Empfang zu zahlen. Lehnt er die Zahlung ab, weil keine Generalquittung ausgestellt wird, so ist er nicht nur zivilrechtlich im Unrecht, sondern macht sich auch der verdächtig Rädigung oder Erpressung schuldig.

Die Augsburgburger Maßregelungen vor Gericht.

Im Sommer 1908 hatte bekanntlich der Verband bayerischer Metallindustrieller den Versuch gemacht, seine Mitglieder zur Verhinderung von fünf angesehenen Privatbeamtenverbänden zu verpflichten. In praktischer Ausführung dieser unter dem Namen „Geheimerlaß“ bekanntgewordenen Aktion wurden von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg mehrere Ingenieure wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten entlassen. Die Firma bestritt aber in mehreren Zuschriften an die Presse, daß es sich um Maßregelungen handelte. Diese Vorgänge werden im Gedächtnis zurückgerufen durch ein kürzlich ergangenes Urteil des Landgerichts Augsburg, das von dem einen Ingenieur angerufen worden war, weil ihm bei seinem Fortgange aus der Maschinenfabrik das gefehlliche Zeugnis und sein Monatsgehalt vorenthalten waren. In den von der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ auszugewiesenen wiedergegebenen Urteilsgründen heißt es u. a.:

„Bei dem Kläger hat es sich nicht um einen gewöhnlichen Urlaub, sondern um einen Urlaub, der als Maßregelung gedacht war, also um einen Strafurlaub gehandelt.“

Damit ist für all die Stadtverwaltungen, die seinerzeit beschloffen haben, Firmen von der Vergütung von Aufträgen auszuschließen, die das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter mißachteten, die genügende Unterlage gegeben, namentlich an die praktische Durchführung ihrer früheren Beschlüsse zu gehen. Auch die bayerische Regierung, die im Landtage kürzlich erklärt hat, daß sie nicht versäumen werde, gegen die Maschinenfabrik vorzugehen, sobald es feststehe, daß die Leistung dieses Werkes sich Angriffe auf das Koalitionsrecht der Angestellten habe zuschulden kommen lassen, wird jetzt mit ihren Maßnahmen nicht länger zurückhalten können.

Das Verbot, aus Kassenmitteln an eine Zentralkommission von Krankenkassen Beiträge zu leisten, vor dem preussischen Ober-Verwaltungsgericht.

Infolge einer regierungspräsidentialen Anweisung hatte der Breslauer Magistrat als Aufsichtsbekörde den Vorständen der unter seiner Aufsicht stehenden Kassen durch Verfügung vom 10. September 1908 unterzagt, die aus der Mitgliedschaft bei der Zentralkommission der Krankenkassen von Breslau und Umgebung entstehenden Unkosten weiterhin auf das Verwaltungskonto der Kassen zu übernehmen. — Die Ortskrankenkasse für Bobrikarbeiter in Breslau, eine der mit der Verfügung bedachten Kassen, klagte auf Aufhebung der Verfügung. Nachdem der Bezirksauschuss in Breslau die Klage abgewiesen hatte, legte die Kasse beim Ober-Verwaltungsgericht in Berlin Revision ein. In der Verhandlung am 20. Januar vertrat Rechtsanwalt Wolff gegen die Kasse. In längerer Rechtsausführung machte er geltend, daß neben Verbänden von Krankenkassen im Sinne des § 48 des Krankenversicherungsgesetzes sehr wohl freiere, bewegungs-

fähigere Vereinigungen (wie die fragliche Kommission eine wäre) statthaft seien zur Vetreibung der Angelegenheiten der darin vereinigten Krankenkassen. Der Anwalt suchte dann im einzelnen nachzuweisen, daß die sachungsgemäßen Aufgaben der Kommission im Rahmen der Befugnisse der Krankenkassen lagen und deren gesetzlichen Zweeken dienten. Die übrigen geringen Aufwendungen der Kassen für die Kommission wären deshalb gesetzlich statthaft.

Aus den Zeitschriften für die Tätigkeit der Breslauer Kommission sei folgendes mitgeteilt: „Der Zweck der Zentralkommission ist die Förderung aller der Krankenkassen gemeinsam berührenden Angelegenheiten. — Dieser Zweck soll erreicht werden durch: a) Gemeinshaftliches Vorgehen zur Herbeiführung günstiger Abschlüsse mit Apotheken, Ärzten, Krankenhäusern usw.; b) Ueberwachung der Ausführung der gefassten Beschlüsse; c) Eventuelle Errichtung eigener Erholungsstätten; d) Beschäftigung der Krankenkassen; e) Veranstaltung belehrender Vorträge und Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten; f) Gemeinsame Vorschläge zur Abänderung der einschlägigen Gesetze; g) Verständigung über die durch die Kassen gemeinsam zu vollziehenden Wahlen auf Grund der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung; h) Erledigung aller Angelegenheiten, welche ihr von den zugehörigen Kassenvorständen überwiesen werden.“

Der 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts bestätigte nach längerer Beratung das Urteil des Bezirksauschusses mit folgender Begründung: Die Frage, ob überhaupt solche Kassenkommissionen gesetzlich zulässig seien, brauche hier nicht entschieden werden. Es sei lediglich zu entscheiden, ob hier eine gesetzlich gebotene Verwendung von Kassenmitteln verboten worden sei. Und da sage § 20 ausdrücklich, welche Ausgaben allein zulässig seien: „Zu anderen Zwecken als den statutenmäßigen Unterstüfungen, der statutenmäßigen Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds und der Deduktion der Verwaltungskosten dürfen . . . noch Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse erfolgen.“ Hier würde es sich nur darum handeln können, ob die Beiträge zur Kommission Verwaltungskosten der einzelnen Kassen seien. Diese Beiträge sollen verwendet werden für die im Programm der Kommission bestimmten Ziele. Hier von diesen Zielen könnten nun zweifellos nicht mit der Verwaltung der Kassen in Beziehung gebracht werden. Die Aufwendung von Kassenmitteln für Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten sei gesetzlich, denn die Ziele der Krankenkassen seien in keiner Weise prophylaktische (vorbeugende). „Gemeinsame Vorschläge zur Abänderung der Gesetze“ seien auch keine Aufgabe der Krankenkassen. Ebenso gehöre nicht zu den Aufgaben der Krankenkassen die gemeinsame Agitation („Verständigung“) über die durch die Kassen zu vollziehenden Wahlen auf Grund der Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Und dann gehe die Schlussaufgabe der Kommission: „Erledigung aller Angelegenheiten, welche ihr von den Vorständen überwiesen werden“, weit über die Obliegenheiten der Krankenkassen hinaus. — Die Beiträge für die Kommission seien darum keine Verwaltungskosten der einzelnen Kassen. —

Eine solche Einengung der Tätigkeit der Krankenkassen schreie geradezu nach Aenderung des § 20 des Kranken-Versicherungsgesetzes.

Das zeigt auch ein jetzt vom Ministerium Neuj. J. R. am 7. Dezember 1909 ergangener, jetzt veröffentlichter Entscheid, in dem — im Gegensatz zu verhängigen Gerichtsurteilen und Entscheidungen anderer Verwaltungsbehörden — ein Verbot des Genera! Magistrats bestätigt wird, zu dem 5. Allgemeinen Krankenkassenkongreß Deutschlands aus Kassenmitteln Vertreter zu entsenden.

Gegen Baukontrollen aus dem Arbeiterstande

wendet sich der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in einer Eingabe an den Reichstag. Die in der Petition angeführten Gründe gegen die Anstellung von Arbeitern zur Ausübung der Kontrolle auf Bauten sind die sattsam bekannten. Sie gipfeln darin, daß dem Arbeiter die theoretischen und praktischen Vorkenntnisse fehlen, daß die Unfälle im Baugewerbe relativ nicht sehr häufig seien, für Verhütung derselben die Berufsgenossenschaften sorgten und daß endlich die Baukontrolle durch Arbeiter den Terrorismus der Sozialdemokratie vermehren und das ohnehin schlechte Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bis zur Untragbarkeit steigern würde.

Zur Begründung dafür, daß Arbeitern das fachwissenschaftliche Verständnis als Baukontrollen fehlt, führt die Petition auf die abnehmende Haltung des Regierungsvortretters und der Reichstagskommission, und auf die im gleichen Sinne gehaltenen Ausführungen des Ministers im preussischen Abgeordnetenhaus. Ermangelt dieser Beweisführung schon die Durchschlagkraft, so wirkt auch der Hinweis auf die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für die Unfallverhütung, ebenso wie die an vierter Stelle stehende Häufigkeit der Unfälle im Baugewerbe nicht durchaus überzeugend als Argumentation gegen die Anstellung von Arbeitern als Baukontrollen. Von den Bauarbeitern und ihren Verbänden sind diese Einwände schon oft entkräftet worden. Daß z. B. die Unfallgefahr in der Lagererei und im Hühnerwesen, durch die Art der Beschäftigung bei der Holzbohrung und den vielen äußerst gefährlichen Maschinen, in der Mälzerei, Möllerei, Brauerei und in Zuderfabriken aus den gleichen Gründen, und wegen der dort vielfach noch recht mangelhaften Schutzvorrichtungen eine weit größere ist als im Baugewerbe, ist so offensichtlich und verständlich, daß es keines zahlenmäßigen Beweises bedarf. Die Gefahr des sozialdemokratischen Terrors durch Anstellung von Baukontrollen aus dem Arbeiterstande wird in der Petition also verneinet:

„In der Tat ist dieser Wunsch im wesentlichen eine sozialdemokratische Forderung, und zwar lediglich zu dem Zwecke aufgestellt, um unter der Flagge des Arbeiterschutzes die Macht der Genossenschaften zu vernehmen und zu vertiefen. Durch die Kontrolle der bezeichneten Art würde die sozialdemokratische Agitation, die häufig genug schon heute die schwersten Mißstände zeitigt, unter dem Deckmantel der behördlichen Baukontrolle noch sich gehen, und die Arbeitgeber wären nicht in der Lage, die mit autoritativer Macht ausgestatteten Kontrollen von der Arbeitstelle zu weisen. Die Arbeitgeber gerieten in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Genossenschaften ihrer Arbeiter, und der Unzuträglichkeiten zwischen den beiden doch aufeinander angewiesenen Arbeitsfaktoren, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, wäre kein Ende.“

Die Beobachtung eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern ist sonst der Bauern starkste Seite nicht; hier in der Petition erscheint es schier als Aufgabe der Unternehmer, dieses gute Einvernehmen zu wüten, und nicht durch die bösen Baukontrollen stören zu lassen. Die Zentralkommission für Bauarbeiterchutz und die vielen örtlichen Bauarbeiterschuldkommissionen bringen alljährlich so viel zahlenmäßige Beweise für den noch recht mangelhaften Schutz auf Bauten, daß der Reichstag wohl der Eingabe des Unternehmerverbandes nicht die stärkere Beweiskraft zusprechen kann.

Aus Industrie und Handel.

Vorkaufrecht.

Mit der Frage des Vorkaufrechts für Motorlastkähne auf den nördlichen Wasserstraßen beschäftigte sich in einer Sitzung am 19. Januar der große Ausschuss des Zentralvereins für deutsche Binnen-Schiffahrt. Dr. Fiebelkorn wandte sich im Auftrage des Verbandes deutscher Konduktoren gegen das Vorkaufrecht; er hielt in der Veranordnung der Motorfahrzeuge durch das Vorkaufrecht eine Minderung der Rechte der Klein-Schiffahrt. — Im Auftrage der Regeltansport-Aktiengesellschaft verteidigte Oberleutnant z. D. Mertens dieses Vorkaufrecht. Die Gesellschaft wolle nicht, daß die Privat-Schiffahrt zugrunde gehe, aber besser als eine mährische Selbständigkeit sei eine gut bezahlte mühselose Tätigkeit bei einer Gesellschaft, wenn auch unter Aufgäbe der Selbständigkeit. Der Motorbetrieb sei nun einmal der modernste Betrieb. — Der Vorsitzende des Bundes Deutscher

Schifferrinnungen weist in der Debatte darauf hin, daß die Motor-
 lafmähne sich nicht darauf berufen könnten, man könne aus ihnen
 in Kriegszeiten leicht Zigaretten machen. Die Motorfahrzeuge
 seien nicht bedeckt; Holzläufe könnte man in einigen Stunden
 in Zigaretten umwandeln. — Parisch von der Firma André (Magde-
 burg) behauptet die Einschränkung des Vorschleuserechts auf dem
 Westufer zwischen Magdeburg und Berlin für gewisse erst-
 klassige Motore und beantragt, die ganze Frage einer Kommission
 zu überweisen. — Abg. Fring Lönning (als Gast) hält es für
 das Beste, daß das unbedingte Vorschleuserecht ganz abgeschafft
 werde; das bedingte abzuschaffen, habe seine Nachteile; es solle
 aber abgeändert werden, und zwar so, daß man das Vorschleuse-
 recht nur auf ganze Strecken verlege. — Der Große Ausschuß
 befindet sich in einer etwas verzwickten Lage, aber mit einem
 salomonischen Urteil wand er sich heraus: er erklärte sich für in-
 kompetent. In dem vorwiegend lokalen und privaten Interessen be-
 rührenden Streitfälle zwischen Schifferegenossenschaft und der
 Ziegeltransport-Aktiengesellschaft über das Vorschleuserecht Partei
 zu ergreifen, lehne er ab. Damit war die Sache erledigt und man
 hat den Horn der bevorzugten Aktiengesellschaft nicht zu befürchten.

Der Preissturz am Baumwollmarkt übt auf die weiterbearbei-
 tende Industrie einen außerordentlich lähmenden Einfluß aus. Im
 Jahre 1909 hatte die Spekulation die Preise ununterbrochen in die
 Höhe getrieben. Das Jahr eröffnete für Uplandmiddling in New
 York mit 9,35 Cts pro Pfund englisch; in Bremen mit 47 1/2 Pf. pro
 1/2 Kilo. Am letzten Markttag des Jahres lauteten die Notierungen:
 in New York 16,10 Cts., in Bremen 70 1/2 Pf. Seit der großen, durch
 den nordamerikanischen Bürgerkrieg hervorgerufenen, bis in die
 70er Jahre anhaltenden Baumwollnot hoben die Preise für das
 Rohprodukt — mit Ausnahme des Jahres 1904 — eine solche Höhe
 nicht erreicht. Im Jahre 1904 hatte der Spekulant Daniel Sulzly
 die Preise bis auf 17,25 Cts. in New York hinaufgetrieben. Schon
 gegen Ende vorigen Jahres zeigte der New Yorker Terminhandel
 Schwankungen. Es waren Gerüchte in Umlauf, wonach Batten —
 der Führer der Hauspartei — unter der Hand seine Position liqui-
 dierte. Batten dementierte und dem schwachen Preisrückgang folgten
 enorme Steigerungen. Im Dezember stiegen die Preise um
 1,45 Cts. Am 5. Januar kam der Zusammenbruch. Die Preise
 für Terminware gingen plötzlich um 75 Punkte zurück (3 1/2 Pf.).
 Seitdem ist unter den heftigsten Schwankungen ein Rückgang bis
 auf 13,98 Cts. am 19. Januar zu verzeichnen. Die Ursachen des
 enormen Preissturzes sind noch nicht klar erkennbar. Sehr wahr-
 scheinlich ist, daß sich Batten, trotz seines Dementis vom Dezember,
 im Geheimen vom Markt zurückgezogen und seiner Waren ent-
 ledigt hat. Die weniger kräftigen „Milläuer“ haben das Nach-
 sehen und Batten heißt hohe Gewinne ein. Die Hauspartei ope-
 riert mit sehr ungünstigen Entschädigungen des nordamerikanischen
 Ackerbaubureau. Die letzte Schätzung lautete auf 10 088 000 Ballen
 à 500 Pfund englisch. Das Vorjahr ergab eine Rekordernie von
 13 829 000 Ballen. Das geringe Ergebnis des laufenden Jahres ist
 in der Hauptsache zurückzuführen auf anhaltende Dürre, besonders
 in Texas. Joviellos kann ein solcher Ausfall der nordamerikanis-
 chen Ernte nicht ohne Einfluß auf die Baumwolle bearbeitenden
 Länder sein. Biefen doch die Vereinigten Staaten 3/4 des Er-
 trages aller für den Weltmarkt produzierenden Baumwollländer.
 Der Weltbedarf an Baumwollwaren ist enorm gestiegen. In Deutsch-
 land wurden im Jahre 1890 226 639 Tonnen (4,38 Kilogramm pro
 Kopf) verarbeitet, im Jahre 1900 279 252 Tonnen (4,98 Kilogramm
 pro Kopf) und 1908 398 637 Tonnen (6,30 Kilogramm pro Kopf).
 England verbrauchte 1900 3 289 600 Ballen, 1908 4 075 000 Ballen.
 Dabei ist zu beachten, daß England im letzten Jahrzehnt einen
 Uebergang zur Fein- und Spinnerei vollzogen hat, was notwendig zu
 einer Verringerung des Baumwollverbrauchs führt. Auf den Kopf
 der Bevölkerung kommen im Jahr in England etwa 18 Kilogramm
 verarbeitete Baumwolle. Am stärksten aber fällt der Eigenverbrauch
 der Vereinigten Staaten ins Gewicht. Der Verbrauch der Vereinig-
 ten Staaten betrug 1890 2 281 000 Ballen, 1900 3 644 000
 Ballen, 1907 4 984 936 Ballen und wird jetzt auf 5 1/2 Millionen
 Ballen geschätzt. Die Spindelzahl hat sich auf 26 242 000 erhöht.
 Mit der gewaltigen Steigerung des Bedarfs haben die Ernterück-
 nisse nicht gleichen Schritt gehalten. Die Anbaufläche betrug 1900
 25 557 180 Acres und ist auf 31 918 000 in 1909 gestiegen. Zume-
 her dürfte bei der so sehr geschwächten Kaufkraft der Massen und
 den vom Vorjahre übernommenen hohen Beständen für dieses Jahr
 der Weltbedarf gedeckt sein, wenn man berücksichtigt, daß die Re-
 gierungsschätzung der Ernte immer hinter dem wirklichen Ertrage
 zurückbleibt. Die als verlässig betrachtete Schätzung der Firma
 Reil Brothers stellt übrigens einen Ertrag von 11 Millionen Ballen
 in Aussicht.

Dividendenergebnisse in Oien. Die Aktionäre der Schlesischen
 Feuer- und Versicherungsgesellschaft erhalten für das letzte
 Jahr 40 Proz., im Vorjahre 12 1/2 Proz., die Waggonfabrik
 Gebr. Hoffmann in Breslau verteilt 35 Proz., die Aktien-
 Ges. für Eisenbahnenbau vorm. Sime in Bres-
 lau 22 Proz. gegen 20 Proz. im Vorjahr, die Posener Spiritus-
 fabrik 25 Proz., die Breslauer Spiritusfabrik Aktien-
 gesellschaft 20 Proz., die Breslauer Zementgesellschaft 8 Proz.,
 die chemische Fabrik „Silesia“ in Breslau 9 Proz., die Herrmann-
 mühle Aktiengesellschaft Posen 12 Proz. Steigender Lohn für
 das frühe Nichtstun der Aktionäre, während die Arbeiter teilweise
 mit Lohnreduzierungen und Freierstößen vorlieb nehmen mußten.

Submissionsliste. In Bamberg wird ein Umschlaglofen ge-
 baut. Von den Geboten, die auf das Submissionsausgeschrieben ein-
 gingen, beträgt das höchste 608 000 M., das niedrigste 315 000 M.,
 also eine Differenz um fast die Hälfte. Den Zuschlag erhielt eine
 Firma mit einem Gebot von 341 000 M.

Der große Zuckerkonflikt in Amerika nimmt immer
 größere Dimensionen an. Nach den Enthüllungen über die Ver-
 hehlungen, die der Trust unter den Zollbeamten vorgenommen
 hat, kommt jetzt der Nachweis, daß der Zuckerkonflikt Hand in Hand
 mit einer Gruppe skrupelloser Politiker die Gestaltung des Zoll-
 tarifs auf Zucker in der wirksamsten Weise zu seinen Gunsten
 zu beeinflussen verstanden hat. Während der Debatten im Senat
 und Repräsentantenhaus wurde betont, daß die Rübenzucker-
 industrie der Vereinigten Staaten gegen den Zuckerkonflikt, der in
 großem Maße Rohrzucker einführt, geschützt werden müsse. Zu
 der Zeit jedoch, als die Debatte im Gange war, war der Trust
 bereits Besitzer von vier Fünfteln der gesamten Rübenzucker-
 industrie der Vereinigten Staaten. Der eifrigste Kämpfer im Streit
 für den Schutz der heimischen Industrie war Senator Smoot aus
 dem Mormonenstaat Utah. Smoot hat große Interessen in der
 Utah-Idaho-Sugar-Company und der Amalgamated-Sugar-
 Company. Diese beiden Zuckergesellschaften, die ein Kapital von
 beinahe 60 Millionen Dollar repräsentieren, sind von der
 Mormonenkirche gegründet, und der Prophet Joseph F. Smith,
 das geistliche und weltliche Oberhaupt der „Heiligen der letzten
 Tage“, steht an der Spitze beider Gesellschaften. Am 5. Juli 1909
 hatte der Zuckerkonflikt bereits die Hälfte der Aktien der Amal-
 gamated-Sugar-Company übernommen, und war damit der
 Partner der Mormonenkirche geworden, und so kam es, daß in der
 letzten Tarifdebatte der Verteidiger der Interessen des Zucker-
 trustes nicht mehr Senator Aldrich war, der in weiten Kreisen
 des Volkes als die Verkörperung aller Trustinteressen gilt, sondern
 der Mormonen Senator Smoot, der die größte Komödie aufführte,
 die je unter der Kappe des Kapitols von Washington gespielt
 wurde, und im Interesse der Industrie seines Staates gegen
 den Zuckerkonflikt donierte, dessen eigener Partner er war.

Aus der Frauenbewegung.

Beschwerdestellen für Arbeiterinnen.

In nachstehend aufgeführten Bureaus werden Beschwerden von
 Arbeiterinnen über Mißhandlungen und Ungeheuerlichkeiten im Arbeits-
 verhältnis entgegengenommen:

Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission der Gewerk-
 schaften, Engelstr. 15, 4. Et. Sprechstunden täglich von 9 bis
 6 Uhr, Donnerstags bis 8 Uhr.
 Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Lindenstr. 3, Hof, 4. Et.
 Sprechstunden täglich von 9 bis 4 Uhr.
 Bureau des Textilarbeiterverbandes, Andreasstraße 61. Sprech-
 stunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Montags bis 8 Uhr; Andreas-
 straße 17, Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr.
 Verbandsbureau der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter,
 Eibingerstraße 19, 3. Et. Sprechstunden täglich von 9 bis
 5 Uhr.
 Bureau der Ortsverwaltung desselben Verbandes, Alte Jakob-
 straße 5, Hof, 2. Etage. Sprechstunden Dienstags von 5 bis
 7 Uhr.

Die Namen der Beschwerdeführerinnen werden streng geheim ge-
 halten.

Gerichts-Zeitung.

Die Beamtenbeleidigungen entstehen.

Der Hund des Fahrtrabreitenden M. in Braunschweig war
 einmal ohne Maulkorb auf die Straße gelaufen; das sollte sein
 Herr mit 6 M. Geldstrafe oder einem Tage Haft büßen. Da er
 nicht zahlte und auch den Aufforderungen, die Haft anzutreten,
 nicht nachkam, sollte er verhaftet werden, war aber bei Tage nie
 zu Hause anzutreffen. So erschien dann eines Morgens schon
 um 5 1/2 Uhr zwei Polizeibeamte in seiner Wohnung, um ihn abzu-
 führen. M. erklärte aber, er sei krank und könne nicht mitgehen.
 Es gab ein heftiges Hin- und Hergerede, an dem sich auch Frau M.
 lebhaft beteiligte. Der Schuhmann Robert soll dabei zu ihr gesagt
 haben: „Sie sind ja verrückt, ich werde Sie vom Arzt untersuchen
 lassen!“ Frau M. erwiderte darauf etwa, er wäre ihr zu
 ungebildet, als daß sie sich mit ihm unterhalten könne. Für diese
 Äußerung bekam sie wegen „grober Ungebühr“ einen Strafbefehl
 über 10 M., gegen den sie richterliche Entscheidung beantragte.
 Vor dem Schöffengericht verweigerte der Schuhmann Robert die
 Aussage darüber, ob er sich zuerst in der angegebenen beleidigenden
 Weise gegen Frau M. geäußert habe. Vorher war er vom Vor-
 sitzenden darauf aufmerksam gemacht worden, daß ein anderer
 Zeuge noch die Behauptung der Frau M. bestätigte. Erwähnt sei
 noch, daß an jenem Morgen schließlich ein Arzt zu Rate gezogen
 wurde, der bestätigte das M. krank sei und nicht abgeführt werden
 könne.

Frau M. sollte sich dann noch eines weiteren Verbrechens
 schuldig gemacht haben. Einige Tage nach jenem Vorfall brachte
 ihr derselbe Schuhmann Robert ein Schreiben von der Polizei.
 Frau M. behauptet, er habe ihr daselbe vor die Füße geworfen,
 Robert will es dagegen auf einen Tisch gelegt haben, worauf
 Frau M. die bekannte Einladung aus Göb von Verlichtungen an
 ihn gerichtet habe. Letzteres bestritt die Frau entschieden.

Der Amtsanwalt selbst kam zu der Auffassung, daß die Be-
 amten jedenfalls nicht korrekt gehandelt hätten, als sie den M.
 früh um 5 1/2 Uhr abführen wollten; auch hätten sie wohl manches
 gesagt, was besser unterblieben wäre. Da die beiderseitig gefallenen
 Beleidigungen sich auszugleichen schienen, stellte er die Entschei-
 dung anheim. Im zweiten Falle dagegen hielt er die Angeklagte
 durch die Aussage des Schuhmannes Robert für überführt und
 beantragte 20 M. Geldstrafe.

Das Urteil lautete in beiden Fällen auf Freisprechung. Selt-
 samerweise sah sich der Vorsitzende, Oberamtsrichter Wehmann,
 veranlaßt, nach der Urteilsverkündung zu der Angeklagten zu
 sagen: „Das hatten Sie wohl nicht erwartet? Ja auch nicht.
 (!!) Aber machen Sie sich gefaßt, daß Sie in der Berufungs-
 instanz verurteilt werden!“

Aus diesen Worten spricht so recht die dem Berufsrichter in
 solchen Fällen im Gegensatz zu den Laienrichtern eigene Auf-
 fassung. Ein Laie betrachtet das Auftreten der Polizei kritischer
 als ein Berufsrichter, der sich selbst als ein Glied des „ordnungs-
 erhaltenden“ bürokratischen Organismus fühlt. Mag immerhin
 die aus Berufsrichtern zusammengesetzte Strafkammer das Urteil
 umstoßen, so spricht das nicht gegen die Richtigkeit des Schöffens-
 gerichtsurteils, sondern höchstens dafür, daß es an der Zeit ist,
 endlich auch in den Berufungskammern das Laienelement zuzu-
 lassen und ferner die Berufsrichter als erkennende Richter auszu-
 schalten. Auf jeden Fall aber mutet es merkwürdig an, daß ein
 Richter an dem von ihm selbst verkündeten Urteil in solcher Weise
 Kritik übt.

Schadenersatz für Straßenpassanten.

Dieser Tage fällte das Reichsgericht ein für Richter erhebliches
 Urteil. Als der Konfektionär J. in Berlin am 22. Juni 1907 an
 einem Hause der Wallstraße zu Berlin vorüberging, in dem die
 Firma Sieheim u. Co. Geschäftsräume gemietet hat, fielen Teile
 der zertrümmerten Scheibe eines 3 Meter hohen Fensters herab
 und beschädigten ihn erheblich. Das Fenster war von den Ange-
 stelltem der genannten Firma geöffnet worden. Zur Sicherung
 gegen das Zuschlagen hatte man ein Tuch eingeklemmt. Infolge
 eines heftigen Windstoßes war das Tuch fortgeschoben worden und
 das Fenster dann beim Anschlag zerbrochen. Der Konfektionär
 machte Ansprüche sowohl gegen die Hauseigentümer wie gegen die
 genannte Firma geltend.

Das Kammergericht wies die gegen die Hauseigentümer ge-
 richtete Klage ab, dagegen erklärte es die Firmeneigentümer, die Kauf-
 leute S. und L., für haftpflichtig. Das Kammergericht erklärt, daß
 der § 838 W. O. gegen die Hauseigentümer nicht in Anwendung
 zu bringen sei, denn die Ablosung der Scheibe sei nicht die Folge
 fehlerhafter Einrichtung oder mangelhafter Unterhaltung des Ge-
 bäudes gewesen. Die Scheibe sei fest und korrekt eingefaßt gewesen.
 Doch hätten zum Festhalten des geöffneten Flügels nicht vorhanden
 gewesen seien, könne nicht als ein Mangel in der Einrichtung ange-
 gesprochen werden. Dagegen seien die Inhaber der Firma haftbar,
 denn sie hätten die Gewohnheit der bei ihnen Angestellten gefasst,
 die darin bestand, das Tuch zum Feststellen der Fensterflügel auf
 den Fenstertopf zu legen. Sie hätten das Öffnen des Fensters
 nicht dulden dürfen, ohne für hinreichende Vorkehrungen zu sorgen,
 die ein Zuschlagen des Fensters und eine Verletzung der Scheibe
 hinderten. Es hätte ihnen ohne weiteres einleuchten müssen, daß
 das zum Einklemmen benutzte Tuch keinen ausreichenden Schutz
 gegen ein Zuschlagen des Fensters bildete.

Diese Entscheidung ist jetzt vom Reichsgericht bestätigt worden.
 Der IV. Zivilsenat legt dar, daß in der Begründung des
 Kammergerichts ein Rechtsverstoß nicht zu finden sei. Die Frage,
 ob der Mangel an besonders für die Fenster hergestellten Haken
 einen Mangel in der Einrichtung eines Gebäudes darstelle, habe das
 Berufungsgericht ohne Verneinung eines Sachverständigen beant-
 wortet und vernimmen dürfen. Damit entlasse der Tatbestand des
 § 838 W. O. Dagegen seien die besagten Firmeneigentümer ver-
 pflichtet gewesen, den schädigenden Erfolg durch irgendwelche Mittel
 abzuwenden.

Eine von kann glaublicher Brutalität zeugende Bluttat

beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II, welches
 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Herkmann tagte. Aus der
 Untersuchungshaft wurde der 24jährige Leberzschneider Reinhold
 Baranuid aus Niddorf vorgeführt, um sich wegen Körperverletzung
 mit tödlichem Ausgange zu verantworten. Die Anklage wurde von
 Staatsanwaltschaftsdeputat Meyer vertreten. Die Verteidigung des Ange-
 klagten führte Rechtsanwalt Dr. Gaspert, Der Angeklagte ist erst

vor kurzem wegen einer brutalen Mißhandlung seines eigenen Va-
 ters zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten verurteilt. Er habe
 seinerzeit seinen schon bejahrten Vater mit einem zugeklappten
 Taschenmesser und einem Schlagring in der rohesten Weise miß-
 handelt. Der jetzigen Anklage liegt folgendes zugrunde: Bei dem
 Schankwirt Gänsehäls in der Schillerpromenade in Niddorf ver-
 kehrte sich schon seit längerer Zeit eine Gesellschaft junger Leute, unter
 denen sich auch der Schlosser Birker und der Tischler Paul Müller
 befand. Am Abend des 11. Dezember vorigen Jahres hielten sich
 die Genannten in Begleitung zweier junger Mädchen in der Gast-
 wirtschaft auf, als der Angeklagte in etwas angetrunkenem Zu-
 stande das Lokal betrat. Er beleidigte die jungen Mädchen durch
 unflätige Redensarten, die aber unbeachtet gelassen wurden. Als
 der Angeklagte dann mehrere Tafeln Schokolade, die er bei einem
 Hausierer gewonnen hatte, den Mädchen anbot, erklärte ihm Birker,
 daß man mit ihm nichts zu tun haben wolle. Baranuid drang sofort
 auf M. ein und nur durch das Dazwischentreten des Birker wurde
 eine Prügelei verhütet. Der Angeklagte versprach, daß im Lokal
 nichts passieren werde, er werde das schon „draußen abmachen“. Er
 zog sich dann seinen Ueberzieher an und gab seine Uhr mit dem
 Bemerkten ab, daß diese ihm draußen sonst entzweiigen würde.
 Dann schickte er sich im Hausflur auf, um hier dem Birker auszu-
 laufern. Als nach wenigen Minuten der 18jährige Müller, der mit
 Birker große Bekanntschaft hatte, auf den Hausflur hinaustrat,
 stürzte der Angeklagte auf ihn zu und jagte ihm sein Messer, einen
 sogenannten „Geniefänger“, bis an das Oeff in den Rücken. Müller
 brach sofort zusammen und verschied in wenigen Minuten, da der
 Stich die Lunge durchbohrt hatte. Der Angeklagte ging ruhig in
 das Lokal zurück, als ob nichts geschehen sei und zeigte hier eine
 geringfügige Verletzung an der Hand, die er sich beim Öffnen des
 Messers selbst zugezogen hatte, mit dem Bemerkten vor, daß Müller
 ihn mit einem Messer gestochen habe. Er entfernte sich dann und
 ging nach der Unfallstation. Als die übrigen Gäste auf den Haus-
 flur hinaustraten, fanden sie Müller in seinem Blute schwimmend
 als Leiche vor. Es wurde sofort an die Polizei telephoniert, die
 den Messerhelden auf der Unfallstation festnahm. Der Gericht be-
 hauptete der Angeklagte, daß er seinerzeit angetrunken gewesen sei
 und überhaupt nicht wisse, wie er dazu gekommen sei, den Müller
 auf dem Flur anzufallen und zu stechen. Die Geschworenen bejahten
 die Schuldfrage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgange und
 billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil
 lautete auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis.

Der „neue Türkenkönig“, der falsche Kriminalbeamte und der gerupfte Provinzial

figurierten in einer Bauernfänger Geschichte, die gestern die zweite
 Strafkammer des Landgerichts I mehrere Stunden hindurch be-
 schäftigte. Unter der Anklage des Betruges bzw. der Begünstigung
 hatten sich der Kellner Karl Strohmann, der Kellner Joseph Kohn,
 der Kebabpösterer Paul Brodtko und der Koch Otto Emde zu ver-
 antworten. Dieses Quartett hat am 23. November ein echtes
 Bauernfängerstückchen nach der bekannten Schablone ausgeführt.
 Ein Hausdiener Grundmann war aus Sachsen auf dem Anhalter
 Bahnhof angekommen, um sich hier eine Stelle zu suchen. Er hatte
 seine Erparnisse in Höhe von 150 M. mit hieher genommen und
 dachte, es könne ihm nun in Berlin gar nicht fehlen. Auf dem
 Straße begann Kohn mit ihm ein Gespräch mit der geistreichen Be-
 merkung, daß in Berlin ja gar nicht so viel Schmeie liege, wie in
 Leipzig, wo er so leben konnte. Grundmann, ein 17jähriger, un-
 erfahrener Mensch, war froh, in dem Strohmann einen Lands-
 mann aus Sachsen begrüßen zu können und folgte dessen Aufforde-
 rung, zusammen ein Glas Bier zu trinken. Bald gefellte sich auch
 Strohmann hinzu und da das Bier dort angeblich nicht schmeckte,
 führten beide den Provinzialen nach einem von Bauernfängern
 viel frequentierten Lokal in der Wasserhorststraße, wo sie ihn mit
 der Berliner Spezialität, dem Weibhies, bekannt machen wollten.
 In einem Redentisch sah ein Fremder, der Paul Brodtko gewesen
 sein soll, und las in einer Zeitung. Als er diese meglegte, bot Kohn
 um die Zeitung, er griff danach und „zufällig“ fiel aus der Zeitung
 ein Spiel Karten heraus. Nun gefellte sich Brodtko, der sich als
 Fettviehhändler aus Hamburg vorstellte, zu den übrigen und unter-
 hielt sie durch allerlei posierliche Kartenkunststücke, die dann in das
 bekannte „Kummelblättchen“ übergingen. Kohn setzte gemaß
 100 M. und gewann, schließlich ging der scheinbare Gewinn aber
 wieder verloren. Grundmann wurde durch die hohen Gewinne, die
 auf Herzogin gefallen waren, angereizt, auch zu setzen. Anfänglich
 gewann Herzogin auch für ihn, bald aber ließ er ihn jämählich
 im Stich und Grundmann hatte in kurzer Zeit den größten Teil
 seiner Vorkasse, nämlich 100 M., verloren. Strohmann empfahl
 sich dann aufjollend schnell, Brodtko erklärte dem G., daß er schleu-
 nigst nach Hamburg abfahren müsse, um nach seinem Vieh zu sehen
 und versprach ihm, daß er ihm sein Geld zurückgeben würde, wenn
 er in zwei Tagen ihm nach Hamburg folgen und bei ihm eine
 Stellung annehmen würde. Kohn blieb noch bei ihm und nahm
 ihm noch privatim 15 M. ab unter dem Vorgeben, er wolle schlei-
 nigst nach Wien an seinen reichen Vater telegraphieren, um sich
 und den G. wieder mit Geld flott zu machen. Auf dem Wege zum
 Telegraphenamt gefellte sich plötzlich Emde zu dem G., der auf
 Kohn wartete. Diesen erzählte G. sein Abenteuer und Emde ver-
 sprach ihm seine Hilfe zur Wiedererlangung des Geldes, indem
 er den Kriminalbeamten spielte und erklärte, daß G. Bauern-
 fängern in die Hände gefallen sei. Er loosete diesen dann aus der
 Gegend fort, indem er erklärte, er habe unter den Linden Dienst;
 „der neue Türkenkönig komme zum Besuch des Kaisers und es sei
 sehr wahrscheinlich, daß auch die Bauernfänger dorthin kämen, um
 sich den Einzug anzusehen.“ Grundmann ging hoffnungsfroh mit
 dem „Kriminalbeamten“ mit, dieser fand aber bald die Gelegenheit
 plötzlich zu verschwinden. Kun trat aber ein wirklicher Kriminal-
 beamter, der Kriminalschumann Witowski, in Aktion. Er hatte
 die Herrschaften von dem Augenblick an beobachtet, als sie das
 Lokal in der Wasserhorststraße verließen und da er als Mitglied der
 Bauernfängerpatrouille seine Pöppelheimer kannte, hatte er sie ver-
 folgt und erfuhr nun von Grundmann dessen Abenteuer. Das
 vierblättrige Aleeblatt sah bald in Haft. Das Gericht verurteilte
 Strohmann zu einem Jahr, die übrigen Angeklagten zu je 9 Mo-
 naten Gefängnis.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom
 Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		
	23. 1.	22. 1.	23. 1.	22. 1.	
Remel, Mühl	536 ⁹	-22	Saale, Großh.	235	-13
Bregel, Ankersburg	181 ⁴	-26	Gabel, Sandau ²	125	-1
Weiße, Thon	—	—	Kaibon ²	146	+1
Ober, Rathor	158	-9	Spree, Dreieberg ²	106	-4
• Krause	233	+5	• Dessow	174	0
• Frankfurt	237	+1	• Wefer, Müden	69	-19
• Warte, Schrum	—	—	• Müden	191	-25
• Landsberg	126	+2	• Hain, Rastmilchbau	775	+50
• Rega, Boddamm	53	-3	• Raab	622	+18
• Elbe, Zeitmerg	99	-14	• Köhn	—	—
• Dresden	-4	-18	• Redar, Heißbrunn	834	-62
• Barch	329	0	• Rain, Weßheim	315	-8
• Magdeburg	275	+1	• Rosel, Trier	383	-130

*) + bedeutet Quatsch. — Fall. *) Unterpegel. *) Uferstand. *) Grund-
 ebene.

Der Wasserstand des Rheinbochwassers hat heute morgen im
 Höhe von 738 cm am Pegel Mannheim (179 cm unter dem Hochwasser
 vom Dezember 1899 und rund 2 m unter dem höchsten bekannten Wasser-
 stand) die dachstuhlhohe Grenze überschritten. Unterhalb der Rosel,
 deren Wasserstände weiter abgenommen haben, ist auch der Rhein un-
 gefährdet, und zwar betrug der Wasserstand am Pegel Koblenz heute 674 cm
 (1 m über Mittelhochwasser und Ausdehnung). Die aus dem Oberlauf
 kommende Plümmele wird den Strom unterhalb der Roselbindung aber
 bald wieder zum Steigen bringen. Am Pegel Andros wurde die Aus-
 dehnungshöhe gestern morgen um 1,8 m, das Mittelhochwasser aber nur um
 30 cm überschritten, wobei der aus der Rosel kommende Flußstand noch
 nicht angelangt war.

Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nummer 3 des „Postillon“ enthält an Vorkünder und Illustrationen: Spremlaufe. — Leidenhändchen. — Der Untergang der englischen Marine. — Ein neues Wintermärchen. — Der Pariser Erzählungswettbewerb. — Das weiße Herz der Konventionen. Aus dem Tagebuch eines Mannes: Berliner Polizei. — Aus der Reichshauptstadt. VI. — Die Maschine. — Die Handhabe. — Die Hülle der Salten. — Folgebewertung in Zimbabue. — Schnapphahn über die Frontrede. — Jakobus minor, usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobsummen sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, gegenüber Postamt, am 2. und 4. Sonntag, von 10 bis 12 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

W. B. 315. Den Brief hätten Sie annehmen sollen. Beantragen Sie bei dem Amtsgericht die Verschließung der Geburtsurkunde herbeizuführen. — H. L. Der Kleinstempel beginnt seit dem 1. Juli 1909 bei einer Jahresmiete von 360 M. — E. R. 1. 1. Rein. 2. Die mündliche

Vereinbarung ist gültig. — W. 5. Kaufen Sie die Karte oder vor dem 28. Mai um, nachdem mindestens 20 Marken irgend welcher Klasse geliebt sind. — W. 333. Werden Sie sich an einen der Genossen im Landtage. — G. R. 9. 1. Die erforderliche Beize erhalten Sie in Drogeriegeschäften. 2. Die Glaubhaftmachung ist erforderlich. — H. 2. 14a. Erklären Sie sich auf der Gerichtsschreiber des Gerichts und beantragen Sie, Abschrift des Urteils Ihnen zu erteilen. Gleichzeitig legen Sie auf der Gerichtsschreiber gegen das Urteil Berufung ein. — G. 4759. Eine Klage gegen die beiden Defektlos erscheint nicht ganz aussichtslos, wohl aber eine solche gegen den Chef. Bestimmte Rechtsmittel, Verzüge, Firmen usw. zu empfehlen, müssen wir grundsätzlich ablehnen. — R. K. 15. Das Sparloosenbuch ist Eigentum des Großpaters geblieben. Die Forderung würde also dem Erben des Großpaters, nicht des Enkels zufallen. — G. E. 1000. Reineswegs. — Witzhaftig. 20. Ja. — G. E. 57. Leider ist der Lob Ihrer Frau kein Grund zur vorzeitigen Aufhebung des Vertrages. Sie mühten eine frühere Beendigung durch gütliche Vereinbarung herbeizuführen. — H. T. 100. 1. Die Nichtaufnahme in die Bählerliste entspricht leider dem Gesetz. 2. Ein Brief ist zur Verabreichung von Speisen oder Getränken nicht verpflichtet. Es könnte höchstens in der Art der Ablehnung eine Beleidigung erblickt werden. — H. B. 16. In diesem Falle wäre die Konfirmation entscheidend. — Berlin 16110. Sie mühten sich an einen Anwalt wenden, damit dieser Ihre Verteidigung übernimmt. — W. 7. Ja. — G. R. Nigdorf. Die Ortskrankenkasse ist im Recht. Die Arbeitsgerichte hätte bei dieser Sache die Anmeldung vornehmen müssen und hat wegen unterlassener Anmeldung nachzugeben und ebenso die entstandenen Kurkosten. Ihre Frau hat nur die fortan laufenden Beiträge zu zahlen. — W. 30. 1. Die Gemeinde des neuen Wohnortes hat selbständig darüber

zu befinden, ob Unterstützungsbedürftigkeit vorliegt. 2. Reineswegs. 3. Vorgeschrieben ist nur eine einstündige Mittagspause (§ 137 der Gewerbeordnung). — G. 30. Den Umbau brauchen Sie nicht zu gestatten. Befrei Sie die im „Bormarkt“ vom 20. d. M. unter Gerichtszeitung veröffentlichte Reichsgerichtsentscheidung nach. — G. E. Sie mühten noch 20 Marken nachlesen und die Karte vor dem 28. April umtauschen. Je früher der Umtausch stattfindet, desto besser. Das Nachlesen ist in Ihrem Falle zulässig.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beeth, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigepäckstücken sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Ämtlicher Marktbericht der Königlich Preussischen Markt- und Viehhandlung über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft reger, Preise für Ochsenfleisch anziehend, für Kalbfleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft reger, Preise befriedigend. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft schlapp, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr gering, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise unverändert.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 21. Januar verstarb unser Mitglied, der Maurer
Otto Schwensow
Dunderstr. 21.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenau-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. Bez. Nordend I.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Otto Schwensow
am 22. Januar an Lungenerleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weihenau-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am 22. Januar verstarb unser Mitglied, der Former
Richard Hugo
Lubenarder Str. 1.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhaus aus auf dem neuen Nazareth-Kirchhofe in Reinickendorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 20. Januar verstarb unser Mitglied, der Maurer
Ernst Stollberg
Kügener Str. 23.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Sonntag, den 23. Januar, auf dem Kirchhof der Friedens-Gemeinde stattgefunden.
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Kreiswahlverein Niederbarnim Bezirk Lichtenberg.
Am 21. Januar verstarb unser Mitglied, die Genoffin
Berta Zimmermann.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 25. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Schönfeld bei Oranien aus statt.
Die Bezirksleitung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Emanuel Langer
am 22. Januar im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 25. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, von der Halle des Hebamme-Krankenhaus aus nach Hagen-Schönhausen aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
August Blaurock
am 22. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 26. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Weihenau-Kirchhofes in Nigdorf, Kirchhofstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser
Paul Marschner
am 22. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 10 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter
Rudolf Kristan
am 22. Januar an Magenleiden.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pantener Gemeinde-Friedhofes in der Pantener-Schönholzer Halde, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Former
Richard Hugo
am 22. Januar.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Virchow-Krankenhaus aus nach dem Nazareth-Kirchhofe in Reinickendorf statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drochsenführer
Paul Ludewig
im Alter von 37 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nazareth-Kirchhofes aus statt.
Die Verwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, kranke Mutter
Emilie Hage
geb. Seyffert
am Sonntag, den 23. Januar, nach kurzem, schwerem Krankenlager im Alter von 58 Jahren verstorben ist.
Die hinterlassenden Söhne
Gerhard und Karl Hage,
Erlanger Straße 10.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Simon-Kirchhofes, Brühl, Tempelhofer Weg, aus statt.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter u. Schwester
Elisabeth Ruhland
geb. Kirchner
am Sonntag, den 22. Januar, im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Friedhof in der Langen Straße statt.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Oskar Ruhland
nebst Kindern.
Groß-Lichterfelde, 26. Januar 1910.

Dankfagung.
Für die innige Teilnahme und überaus reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Vaters und unserer guten Mütter 40878
Wilhelm Eberhardt
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Zentral-Wahlverein von Telton-Berckow, dem Gefangenen, dem Metallarbeiter-Verband und dem Verband freier Gewerksamer unseren herzlichsten Dank.
Witwe Eberhardt nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers
Ernst Dettmann
sagen wir allen Verwandten, Bekannten sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises unseren innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters
Richard Schmidt
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, den Kollegen und Kolleginnen der H. E. G., Brunnenstraße, sowie dem Gefangenen „Tomatisches Sängergesang“, unseren herzlichsten Dank.
Witwe Anna Schmidt nebst Kindern.
40882

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters 40892
Reinh. Lehmann
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der H. E. G. und dem Verband der Schilde unserer herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Husten
Heiserkeit, Rattarrh, Krampfhusten beseitigen die ärztlich erprobten
Kaiser's Brust-Karamellen
5500 mit begl. Zeugn. dem den sich Erfolg. Paket 30 Pf.
Dafür angebotenes mehr energetisch zum. Zu erhalten in Apotheken und Drogerien. 114/6
Berrreiter und Vager
Rich. Thiele
Berlin S. 53, Bärwaldstr. 8.
Telephon Amt IV Nr. 19.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Größtes Lager in sämtlichen gangbaren
Kautabaken
stets frisch zu äußersten Engros-Preisen.
Spezialität:
Kautabake von C. A. Hanewacker in Nordhausen
Nur echt in 10 Pf.-Rollen mit eingepacktem Fabrikzettel.
Amt IV. 3014.

Achtung!!
Havana-Grus
als Zigarrenanlage sehr zu empfehlen, sand- und schmutzfrei
per Pfund 1.50 M.
Hamburger Rohthakhaus
Filiale: Berlin N.,
Brunnen-Straße 190.

Ziehung 5. Februar.
Schlesische Pferde-Lotterie
Lose 1. 11 Lose = 10 Mark.
Porto u. Liste 25 Pf.
2842 Gewinn. Gesamtwert Mark
60000
Apr. 48 Pferde mit 4 Kutschwagen Mark
40000
mit 2000 Silberrücken Mark
20000
1. Hauptgew. 1 Kutschwagen 20. Pferde Mark
10000
Lose empfehlen und verwenden
Lud. Müller & Co.
Bankgeschäft Berlin C., Breitestr. 5.
Telegr.-Adr.: Gütchenallee.
Lose auch in allen Lotteriegeschäften u. allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Leihhaus
Gegenhaltkäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28
Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet. zweifelhafte. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; beagl. Harn- (Spez. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen. Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, im Kronen- und Röhrenhause, I. 6724. Berl. Rüdpr. biogr. u. kostenl. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. gr. n. H. Vager, Gemeinverwalter
Berlin NW., Friedrichstraße 91/9

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksparkplatz. — Amt VII, 13799
Für Damen Frauen-Bedienung. • Lieferant für alle Krankenkassen.

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schönestr.
Wochentags 10-2. 5-7.

Pulmonov
gibt's das Pfefferminz-Liquor!
Pfefferminz-Liquor-Margarina
100% H. Schlinck & Cie A-G
Hamburg und Mannheim



Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geratehalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
Joch Lothringer Straße 60.
Alle Bruchhändler mit elastischen Voluten, angenehm u. weich am Körper.

So wie die Palme
das auf der Erde wachsende Tierreich überträgt, so überträgt das aus ihrer Frucht gewonnene Pflanzenfett Palmin alle tierische Fette durch seine Reinheit und Güte.
Palmin eignet sich gleich vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.



Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Auf die am heutigen Abend stattfindenden Generalversammlungen der Wahlvereine, wie in der Annonce angezeigt, machen wir besonders aufmerksam und ersuchen die Mitglieder um pünktliches Erscheinen.

Auf der Tagesordnung steht u. a. die Berichterstattung vom preussischen Parteitag. Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins legitimiert.

Bei der Wichtigkeit der zu behandelnden Sache erwarten wir, daß niemand fehlt. Die Vorstände.

Die Generalversammlung des vierten Kreises findet nicht bei Keller, sondern in den Andreas-Festhälen (Vorgmann), Andreasstr. 21, statt, worauf wir noch besonders aufmerksam machen.

Für Vollliste. In Reinickendorf-West veranstaltet am Sonntag, den 19. Februar, der Sparverein „Spare fleißig“ im „Central-Schützenhaus“, Schornweberstraße 3, sein Stiftungsfest. Da man hierbei auf einen großen Dilletantismus hauptsächlich in Arbeiterkreisen rechnet, weisen wir darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht und sind daher alle dortigen Veranstaltungen zu meiden. Die Vollkommission.

Erster Wahlkreis. Urania-Vorstellung am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr: „Im Hirnenglanz des Ober-Gugadin.“ Billets a 70 Pf. (inkl. Garderobe) sind bei den Funktionären und dem Kassierer Wittner, Zellnerstr. 11, zu haben.

Schöneberg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins in den Neuen Rathausfälen, Reininger Straße 8 statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahlen des Vorstandes. 3. Verschiedenes. — Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Wilmersdorf. Dienstag, 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: Berichterstattung vom preussischen Parteitag. Referent: Genosse Stroger-Rixdorf.

Treptow-Baumgartenweg. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung in der „Konordia“ (Banzstr.), Köpenicker Landstraße. Tagesordnung: 1. Berichte der Funktionäre. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Gemeindevorstandswahl. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Schmargendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute, Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstr. 43, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasienbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Bezirksleitung. 3. Unsere Gemeindevorstandswahl. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Köpenick. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater, Kellner Saal: Wahlvereinsversammlung. Genosse Vorchardt spricht über: „Unsere heutige Aufgabe.“

Der Bildungsausschuß veranstaltet am 2., 8., 16., 22. Februar im Stadttheater einen Vortragskursus über „Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland“. Referent Genosse Julian Vorchardt. Teilnehmerkarten a 40 Pf. sind bei den Gewerkschaftsvorständen zu haben.

Berliner Nachrichten.

Ein herrlicher Wintertag

Locke am Sonntag nach dem greulichen „Matsch“ der letzten Wochen die Berliner in hellen Scharen ins Freie. Ueber Nacht war es knochentrocken geworden. Eine Kostprobe Schnee hatte sich auf den Dächern abgesetzt und tauchte das Straßenbild in Winterolorit. Die Temperatur hielt sich gleichmäßig an der Frostgrenze, machte den Sonntagsnachmittags-spaziergang zu einem wahren Vergnügen. Viele Laufende dehnten die lange entbehrte Spritour zu Fuß und mit dem am Nachmittag stets in Anspruch genommenen Verkehrs-instituten bis weit in die Vororte hinein nach den Wäldern und Seen aus. Lebhaft wurde nur bedauert, daß der Wintersport noch nicht zu seinem Rechte kam. Hoffentlich bleibt die frische Bitterung nunmehr eine ganze Weile beständig. Wir können anstatt der krankheitsbegünstigenden Kälte einen steifen Frost brauchen, falls uns Allmutter Natur dabei nicht zu ungnädig mißspielt.

Das Jugendheim in der Brunnenstr. 115 parterre (zwischen Volta- und Uebowstraße) steht heute abend von 6 Uhr an der öffentlichen Benutzung frei.

Die Erfragkommissionen der Aushebungsbegirke Berlin veröffentlichen folgende Bekanntmachung: Alle diejenigen jungen Männer, welche in einem der zum Deutschen Reich gehörigen Staaten heimats-berechtigt sind

- 1. in dem Zeitraum vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1890 geboren sind,
2. dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht bei einer Erfragbehörde zur Musterung gestellt,
3. sich zwar gestellt, aber ihr Militärverhältnis aber noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben

und gegenwärtig innerhalb des Reichsgebietes hiesiger Residenz sich aufhalten, werden, soweit sie nicht von der persönlichen Befreiung in diesem Jahre emittiert sind, hierdurch auf Grund des § 25 der Deutschen Behörde angewiesen: sich behufs ihrer Aufnahme in die Rekrutierungsliste in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. J. während der Stunden von vormittags 8 bis nachmittags 7 Uhr (Sonntags bis nachmittags 1 Uhr) im Geschäftsbüro des für ihre Wohnung zuständigen Polizeibezirks persönlich zu melden und ihre Geburts- oder Lösungsscheine und die etwaigen sonstigen Akten, welche bereits ergangene Entscheidungen über ihr Militärverhältnis enthalten, mit zur Stelle zu bringen.

Die Geburtszeugnisse werden von den Standesämtern ausgestellt.

Für diejenigen hiesigen Militärpflichtigen, welche zurzeit abwesend sind (auf der Reise begriffene Handlungsgehilfen, auf See befindliche Seeleute usw.), haben die Eltern, Vormünder, Lehr-, Prot- und Fabrikherren die Anmeldung in der vorbestimmten Art zu bewirken.

Wer die vorgeschriebene Anmeldung versäumt, wird nach § 83 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 mit einer Geldstrafe bis zu 80 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Reklamationen (Anträge auf Zurückstellung bezw. Befreiung von der Aushebung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse — § 83 2a — der deutschen Behörde) sind bezüglich aller Militärpflichtigen, auch der Einjährig-Freiwilligen, vor dem Muster-

ungsgeschäft, spätestens aber im Musterungstermine anzubringen; nach der Musterung angebrachte Reklamationen werden nur dann berücksichtigt, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist.

Wassenschäden in der Rosenstraße. Mit dem Abbruch der auf der Westseite der Rosenstraße gelegenen, sämtlich mehrere hundert Jahre alten Wohnhäuser Nr. 9 bis 13, die der Zigarrenfabrikfirma J. Neumann gehören, wird im Juni d. J. begonnen werden. Die Räumung erfolgt schon zum April, da den Mietern, die hier zum Teil jahrzehntelang anständig waren, gekündigt worden ist. Die eine Mieterin hat es mit ihrer Schädlichkeit sogar auf nicht weniger als 66 Jahre gebracht. An die Stelle der abgebrochenen Gebäude treten moderne Geschäftshäuser nach Art derjenigen auf der gegenüberliegenden Seite. Damit findet auch die vom Mühlendamm übertragene Mitteldeutsche in der Rosenstraße ihr wohlverdientes Ende. Gleichzeitig fällt das um die Ecke am Neuen Markt gelegene alte Geschäftshaus Kaiser-Wilhelm-Straße 33, dessen Hinterland für die Neubauten in der Rosenstraße benötigt wird.

Arztwechsel im Urban-Krankenhaus. Der leitende Arzt der orthopädischen und Nerven-Abteilung des städtischen Krankenhauses am Urban, Herr Dr. Wieselski, hat seine Stellung niedergelegt, um der bisher im Nebenannt betriebenen Leitung der Berlin-Brandenburgischen Krüppel-Heil- und Erziehungsanstalt seine volle Tätigkeit zuwenden, weil die schnell emporgeblühte Anstalt und der von ihr geplante Neubau zur weiteren Entwicklung seiner ganzen Kraft bedarf. Zu seinem Nachfolger im Krankenhaus am Urban ist Herr Dr. Dehmann, bisheriger Assistent von Herrn Prof. Leeb-Dorn, gewählt worden.

Eine tolle Wirtschaft

Im Bureau der Berliner Stadtnode geherrscht haben nach den Mitteilungen, die in die Öffentlichkeit dringen. Zwölf Jahre lang konnten dort vier Beamte umfangreiche Unterschlagungen und Fälschungen begehen, ohne daß sie zur Kenntnis des geschäftsführenden Ausschusses gelangten. Die Angaben, daß die umfangreichen Unterschlagungen nur möglich gewesen sind, weil die Beamten ein förmliches Komplott geschmiedet und jahrelang unter einer Decke gesteckt hätten, haben sich als unzutreffend erwiesen. Die Defraudanten Grunack und Schmidt sind weit weniger belastet als Vord und Vornide. Letzterer ist der Hauptmacher gewesen und hat auf eigene Faust gehandelt. 18 Jahre lang konnte dieser, obgleich er nur der Bote der Stadtnode war, dort schalten und walten. Er hatte stets Geld, pumpte allen, einigen sogar Laufende von Mark und lebte wie ein Pascha von Ägypten. Er kam und ging nach Belieben. Niemand hinderte ihn. Höchst interessant ist es, wie Vornide und auch die übrigen die Steuerbeträge unterschlagen konnten, ohne daß der Ausschuss davon Kenntnis erhielt. Die Stadtnode erhielt alljährlich vom städtischen Einkommensteuerbureau sogenannte Steuerlisten. Die Herren im Bureau der Stadtnode machten es sich nun recht bequem. Sie schnitten diese Listen mit den Namen der Steuerpflichtigen einfach in Streifen. Dabei verschwanden dann regelmäßig einige Streifen in den Taschen der ungetreuen Beamten. Quittungsformulare lagen stets offen im Bureau aus. Es war ein leichtes, mehrere dieser Formulare zu entwenden, auszufüllen und die auf den Streifen bemerkten Steuerbeträge einzulassieren, ohne daß ein anderer Beamte etwas bemerkte, weil jede Kontrolle fehlte. Auch das Fehlen der Streifen wurde nicht bemerkt. Es kam eben nicht darauf an. Viele Personen wurden einer bestimmten Religion zugehörig, die sie gar nicht hatten und es war kein Wunder, wenn die Reklamationen sich in riesigem Maße häuften. Es machte sich deshalb auch recht häufig, daß der geschäftsführende Ausschuss gelegentlich noch Strafantrag stellte gegen Personen, die in etwas kräftiger Weise sich gegen die fortgesetzte Belästigung durch ungerechte Veranlassung zur Kirchensteuer zur Wehre setzten, obwohl in Wirklichkeit dieser Ausschuss die Verantwortung für diese Sautwirtschaft trug.

Ein großes Schlaglicht auf unser Fürsorgewesen wirft folgende Lokalmeldung: „Eine unerwartete Wendung sollte eine Hochzeits-affäre auf dem Wedding finden. Die 17jährige Charlotte W., Bienenstraße wohnhaft, war mit dem 21jährigen Otto R., längere Zeit verlobt und in den nächsten Tagen sollte die Hochzeit stattfinden. Die W. sollte sich in früheren Jahren nicht besonders gut geführt haben, doch in letzter Zeit war ihre Führung eine tadellose. Das junge Mädchen gab nicht zu geringsten Klagen Anlaß. Man bereite nun alles Rötige für die bevorstehende Heirat vor, doch im letzten Augenblick trat etwas ein, was die Hoffnungen des jungen Paares jäh zerstörte. In der Wohnung der Eltern der W. erschienen Polizeibeamte und forderten die Herausgabe des jungen Mädchens. Das letztere sei auf Verlaß des Verlobten der Fürsorge überwiesen worden und diesem Verlaß müsse Folge geleistet werden. Alles Protestieren half nichts. Unter Tränen mußte die W. von ihren weinenden Eltern und dem Bräutigam Abschied nehmen und sich abführen lassen.“

Es wäre wünschenswert zu wissen, wer den Antrag auf Fürsorge-erziehung gestellt hat, und weiter, ob die städtische Waisenverwaltung sich den Ueberweisungsbeschlüssen genau angeschlossen hat. Denn auch die Stadt Berlin hat alle Veranlassung, die Ueberweisungsbeschlüsse des Vormundschaftsgerichts recht genau zu prüfen und eventuell dagegen zu remonstrieren.

Die „Deutschen Nachrichten“ wollen angeblich die Interessen der deutschen Beamten wahrnehmen, kommen aber trotz aller Reklame nicht auf die Weine. Der Verlag ist deshalb auf eine neue Idee gekommen, er will die Straßenhändler für den Vertrieb interessieren. Da aber auch den Händlern niemand die „Deutschen Nachrichten“ abkauft, soll die Nachfrage nach dem Blättchen künstlich hervorgerufen werden. Beamtenvereine werden aufgefordert, dahin zu wirken, daß ihre Mitglieder von den Händlern die „Deutschen Nachrichten“ verlangen, die Geschäftsstelle will die so gekauften Exemplare gegen Erstattung von 5 Pf. wieder zurücknehmen. Ein in diesem Sinne gehaltenes Zirkular ist einer Anzahl von Beamtenvereinen zugegangen. Dabei ist der Verlag auch an eine falsche Adresse geraten, nämlich an den Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands. Das Anschreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr!

Um allen im Bezug der „Deutschen Nachrichten“ noch säumigen Beamten ihr Blatt, die Tageszeitung der deutschen Beamenschaft, immer von neuem eindringlich vor Augen zu halten und um die breitere Öffentlichkeit für die Wünsche und Interessen der Befehlshaber hinreichend aufzuklären, haben wir uns entschlossen, den Straßenhandel zu Hilfe zu nehmen.

Vom 19. d. Mts. ab sollen die „Deutschen Nachrichten“ durch die Straßenhändler und Zeitungsvorkaufsstellen vertrieben werden. Um den Eifer der Händler anzuspornen, prämiieren wir die, welche sich am regsten für uns betätigen. Um aber die Zeitung wirklich einzuführen, bedürfen wir zahlreicher Helfer.

Auch Ihr Verein kann uns und die gemeinsame Sache unterstützen, indem die Mitglieder in der nächsten Zeit an den verschiedenen Stellen den Händlern einzelne Exemplare der „Deutschen Nachrichten“ abkauften. Unsere Geschäftsstelle nimmt diese gegen Erstattung von 5 Pf. für die Nummer zurück.

Wir bitten Sie also höflich, in der nächsten Sitzung Ihres geschätzten Vereins auf diese Angelegenheit hinzuweisen und die Herren zur Mitarbeit im gedachten Sinne aufzufordern.

Für die freundlichen Bemühungen sagen wir Ihnen im voraus unseren verbindlichsten Dank.

Hochachtung!

Verlag der „Deutschen Nachrichten“, Bielefeld.

Es muß schlecht um das Unternehmen stehen, daß man zu solchen Mitteln greifen muß!

Die erste Mütterkonferenz für Groß-Berlin, veranstaltet vom Jellnerhaus, hat bei rege Beteiligung im Berliner Rathaus stattgefunden. Namens der Verwaltung des genannten Kindererziehungsheims wies Magistratssekretär Schmidt auf die Ziele der Neuorientierung hin, die nicht mit gelehrten Vorträgen und langen theoretischen Abhandlungen aufwarten wolle, sondern ihre praktischen Ergebnisse im zwingenden Sprechens der Mütter über reine Erziehungsfragen erblicke. In erster Linie sollen solche Fragen, die in den Kreisen der Mütter selbst laut werden, zur Diskussion stehen. Verschiedene Fragen, wie sie für die Besprechungen in den einzelnen, später noch zu bildenden zahlreichen Gruppen gedacht sind, riefen schon in der Mütterkonferenz lebhafteste Bewegung hervor, so die interessante Frage, ob und wann dem Kinde die Kollage gestattet sein soll. Die nächste Mütterkonferenz wird am Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, wieder im Sitzungssaal 109 des Berliner Rathauses abgehalten.

Unglücksfälle im Straßengebiet. Ein entsetzlicher Unglücksfall, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Sonntag in der Snelienstraße. Dort spielten gegen 4 Uhr nachmittags an der Ecke der Kottbuserstraße mehrere Kinder, unter ihnen der 6jährige Ernst Pötel, der bei seinen Pflügelzeiten in der Kottbuserstraße 25 wohnte. Dabei geriet der Kleine gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 80. Er wurde zu Boden gerissen und kam mit beiden Armen unter dem Schutzrahmen zu liegen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben und der Knabe aus seiner entsetzlichen Lage befreit. In bestmöglicher Eile wurde das verunglückte Kind mittels Droßke nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer übergeführt, wo der Arzt jedoch nur noch den bereits auf dem Transport infolge Schädelbruchs eingetretenen Tod feststellen konnte.

Vor dem Hause Kaiserstraße 15 wurde der achtjährige Sohn des Schlächtermeisters Hagemann aus der Kaiserstraße 93 von einer Automobilrolle überfahren. Die dabei erhaltenen Verletzungen waren so schwer, daß der Tod sofort eintrat. — In der Kottbuser Straße stürzte früh 9 Uhr der Klempner Langer aus der Strecker Straße 35 von einem Anhänger der Linie 38 auf die Straße. Schwerverletzt wurde er nach dem Hedwigskrankenhaus gebracht. — Die sechsjährige Erna Leopold wurde in der Dunderstraße vor der Wohnung ihres Pflegewaters, des Bankbeamten Sello, von einem Wagen überfahren und schwerverletzt nach der Klinik in der Fiegelstraße gebracht.

Der mysteriöse Tod eines Patienten in der Lungenheilstätte Beelitz, der Ende vorigen Jahres erfolgte, hat jetzt zu der Suspendierung des behandelnden Arztes geführt. Die Untersuchung des peinlichen Falles ist noch in der Schwebe, so daß noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, ob der Tod des Patienten eine direkte Folge der ärztlichen Behandlung gewesen ist.

Ein Zusammenstoß eines kaiserlichen Automobils mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich am Sonntagmittag gegen 12 Uhr am Brandenburger Tor. Ein Straßenbahnwagen der Linie 6 passierte in langsamer Fahrt den Platz vor dem Brandenburger Tor, als plötzlich ein kaiserliches Automobil von den Linden kommend herausfauste. Um den drohenden Zusammenstoß zu verhindern, mußte der Chauffeur scharf bremsen und es gelang ihm dem auch, den Kraftwagen unmittelbar vor der „Elektrischen“ zum Stehen zu bringen. Infolge des scharfen Bremsens schleuderte das Auto und die Karosserie sich gegen den Straßenbahnwagen, an dem eine Seitenleiste zertrümmert wurde. In dem kaiserlichen Automobil befand sich die Hofdame der Kaiserin, Fräulein v. Gersdorf und der Kammerherr v. Winterfeld, die aber beide unverletzt blieben. Auch die Insassen des Bahnwagens kamen mit dem Schrecken davon. Das Auto konnte seine Fahrt fortsetzen.

Beim Tanze vom Tode überrascht wurde in der vergangenen Nacht die 26 Jahre alte Ehefrau Marie des Materialienverwalters Goldzil aus der Königsbergerstraße 32. Die Frau besuchte mit ihrem Mann und ihren beiden Kindern von 9 und 8 Jahren ein Vereinsfest in der Landsberger Straße. Nachdem sie schon über Atemnot geklagt hatte, brach sie kurz nach Mitternacht, während sie mit ihrem Mann tanzte, vom Sockel getroffen zusammen und verschied nach kurzer Zeit im Garderobenraum.

Zwei Kinder im Eise eingebrochen. Aufregende Szenen haben sich Sonntagnachmittag am Wannsee abgespielt. Der Kaufmann Behrens aus der Mühlstraße war mit seiner Familie nach Wannsee gefahren und an den Ufern des Sees spazieren gegangen. Während die Eltern vorausschritten, wagten sich die beiden Kinder auf die dünne Eisfläche des Gewässers. Sie brachen ein und schrien jämmerlich um Hilfe. Mit Unterstützung hinzueilender Spaziergänger gelang es nach einiger Zeit, die Kleinen zu retten. Die beiden waren vor Frost bereits vollständig erstarrt.

Die Vereinigung der gemischten Chöre „Freya II“ mit dem „Frauenchor Elden“ zu einem größeren Chor unter dem Namen „Freya Elden“ ist dieser Tage erfolgt. Da sich die Vereinigung die Pflege des gemischten Gesanges zur Aufgabe gemacht hat, erucht sie sangesundige Damen und Herren um Anschluß, der jeden Dienstag, abends von 9—10 Uhr, bei Rabe, Fichtestraße 27, erfolgen kann. Der Verein ist dem Arbeiter-Sängerbund angeschlossen.

Absturz eines Aviatikers im Aeroplan. Auf dem Flugplatz Adlershof-Johannisdahl hat sich wiederum ein verhängnisvoller Unfall zugegetragen. Der Aviatiker Reidel, der erst kürzlich das Wrightgeschick hatte, mit seinem Aeroplan zu verunglücken, stürzte diesmal mit einem Wright-Flieger aus der Höhe von zehn Metern ab. Er hatte das Flugfeld zweimal umflogen, als der Apparat plötzlich nach unten sauste, sich in der Luft überschlug und krachend zur Erde stürzte. Beim Absturz schlug R. mit dem Kopf gegen die Maschine und erlitt leichte Verletzungen. Der Aeroplan wurde recht stark beschädigt.

Zeugengefuch. Personen, die Zeugen waren, wie gestern nachmittags kurz vor 1/5 Uhr ein Arbeiter, von der Großbeerenstraße kommend, die Poststraße überschreiten wollte und dabei von dem Straßenbahnwagen der Linie 48 erfasst und ein Stück fortgeschleift wurde, werden um Abgabe ihrer Adressen an Johann Buchalski, Stalter Straße 148, Hof IV, gebeten.

Gesperrt. Die Alte Jakobstraße von der Drantienstraße bis zur Mitterstraße wird wegen Kanalarbeiten vom 24. d. Mts. ab bis auf weiteres für den durchgehenden Wagen- und Reiterverkehr gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Setzt die Wählerlisten nach, die nur noch bis zum 30. Januar in den Gemeindebüros zur Einsichtnahme anliegen. Wer nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechtes verlustig. Für diejenigen, die selbst die Listen nicht einsehen können, übernehmen die auf Plakaten bemerkten Genossen bereitwillig die Einsicht in die Listen.

Stralau. Von heute ab liegen die Wählerlisten auch bei folgenden Genossen aus: Paul Schöp, Alt-Stralau 17, Gastwirt; Christian Gundlach, Markgrafendamm 3, Gastwirt; Ernst Schmidt, Markgrafendamm 6, Gastwirt.

Schöneheide, Rahnsdorf, Al.-Schönebeck. Die Gemeindevorstandsliste liegt aus:

in Schöneheide: im Gemeindebureau von 9-12 Uhr, in Al.-Schönebeck-Fichtenau: im Gemeindebureau von 9-11 und 8-10 Uhr, ferner in Al.-Schönebeck beim Genossen Söhne, Mühlenweg 10, und in Fichtenau im Restaurant Buch, Hauptstraße, in Rahnsdorf, Rahnsdorf-Mühle: im Gemeindebureau von 9-12 Uhr, ferner in Rahnsdorf-Mühle beim Genossen Emil Siebler, Mühlenweg 4.

Charlottenburg.

Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Wilhelm Eberhard und Joseph Krebmer in der üblichen Weise und nahm dann vom Genossen Will den Bericht des Vorstandes entgegen. Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß sich der Mitgliederbestand, trotzdem eine Anzahl Resistenzen geäußert werden mußten, ziemlich auf der gleichen Höhe gehalten hat. Es traten im Berichtsjahre 602 Mitglieder neu ein, dagegen traten aus bzw. wurden gestrichen 667, so daß die Zahl der Mitglieder jetzt 2821 beträgt. Hierunter befinden sich 184 weibliche Mitglieder. Neben 10 Vereinsversammlungen wurden 7 öffentliche Versammlungen abgehalten. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten am Orte beträgt 4240. Die Genossin Herdie berichtete kurz über die Veranstaltung für die weiblichen Mitglieder. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Bescheid für die weiblichen Mitglieder jeden letzten Mittwoch im Monat stattfindet und daß am nächsten Mittwoch Genosse Dr. Lehmann einen Vortrag über „Das menschliche Auge“ halten wird. — Genosse Gerlach, der den Bericht über die Bibliothek gab, konnte erstensherweise auf eine steigende Leserschaft hinweisen. Er teilte mit, daß die Bibliothek vergrößert worden ist und daß bei steigender Finanzlage die Bücherzahl sich vermehren wird. Er dringend ersucht, noch mehr in dieser Richtung getan werden könnte. Aus dem Bericht der Lokalkommission erfuhr die Versammlung, daß der Arbeiterklub jetzt auch der „Spandauer Bod“ zur Verfügung steht. Genosse Reisch gab nunmehr die Abrechnung vom vierten Quartal 1909. Die Einnahmen betragen 2029,28 M., die Ausgaben 217,78 M., so daß noch Abführung von 1811,50 M. an den Kreis ein Verstand von 456,00 M. verbleibt. Weiter gab Genosse Reisch eine Uebersicht über die anlässlich der Stadtverordnetenwahlen vereinnahmten und verausgabten Gelder. Genosse Will teilte sodann mit, daß mit Rücksicht darauf, daß nach dem neuen Parteiprogramm das Geschäftsjahr von Juli bis Juni laufen soll, die gesamten Mitglieder des erweiterten Vorstandes mit Ausnahme der Gruppenführer der 1., 2. und 5. Gruppe sich bereit erklärt haben, ihr Amt bis zum Juni weiterzuführen. Die Generalversammlung gab hierzu ihre Zustimmung. Es folgte jetzt ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Eichhorn über „Deutsche Kolonialpolitik“. Zurückblickend auf die Anfänge der Kolonialpolitik gab Genosse Eichhorn in großen Zügen eine Uebersicht über ihre Entwicklung und Bedeutung, über ihre Aussichten und über unsere Stellung zu ihr. Wie Redner am Schlusse seines 1 1/2 stündigen Vortrages nochmals hervorhob, sind die Kolonien gegründet worden zum Zwecke kapitalistischer Bereicherung und Ausbeutung. Dazu dienen sie auch heute noch. Kulturarbeit sei Nebenache und wo sie geleistet werde, gelde sie nur, um die Ausbeutung noch wirksamer zu gestalten. In vorgeleiteter Stunde erstattete darauf Genosse Will den Bericht vom preußischen Parteitag, woraus die Versammlung nach vorheriger Aufnahme von 101 neuen Mitgliedern geschlossen wurde.

Städtische Fürsorgestelle für Alkoholtränke. Der Magistrat hat unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die seit etwa einem Jahre in Charlottenburg bestehende Fürsorgestelle für Alkoholtränke im Geleichenhause, Berlinerstr. 187, vom 1. April 1910 ab in eine städtische Fürsorgestelle für Alkoholtränke umzuwandeln und in eigene Regie zu nehmen. Die Sprechstunden in der Fürsorgestelle werden unverändert Dienstag abends von 8-10 Uhr stattfinden.

Besoldete Weisenpflgerinnen. Der Magistrat hat beschlossen, vom 1. April zwei besoldete Weisenpflgerinnen mit besonderer Vorbildung und Erfahrung in der Säuglingspflege anzustellen. Ihre Aufgabe soll die Veraufsichtigung aller der städtischen Aufsicht unterstehenden Kinder unter zwei Jahren bilden.

Rixdorf.

Zeugengeseuch. Nach Schluß eines am 22. Oktober vor dem Amtsgericht Rixdorf stattgehabten Termins hat sich vor dem Gerichtssaal zwischen den Parteien ein Rencontre entsponnen, das auf der Straße seinen Abschluß fand und später zu einem Strafverfahren Anlaß gegeben hat. Eine Frau war Zeugin des Vorfalles. Diese wird um Angabe ihrer Adresse an Stahn, Rixdorf, Niemestr. 8, gebeten.

Schöneberg.

Im den Verkehrsmitteln hinter der Tempelhofer Unterführung abzubauen, hat die Verkehrsdeputation bei dem Gemeindevorstand die kostenlose Aufklopfung des Platz- und Straßenlandes beantragt und sich bereit erklärt, dagegen die nötigen Abtragungen selbst zu übernehmen. Es würde dadurch nicht allein die Regulierung der Tempelhofer Straße erleichtert, sondern auch die Gefahr für die Passanten, auf die wir vor längerer Zeit hinwiesen, beseitigt werden, die ihnen durch die Unterführung passierender Wagen droht. Da das betreffende Terrain längst dem Verkehr übergeben ist, würde es sich nicht um das Aufgeben wesentlicher Rechte handeln. Eine schnelle Entscheidung wäre auch um so wünschenswerter, als die Stadt dadurch in die Lage versetzt sein würde, gerade jetzt Kostendruckarbeiten im größeren Maßstabe auszuführen, die den Arbeitlosen zugute kommen würden.

Die gänstige Entwicklung der Schöneberger Wochenmärkte hat die Verkehrsdeputation veranlaßt, das Vertragsverhältnis mit dem Eisenbahnklub bezüglich des Geländes an der Oberstraße für Markttage bis 1916 zu verlängern und auch am Sonnabend im Sommer von 4. im Winter von 5 bis 8 Uhr dort einen Markt abzuhalten. Für die Vermietung der Stände werden künftig nicht die fungierten 8, sondern die wirklichen Markttage maßgebend sein, wodurch der Stadt eine erhebliche dem Verhältnissen entsprechende Mehreinnahme erwächst.

Behlendorf (Wannseebahn).

In der ersten Sitzung der Gemeindevorsteher in diesem Jahre wurde zunächst die Schaffung einer neuen Lehrerstelle an der Gemeindevorschule 1 beschlossen. Die Heilkurse für kranke Kinder sollen nach einem günstig ausgefallenen Verlauf in den Grundrissplan aufgenommen werden, da die Regierung hierüber ihre Genehmigung abhängig gemacht hat. Dadurch unterliegen die Kinder, die die Heilkurse besuchen, den Bestimmungen, die für den übrigen Schulbesuch vorgegeben sind; sie können für unentschuldigtes Fehlen mit Strafe belegt werden. Gegenwärtig sind 18 Kinder an dem Kursus beteiligt, die gleiche Zahl ist für das nächste Jahr vorgesehen.

Um der Verunstaltung von Ortsteilen vorzubeugen, wird eine Erweiterung des zu diesem Zweck im September 1908 beschlossenen Ortsstatuts vorgenommen. Der Kreis der Baulen sowie der zu schützenden Gegenden wird erweitert und für die der geschlossenen Bauweise vorbehaltenen Ortsteile schärfere Bestimmungen getroffen. Die baupolizeiliche Genehmigung kann verweigert werden, wenn nach Ansicht des Bauamts das Straßennetz unwirtschaftlich beeinflusst wird. Um dem Bauamt hierüber Arbeit zu geben, soll jedem Baugesuch eine farbige Skizze beigelegt werden. Für die Veranlagung einer Polizeiberechnung über die Einrichtung von Vorgärten wird eine Kommission eingesetzt. Von der Vorlage des Gemeindevorstandes fürchten insbesondere die Herren Schütz für die Terraingesellschaften, Köppen und andere zu rigorosen Maßnahmen für die Keinen Gewerbe-

treibenden. Um 7 Kindern den Aufenthalt in der Heilstätte Schreiberhau auf einige Wochen zu ermöglichen, wurden 250 M. bewilligt. Die Beleuchtung des Bahnhofs Deerenstraße paßt der Zehndorfer-West-Gesellschaft nicht. Sie regt deshalb an, daß statt der Gaslampen 200 kerzige Örlampen beschafft werden. Die Kosten von 2200 M. für Beschaffung und Aufstellung trägt die Gesellschaft. Dagegen soll die Gemeinde die Betriebskosten tragen. Die Vertretung beschloß demgemäß. Keinen der Vertreter ist es eingeleitet, daß die Gemeinde durch solche Festlegungen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der Terraingesellschaft gerät. Oder wollte man es nicht öffentlich sagen? Wir sind der Meinung, daß die Vertretung, um ihr Ansehen zu wahren, das Ansehen der Gesellschaft mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen hatte. Die Beleuchtung am Bahnhof Deerenstraße ist schlecht. Aber es war Pflicht der Gemeinde, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, nicht aber sich zum Belassen der schon so allmählich Terraingesellschaften herabzuwürdigen. Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung, der erst auf Antrag Thornton in die öffentliche Sitzung verlegt worden ist, wurde eine Antwort des Provinzialrates mitgeteilt. Dieser hat sich dem Plane, in der früher dargelegten Weise die Realschule und das Realgymnasium zu bauen, nicht angeschlossen. Es zeigte sich, daß der sehr eilige Beschluß von vor Weihnachten lediglich deswegen nicht die Zustimmung des Provinzialrates gefunden hat, weil er ihn anders interpretiert, als die Gemeindevertretung ihn aufgefaßt hat. Um aus dem Dilemma herauszukommen, soll der Gemeindevorstand eine neue Vorlage machen.

Ober-Schöneheide.

Der Tod der in der Kolonie Ostend, Köpenicker Str. 2, wohnhaft gewesenen 22jährigen Wally Weigert ist, wie ein Verwandter der Verstorbenen mitteilt, laut ärztlicher Feststellung infolge Gehirnschlagies eingetreten.

Mariensfelde.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für Mariensfelde und Umgegend nahm den Vorstandsbericht des Genossen H. H. Reusch entgegen. Es haben im letzten Jahre 7 Mitgliederversammlungen, 2 Volksversammlungen, 2 Generalversammlungen, 7 Flugblattverbreitungen und 3 Agitationstouren stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 61, darunter 10 weibliche. Nach dem Kostenbericht des Genossen Ernst Schuster betrug die Jahreseinnahme 271,00 M., die Ausgabe 216,42 M.; an den Zentralvorstand wurden 181,24 M. abgeführt. Die Neuwahlen hatten folgendes Resultat: erster Vorsitzender Fritz Grunlich; zweiter Vorsitzender Otto Fischer; Kassierer Ernst Schuster; Schriftführer Richard Kreuzberg; Lokalkommission: August Soltmann, Weisgerin Frau Siepe; Revisoren: die Genossen Harz, Hüb und Friedrich Schmidt; Bibliothekar: Richard Kreuzberg; Speditur: Emil Weinert. Als Bezirksführer wurden die Genossen Petermann, Hüb, Max Fischer, Robert Dreßl, Oswald Rümchen und Otto Blume gewählt; in die Expeditionskommission Friedrich Siepe und Otto Fischer und als Landagitationsleiter Otto Fischer.

Köpenick.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Bei der Beratung der Magistratsvorlage, die Umwandlung der hiesigen Realschule zu einem Reformgymnasium mit Realschule betreffend, erklärte Stadtverordneter Herbst (Soz.), daß er der Vorlage zustimmen würde, jedoch wünsche er eine Erhöhung des Schulgeldes für auswärtige Schüler, zumal andere Orte in der Umgegend auch höhere Sätze haben, wie sie die Vorlage vorsieht. Redner beantragt, den Satz von 180 M. auf 140 M. zu stellen. In der Abstimmung wurde jedoch die Magistratsvorlage angenommen. Vor Eintritt in die Verhandlungen über die Spezialetat für 1910 beantragte Genosse Riefe die Erts der städtischen Werke zurückzustellen, da doch die eingegangene Resolution der Protestversammlung der städtischen Arbeiter vorliegt, deren Vespaltung, einem Antrage des Genossen Wolf entsprechend, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt worden ist. Der Antrag wurde abgelehnt. Ohne erhebliche Debatte wurden hierauf die Etats in Einnahme und Ausgabe festgesetzt. Vieltrigittätswert: 330 000 M., Käsewert: 117 000 M., Kanalisationswert: 283 755,98 M., Wasserwert: 112 500 M., Realschule: 98 000 M., Mädchenmittelschule: 49 835 M., Hofschule: 5242 M., Kaufmannische rezeptive gewerbliche Fortbildungsschule: 1910 M. und 14 926 M. Bei dem Etat der Straßenbahn, welcher die Schlusssumme von 277 500 M. aufweist, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Stadtverordneter Jakob (Lib.) tritt zunächst für den Ausbau der Bahn nach den Müggelbergen ein. Vom Magistrat wurde darauf hingewiesen, daß die Kosten sich auf 400 000 M. belaufen würden und falls, um auf Passenverkehr zu rechnen, Brücken bei Grünau und Hirschgarten zu bauen wären, das Projekt sich auf zwei Millionen stellen dürfte. Stadtv. Riese (Lib.) fragte nunmehr an, ob der Verwaltung bekannt sei, daß diejenigen Straßenbahner, welche nicht Mitglieder des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes sind, von den zum Verbands gehörenden Angestellten schikaniert würden. Auch ein Teil des Publikums unterläge dieses, indem es nach den sogenannten Karten frage. In einem Gewerkschaftslokale habe man sogar die Nummern der patriotisch gesinnten Straßenbahner ausgehängt. Die Verwaltung müsse diese schämen. Die Genossen Herbst, Wolf und Riefe wandten sich in scharfer Weise gegen diesen Vorwurf des angeblichen Terrorismus. Nicht die im Verbands befindlichen Straßenbahner seien die Schikaniierer, sondern die Nichtverbandsmitglieder. Im Interesse der Stadt wie auch der in Frage kommenden Angestellten habe man bis jetzt über gewisse Dinge geschwiegen — diese Taktik sei aber, wie man sehe, nicht angebracht. Gerade die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes würden in erster Linie drangaliert. Stadtv. Cuny (Lib.) erklärte, daß ihm ein Fall bekannt sei, wo ein Fahrer aus dem Dienste gegraut worden sei. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten. [Der Name, um die Sache zu prüfen, wurde nicht angegeben. D. V.] Der Dezerent der Straßenbahn, Stadtrat Jenne, erklärte mit unerschütterlicher Miene, daß die Verwaltung den Angestellten gegenüber sich völlig unparteiisch halte. (Widerpruch und Gelächter.) Um die Organisationsverhältnisse derselben kümmere man sich nicht. (Heftiger Widerpruch.) Die Genossen Wolf und Riefe traten nach eumal in längeren Ausführungen dem entgegen. Auf eine Bemerkung des Stadtv. Rattes (Lib.), der in erregter Weise unseren Genossen zurief: „Das ist Boykott!“, wiesen unsere Genossen die Unrichtigkeit dieses Vorwurfs nach. Des weiteren hatten unsere Genossen, da die Straßenbahner ebenfalls in diesem Jahre Anträge auf Erhöhung des Lohnes gestellt hatten, auch diese erwähnt. Stadtrat Jenne erklärte u. a., daß die Kommission in der ersten Sitzung der Behandlung des Etats nichts bewilligt habe; erst in der zweiten Sitzung sei auf Antrag Wolf, welcher in der ersten Sitzung schloß, für die Fahrer eine Lohnzulage von 5 M. pro Monat eingestellt worden. Im übrigen händten sich die Angestellten nicht schlecht, sie hätten außer den Löhnen noch bis zu 200 M. pro Jahr Nebeneinnahmen. Die auf der Tribüne anwesenden Straßenbahner schienen sich bei diesen Worten erlöst an. Der Etat wurde schließlich bewilligt. Ein Antrag auf Gewährung von Freikarten an die Stadtverordneten zur Benutzung der Straßenbahn wurde angenommen. Auch hier kam es zu erregter Debatte, bei der sich Stadtv. Schubert (Lib.) drei Ordnungsrufe holte. Die Wertzuwachsteuer wurde mit einigen redaktionellen Änderungen genehmigt. Der Rest der Tagesordnung betraf kleinere Vorlagen.

In dem Bericht vom Sonntag über die Wahl eines Mitgliedes zum Realschulkollegium ist ein Irrtum insofern enthalten, als Stadtv. Cuny (Lib.) nicht erklärt hat, er nehme die Wahl nicht an, sondern betonte: „Unter diesen Umständen lege auch er sein Amt als Mitglied des Kuratoriums nieder, die Regierung könne nun machen, was sie wolle!“

Adlershof.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Ligner den Vorstandsbericht. Danach haben stattgefunden 4 Generalversammlungen, 4 Mitgliederversammlungen und 4 öffentliche Versammlungen; des weiteren 4 Nordwärtsagitationen, 3 Landagitationen und 1 Arbeitslorenzählung. In seinen weiteren

Ausführungen fügte er Genosse Ligner, daß eine ganze Anzahl Genossen wegen rezidierender Zeiträge gestrichen werden mußte. Ligner forderte die Genossen auf, sich mehr an den Parteiarbeiten zu beteiligen. Der Kostenbericht des Genossen Hüb vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 838,85 M., eine Ausgabe von 838,98 M. Der Mitgliederbestand beträgt 455 einschließlich 67 Genossinnen. Dem Expeditionsbericht des Genossen Schwarzlose steht einer Einnahme von 2333,55 M. eine Ausgabe von 2263,55 M. gegenüber. Der Abonnentenbestand beträgt 651. Genosse Weil erstattete Bericht über den Stand der Bibliothek. Im letzten Jahre wurden mit Einschluß der Jugendbibliothek 780 Bände verliehen. Genosse Horlich gab eingehend Bericht über die Tätigkeit des Bildungs- und Jugendauschusses. Den Bericht der Bezirksführer gab Genosse Klobi. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Ligner, 2. Vorsitzender Klobi, Kassierer Hüb, Schriftführer Niemann, Weisger Bengsch und Genossin Hoffmann, Speditur Schwarzlose, Revisoren: Emil Neumann, Ludwig Petrich, Lokalkommission: Martin Poppe, Bibliothekar Weil, Bildungs- und Jugendauschuh: Horlich, Stropp, Meil, Fischer, Fechner, Friedrich, Ernst Neumann und Genossin Wis. Genosse Poppe forderte hierauf die Parteigenossen, welche noch nicht Mitglieder des Vereins „Jugendheim“ sind, auf denselben beizutreten; der Beitrag beträgt wöchentlich 5 Pf. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Cuhly in der üblichen Weise.

Weisensee.

Die hiesige Zastelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes nahm in ihrer letzten Versammlung den Jahresbericht entgegen. Der Kostenbericht lag den Kollegen gedruckt vor. Eine rege Debatte entspann sich über den Antrag der Verwaltung, die Kontrollkommission, resp. deren Leitung in eine Hand zu legen, und nur einen Bevollmächtigten zu wählen. Nach rege Diskussion wurde der Antrag angenommen. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab: Bevollmächtigter Ebert; Schriftführer Rich. Daeschner; Revisoren: Kistler, Probstorf und Gerhardt; der Kontrollkommission gehören an: Herrn. Kose, Max Kose, Wenz, Krause und Danker, hinzu kommen noch die Möbelpolierer Wilhelm Vindner, Wegener und Bergemann. Bibliothekar wurde Wegener, zum Gewerkschaftsleiter delegierten wurde Daeschner gewählt. Als Beitragskassierer fungierten Schnell, Wedow und Daeschner.

Die Verkehrsverbindungen mit Berlin sind so miserabel, daß schon häufig in der Offenheit, in den Vereinen und in der Gemeindevertretung hierüber Klage geführt wurde. Alle Verhandlungen mit der Direktion der Großen Berliner haben zu keinem Resultat geführt. Die Wagen sind stets überfüllt und dennoch sollen alle Linien nach Weisensee unrentabel sein. Sämtliche vier Linien führen nach dem Westen Berlins, nach dem Osten oder Norden gelangt man nur durch Umsteigen. So ist auch wiederum in der letzten Gemeindevorsteherung bekanntgegeben worden, daß es die Große Berliner strikte ablehnt, in der Großen Seestraße gelegentlich der Neupflasterung Säulen zu verlegen, da sie gar nicht daran denke, durch eine projektierte Schleife durch die Parstraße das Amtsgericht zu berühren. Nur noch durch Rentabilitätsauschüsse würde eine Änderung herbeigeführt werden; dann wäre die Große Berliner außerdem so spendabel, „alle Wünsche“ zu erfüllen. Die Gemeindevertretung hat natürlich dieses Ansuchen abgelehnt. — Leider befinden sich die Berliner Rangangstrassen, insbesondere die Greifswalder Straße, in solch elendem Zustande, daß Verhandlungen mit der Omnibusgesellschaft nicht möglich sind; außerdem kann man es dem Publikum nicht zumuten, sich geöhrt durchschneiden zu lassen, bevor es nach Weisensee kommt. Als einzige Rettung wurde eine Untergrundbahn angesehen; hierauf bezügliche Verhandlungen sollen weiter verfolgt werden. Bis zur Verwirklichung eines solchen Projektes dürfte jedoch noch eine geraume Zeit vergehen. Die hiesige Einwohnerchaft wird sich noch lange die modernen Verkehrsverbindungen von brauchen — an den Haltestellen — ansehen müssen.

Vorsigtalder-Wittenau.

Die von unseren Genossen im Vorparlament betriebene länger angelegte Agitation für die Wertzuwachsteuer ist jetzt auch hier von Erfolg gekrönt. Bei der Beschlußfassung wegen Herabsetzung der Prozentzuschläge zu der Staatseinkommen- und der Gewerbesteuer sollte die Personalsteuer von 150 auf 125 Proz., die Gewerbesteuer von 300 auf 200 Proz. und von 225 auf 150 Proz. herabgesetzt werden. Als Ersatz für den fehlenden Betrag wurde die Erhöhung der Grundsteuer für die unbauten Grundstücke von 2 auf 4 vom Tausend vorgesehn. Unsere Genossen betonten, daß die Gewerbesteuer sowie Betriebssteuer aufgehoben werden müsse. Da aber infolge der größeren Gemeindeausgaben und der zum größten Teil nicht steuerkräftigen Bevölkerung darum vorläufig nicht zu denken sei, könnten wenigstens die kleineren Betriebe von der Steuer befreit werden. Eine Herabsetzung der Personalsteuer auf 100 Proz. statt 125 Proz. wäre durchführbar, und wenn man die Zuschläge der Kochbarorie vergleicht, eine dringende Notwendigkeit, um die Entwicklung unseres Ortes zu heben. Der Ausfall an Steuerbeiträgen wäre durch eine gerechte und richtig verteilte Wertzuwachsteuer vollständig zu decken. Nach einer längeren Debatte, an welcher sich die Herren von Vorfis und Hempel beteiligten, wurde beschlossen, die Angelegenheit an die Steuerkommission zurückzuverweisen, um dann der Gemeindevorstellung ein neues, brauchbares, im Sinne unserer Parteigenossen beantragtes Projekt zu unterbreiten. Für das Verbandsstrankehous wurden 264 700 M. einstimmig nachbewilligt. Gegen 4 Stimmen wurden der Firma Schier die Asphaltpflasterarbeiten für die Hauptstraße zum Preise von 181 127 M. übertragen, der Firma Soodlon die Wasserleitung in der Hermsdorfer Straße für 19 144 M. Bei der Vespaltung betreffs der Verfestigung der Vampstation sowie Uebernahme der Rohrung wurde die Undichtigkeit des Hauptkanals in der Breitenbachstraße besprochen. Herr Baumeister Kinnert war der Meinung, daß, nachdem der gemauerte Kanal nachgedichtet wird, ein Eindringen von Grundwasser ausgeschlossen wäre.

Die Wählerliste weist in der ersten Klasse 4 Wähler, der zweiten 33 und der dritten Klasse 1178 Wähler auf. Das Steuerloß beträgt in der ersten Klasse 85 210 M., in der zweiten Klasse 75 930 M. und in der dritten Klasse 75 433 M. Es scheiden in der ersten Klasse Geheimrat Sanden, in der zweiten Klasse die Herren Dettin und Haad und in der dritten Klasse der Genosse Boitisch auf.

Eine starkbesuchte Generalversammlung des Wahlvereins nahm am Dienstag den vom Genossen Adam erstatteten Tätigkeitsbericht vom verflorenen Jahre entgegen. Es haben stattgefunden zwölf Vereins- sowie sechs öffentliche Versammlungen. Ihren Kirchenaustritt erklärten nach dem Referat des Genossen A. Hoffmann 70 Personen. Nach dem Dugratsbericht sieht einer Einnahme von 554,93 M. eine Ausgabe von 421,60 M. gegenüber. In der Jahresabrechnung bilanzieren die Einnahmen mit 1862,15 M., die Ausgaben mit 1727,71 M. Die Mitgliederzahl beträgt 250, Abonnenten auf den „Vorwärts“ sind 308. Sodann wurden die Neuwahlen vorgenommen, welche folgendes Resultat ergaben: Erster Vorsitzender Genosse Koyoll; zweiter Vorsitzender Genosse Gutheit; Kassierer Genosse Henaft; Schriftführer Genosse Schröder; Revisoren die Genossen Sched, Schulze und Quade; Weisgerin Frau Gramm. Mit der Aufforderung, rege in die Gemeindevorstellung und den Wahlrechtskampf einzutreten, schloß der Vorsitzende Genosse Straube die Versammlung.

Vermischtes.

Die Ueberschwemmungen in Frankreich.

Wie eine Meldung aus Paris vom gestrigen Tage besagt, hat sich ein Teil des die Maas beherrschenden Forts von Tillo bei Toul gesenkt. Als Ursache wird angegeben, daß das Fort, dessen Bau erst kürzlich vollendet worden ist, keine genügend festen Grundmauern habe.

Von der Wanne wird eine bedeutende Zunahme des Wassers gemeldet. Die Uferbewohner sind aufgefordert worden, ihre Wohnungen zu verlassen. Der Luftkühlerpark in Woblen steht völlig unter Wasser. Die Pioniere haben die Säule, an welcher der Ballon „Colonel Renard“ befestigt ist, verlängert, damit der Ballon nicht im Wasser schwimmt. Um 11 Uhr abends drang das Wasser in den Bahnhof der Station Quai d'Orly und steigt 45 Zentimeter hoch über dem Bodenniveau. Man befürchtet nunmehr, daß durch die Fenster der Station gegenüber der Seine das Wasser eindringen wird. Angesichts dieser Gefahr ist das gesamte Mobiliar der Station auf die oberen Stockwerke gebracht worden. Der Verkehr auf der Untergrundbahn ist gestern abend 11 1/2 Uhr für die Durchfahrt der Seine unterbrochen worden. Eine Abnahme des Wassers wird aus dem Gebiete der Saone und der Rhone gemeldet, aber verschiedene Ortschaften stehen noch unter Wasser, die Ufer gleichen einem See. In dem Beden der Seine und Loire nimmt die Ueberschwemmung eine beunruhigende Ausdehnung an. Die Waas ist um 40 Zentimeter gestiegen. In Charleville wurden die Einwohner nachts von dem Wasser überrannt und suchten schlemmig ihre Wohnungen verlassen. In Worez im Jura erfolgte ein großer Erdstöß, 30 000 Kubikmeter Erde sind von einem Berge auf die Chaussee abgerutscht; das Aussehen der Stadt ist ein trostloses. Ein weiterer Erdstöß von circa 100 000 Kubikmetern Erde erfolgte in der Nähe von Vesgare. Es wird 10 Tage dauern, um diese Erdmassen zu entfernen. Die Eisenbahnlinie Paris—Lyon—Mediterrane ist in der Nähe von Coigny-le-Roy bedroht; zwei Eisenbahnlinien sind bereits gestört und man befürchtet für heute eine Unterbrechung des Dienstes.

Wassersnot in Paris.

Paris, 24. Januar. Eine Folge der Ueberschwemmungen in Frankreich dürfte die sein, daß es in Paris an Trinkwasser fehlt.

Der Betrieb der Wasserwerke ist vollständig eingestellt worden, da das Wasser in den Maschinenraum eingedrungen ist; andererseits enthalten die Wasserreservoirs nur sehr geringe Vorräte an Trinkwasser. Die Behörden haben umfassende Maßregeln getroffen, damit die Straßeneinigung mit Wasser bis auf weiteres eingestellt wird. Alle Hydranten in den Straßen sind geschlossen worden. Ferner sind Anordnungen ergangen, mit dem Wasser sparsam umzugehen. Man glaubt trotzallem, daß die Wasservorräte nicht mehr sehr lange anhalten werden.

Aus dem deutschen Ueberschwemmungsgebiet.

Der Wasserstand des Rheins ist, wie aus Köln gemeldet wird, seit gestern um einen halben Meter gefallen; er beträgt jetzt 6,49.

Ein Telegramm aus Bonn vom gestrigen Tage lautet: Der Trajektverkehr Bonn—Düsseldorf ist wegen Hochwassers heute früh eingestellt worden.

Rettung eines Verhängten. Wie aus Wiesbaden (Waher) gemeldet wird, ist, nachdem man sich vorgestern nachmittag mit dem zweiten bei dem Schachsteinbruch auf dem Koblenbergwerk Hansham Verhängten, dem Bergmann Stadler, in Verbindung hatte setzen können, gestern vormittag nach 8 Uhr dessen Befreiung gelungen. Stadler ist, abgesehen von leichten Quetschungen, bei guter Gesundheit.

Dem Juge überfahren wurden, einer Meldung aus Hannover zufolge, bei Bantorf am Sonnabend zwei Straßenarbeiter. Der eine von ihnen wurde sofort getötet, während der andere noch lebend nach Hannover ins Krankenhaus gebracht wurde, wo er aber bald nach seiner Einlieferung starb.

Zwei Knaben eingetroffen und ertrunken.

Wie aus Weihenfeld gemeldet wird, sind im benachbarten Dorfe

Leißling gestern nachmittag auf der blassen Fleder eines Hochwassers zwei Knaben eingetroffen und ertrunken.

Die Eisenbahnkatastrophe in Kanada.

Ueber den Umfang der Eisenbahnkatastrophe auf der Canadian-Pacific-Bahn liegen nunmehr nähere Nachrichten aus Ottawa vor. Der Fluß, in den die Wagen hinabstürzten, war von einer 12 Zoll starken Eisschicht bedeckt, unter der jetzt die Leichen der Reisenden von Tauchern gesucht werden. Die abgestürzten Wagen sind ein Wagen mit Auswanderern, ein Wagen erster Klasse und ein Wagen zweiter Klasse. Auch der Speisewagen entgleiste, aber die acht Insassen konnten sich retten. Die Zahl der Toten wird auf 45 geschätzt.

Nach einer weiteren Meldung sind ungefähr 70 Menschenleben zu beklagen. Mindestens 25 Leichen, die aus dem auf der Brücke liegenden geblichenen und in Brand geratenen Wagen zweiter Klasse geborgen wurden, sind derart entsetzt, daß eine Autopsie ausgeschlossen erscheint. Von den 40 Reisenden, die sich in dem gleichfalls in den Fluß gestürzten Wagen erster Klasse befanden, sind, soweit bekannt, nur drei gerettet. Viele Leichen, die unter das Eis geraten sind, dürften kaum wieder aufgefunden werden. Die Rettungsarbeiten wurden durch heftigen Schneesturm sehr behindert.

Laminierung. Einer Meldung aus Neidenhall zufolge ging in der Nähe von Jettensberg eine riesige Lawine in dem Augenblick nieder, als drei mit Holz beladene Schlitten eine Schlucht passierten. Ein Fuhrwerk wurde 150 Meter in die Tiefe gerissen. Der Schlitten ist im Schnee völlig begraben. Der Fuhrwerkslenker, der 60 Meter hinter dem Schlitten ging, kam mit dem Schweden davon.

Sturm im Adriatischen Meer. Im Adriatischen Meer herrscht, wie aus Triest gemeldet wird, furchtbarer Sturmwetter. Die Schiffe sind in größter Gefahr.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 25. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Königl. Schauspielhaus. Strandfieber.
Neues königl. Operntheater. Geschlossen.
Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. M. Gabelberg.
Anfang 8 Uhr.

Vossing. Das Konzert.
Komische Oper. Lieland.
Berliner. Macbeth.
Fiedel. Frau Barrens Gewerbe. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Henes. Don Juans letztes Abenteuer.
Wespa. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Buribans Gel.
Alte. Der große Kame.
Residenz. Im Laubenschlag.
Thalia. Die Dolmetscherin.
Schiller. Die Schöne (Theater.)
Der Wauer von St. Georgen.
Schiller. Charlottenburg. Geschäft ist Geschäft.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Galali.
Wolfsoper. Die Afrikanerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Vulken. Heimal.
Weste. Faust.
Kunsthause. Der dunkle Punkt.
Metropol. Galali II — Die große Revue.
Folies Caprice. Sicher ist sicher.
Dunter Zell. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Der Obergauer.
Gebr. Herrnsfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.
Schauspiel. Der Polzeihund. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Dr. Driesen: Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts. Hörsaal 8 Uhr: Professor Dr. Bekstein: Tiere als Feinde der Kultur.

Volks-Oper. SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 78. Anfang 7 1/2 Uhr:
Die Afrikanerin.
Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Juni 50. Male:
Im Laubenschlag. Schwan in 3 Akten von Hennequin und Heber. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, den 30. Januar, 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Gretchen.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel von Hermann Sudermann. Mittwoch: Heimat.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 102. Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Faust.
Tragedie von Goethe. I. Teil. Mittwoch: Der Huzaren. — Donnerstag und Sonnabend: Die Herren Edue. — Freitag: Faust.

Metropol-Theater. Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Anfang 8 Uhr Rauchen gestattet.

Apollon Theater. Letzte Woche! Anfang 8 Uhr. Henry Bender als Prinz Pinne. 9 Uhr 15: Lotte Sarrow i. Hr. Mimodrama „Die Ehebrecherin“ 9 Uhr 45: Schimpanse Konsul James Great.

W. Noacks Theater. Sonnenstr. 10, am Rosenhaller Tor. Abends 7 1/2 Uhr: Schauspiel Räte Wille-Wach: Der Hüttenbesitzer. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.). Dienstag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen. Schauspiel in 5 Aufzügen von Heinrich Heide. Ende 10 1/2 Uhr. Mittwoch, abends 8 Uhr: Narsis. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Dienstag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft. Schauspiel in 5 Akten von Octave Mirbeau. Deutsch v. Max Schönan. Ende 10 1/2 Uhr. Mittwoch, abends 8 Uhr: Viel Lärm um nichts. Donnerstag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Arnold Scholz. Neue Welt. Hasenstraße 108/114. Täglich:
Großes Bockbier-Fest.
Heute Dienstag, den 25. Januar 1910: Prämierung des höchsten tragbaren Stehkragens (nicht Stelmlogkragen), muß am Oberhemde angeknüpft sein. Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse. Preise M. 50., 30., 20.

WINTERGARTEN. Letzte Woche!
Olga Desmond, die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“ sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Januar-Attraktionen!

Herrnsfeld Theater. Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 6083. Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
Bursche mit Gefang in 2 Akten. Musik von E. Hjal, mit den Autoren Anton und Desai Herrnsfeld in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel Komödie v. L. Guna. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11 bis 9 Uhr. Sonntag nachmittag 4 Uhr: Die beiden Bindelbands.

Palast-Theater. Direktion: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Böse. Das sensationelle Januar-Programm. u. a.: Kapit. Frahn's dress. Seelöwen. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. bis 2 M. Vorzugskarten, zu halben Preisen gütlich, überall.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Macapa Rossi Schneider Duncker Mile. Farfalla und das sensationelle Januar-Programm.

Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin! 50 wilde Weiber Männer, Kinder. Drei Negerdörfer Ohne Extra-Entree!

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Buribans Esel.

Zirkus Schumann. Heute Dienstag, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung. Hr. Heinrich Fills, Schauspieler. Sisters Curtis! Luftserpentinen-Akt. Frl. Krombser! Phänomenale Leiterakrobatin Die Morandis. Herr E. Schumann, Meisterdress. 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr. Die russ. Sensations-Pantomime Marja. Vorher das große Galaprogramm.

Casino-Theater. Lotharinger Straße 37. Täglich 8 Uhr: Sensationeller Lagerfolg: Der Obergauer. Lustspiel in drei Akten von M. S. L. Kocher. Das erstklassige bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trudezens Sommerreise.

Walhalla-Theater. Waisenbühlweg 15-23, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr: Vollständig neue Spezialitäten. Tunnel: Goldbergl. Regimentstapelle, Schumann. Theaterbesuchern freier Eintritt!

Folies Caprice. Sicher ist sicher. Dunter Zell. Der Mann meiner Frau. Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 27. Januar 1910: Der Walzerkönig. Große Gefangnisse in 4 Akten von W. Mannfeld. Musik von G. Steffens.

Volgt-Theater. Gastspiel in Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148. Dienstag, den 25. Januar 1910: König Gelurich und Katharina Howard oder: Ein Opfer der Liebe. Schauspiel in 7 Akten v. R. v. Goltzschall. Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

ORRHEUM. an der Janowitzerbrücke. Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne. 650 Sitzplätze. Feenhalle. Anstellung. Beginn: Wechontags 4 Uhr. Sonntags 2.

Büppenhagen. am Meritzplatz. 3/8 Uhr. Im oberen Saale: Die glänzenden Spezialitäten. Heute 9 1/2 Uhr ringen: L. Koepell P. Schibilski Berlin Berlin Hako Hako Baydewski Barkowski Berlin

Entscheidungssampf: Altman Aug. Schneider Berlin Rürnberg. Im unteren Saale: Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest mit Doppel-Konzert.

Karl Haverland. Anfang Theater, präg. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79. Das glänzende erstklassige Januar-Programm. Schlager auf Schlager!

Reichshallen-Theater. Stettiner-Sänger. Der Nachtwächter von Hergenheufe. v. F. Meysel. Anfang: Bochum 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Billets bis 5 Tage vorher.

Sanssouci. Kottbusser Straße 6. Direktion Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanztruppen. Neues hochakt. Programm. Die modernsten Schlager. Beg. Samt. 5. modern. 11. Der morgige Mittwoch-Theater-Abend soll wegen großer Privatfestlichkeiten aus.

Büppenhagen. am Meritzplatz. 3/8 Uhr. Im oberen Saale: Die glänzenden Spezialitäten. Heute 9 1/2 Uhr ringen: L. Koepell P. Schibilski Berlin Berlin Hako Hako Baydewski Barkowski Berlin

Entscheidungssampf: Altman Aug. Schneider Berlin Rürnberg. Im unteren Saale: Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest mit Doppel-Konzert.

Gär den Inhalt der Internat übernimmt die Redaktion beim Publikum gegenüber technischer Verantwortung.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Dienstag, den 25. Januar, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends:

Generalversammlungen der Wahlvereine.

1. Kreis

Präfels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

2. Kreis

Habels Brauerei, Bergmannstraße 5/7.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Bericht des Vorstandes und der Kommissionen vom letzten Halbjahre.
4. Vereinsangelegenheiten, darunter Antrag auf Entschädigung der Funktionäre.

3. Kreis

Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Vorstandsbericht.
4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

4. Kreis

Andreas-Festsäle (Horgmann), Andreasstraße 21.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

5. Kreis

Altes Schützenhaus, Finienstraße 5.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

6. Kreis

Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Neuwahl des zweiten Vorsitzenden.

Nixdorf

Hoppes Lokal, Hermannstr. 49.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Preussischen Parteitag. Ref.: Gen. Dr. Silberstein.
2. Diskussion.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

In allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.

Zahlreichen Besuch erwarten

Wilmerdorf

Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße Nr. 112.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Behlendorf

Mickley, Potsdamer Straße 25.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.

Die Vorstände.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part.

Filiale Berlin.

Berufsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 27. Januar 1910, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Koppenstr. 29.

Tagesordnung:

1. Wahl der Kandidaten zur Generalversammlung.
2. Der Reichstaxi und die augenblickliche Lage in unserem Beruf.
3. Eventuelle Wahl des Tarifamts.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung muß ein jeder Kollege erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

199/99

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(E. S. Nr. 2 Hamburg.) Centralverwaltung Berlin.

Dienstag, den 25. Januar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal 1909.
2. Wahl von Kassierern für den 6. und 7. Bezirk.
3. Wahl der Revisoren.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

S. N.: Richard Schröder, Berlin O., Elliker Straße 7, born IV.

Achtung! Töpfer.

Kollegen, welche Forderungen an die Firma Raasch haben, werden hiermit zu einer

Besprechung im Gewerkschaftshaus, heute

Dienstag, abends 8 Uhr, eingeladen.

Diesgl. auch der Filialvorstand.

192/4 Die Verbandoleitung.

Krankengeld-Zuschuß- u. Begräbnis-

kasse der Berliner

Knopfarbeiter

u. verwandter Gewerbe.

Sonnabend, d. 29. Januar 1910,

abends 8 Uhr, bei Kurth, Berlin,

Brangelstr. 105.

Ordentl. General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Kassendbericht: a) Vierteljährlich;

b) jährlich. 2. Wahl des Gesamt-

vorstandes und der Revisoren. 3. Ver-

schiedenenes. 3805

Die Mitglieder werden ersucht,

pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

S. N.: Paul Schulz.

Möbelfabrik Union

Eingetragene Genossenschaft mit

beschränkter Haftpflicht.

Sonnabend, den 12. Februar 1910,

abends 7 Uhr,

im Geschäftszimmer, Warschauer

Straße 70:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bilanz. 2. Statutenänderung.

3. Neuwahl des Vorstandes und des

Aufsichtsrates. 4. Geschäftliches.

Der Vorstand.

NB. Die Bilanz liegt in unserem

Kontor, Warschauer Str. 80, zur

Einsichtnahme der Genossen aus.

3876

Orts-Krankenkasse für das Tapezierergewerbe zu Berlin.

Auf Grund des § 65 des Statuts

geben wir den Mitgliedern und

Arbeitsgebern bekannt, daß die in der

Generalversammlung vom 12. No-

vember 1909 beschlossene vierte

Änderung des Kassentatuts betreffend

die §§ 12, 13, 20, 30 durch Beschluß

des Bezirksausschusses vom 4. Januar

dieses Jahres genehmigt worden ist

und vom 1. Februar 1910 in Kraft

tritt.

Druckexemplare dieser Abänderung

gelangen im Kassenlokal, Reander-

straße 22, zur Verteilung. 270/14

Berlin, den 22. Januar 1910.

Der Vorstand.

S. Lohdy, M. Bruno,

Vorsitzender. Schriftführer.

Neu erschienen:

Die Finanzgeschichte

des Deutschen Reiches.

Von Emanuel Wurm.

Preis 1.- M.

Der deutsche Arbeiter

und der

Nationalismus.

Untersuchungen über Größe und Macht

der deutschen Nation in Ostereich

und das nationale Programm der

Sozialdemokratie.

Vom Reichsrats-Mitgl. Dr. Karl Renner.

Preis 60 Pf.

Gegen das Zentrum

und seine Verbündeten.

Rede des Mitgl. Dr. Ludwig Frank-

Wannheim, gehalten in der Reichs-

tagung vom 13. Dezember 1909.

Preis 15 Pf.

Handbuch

der sozialdemokratischen

Parteitage von 1863-1909.

Bearbeitet von Wilhelm Schröder.

Vollständig in ca. 18 Lieferungen

246/00 a 30 Pf.

Expedition des Vorwärts,

Berlin SW., Lindenstr. 69 (Radn).

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 30. Januar 1910, abends 7 Uhr,

in den Prachtsälen NW., Wielefstraße 24:

Lichtbilder-Vortrag

des Herrn Hillig-Hamburg

über: „Kunstpflege — ein Massenproblem“.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Eintritt 30 Pfennig. 6/6 Garderobe frei.

Dienstag, den 1. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Schullokal,

Grenadierstraße 37:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 6/7

1. Bericht des Vorstandes, des Sekretariats und der Revisoren.

2. Schulangelegenheiten. 3. Verschiedenes

Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Tischler, Bezirk Nordosten,

am Dienstag, den 25. Januar, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr (gleich nach Feierabend),

bei Boeker, Weberstraße 17.

Kammacher

am Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerk-

schaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 5.

Küchenmöbeltischler

am Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Englischen

Garten, Alexanderstraße 27c.

Die Kollegen aus den Vororten sowie die Maler und Maschinen-

arbeiter sind hierzu eingeladen. 78/7

Möbelpolierer und Beizer

am Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Englischen

Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige Tarifbewegung und unsere Forderungen

für die nächste Vertragsperiode. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht

der Branchenleitung und Neuwahl derselben.

Stellmacher

am Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rosen-

thaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Agitationskommission und der Zentralkommission.

2. Neuwahl der Agitationskommission und der Zentralkommission.

3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Branchen-

angelegenheiten.

Verband der Isolierer und Steinholzfleger Deutschlands.

Abt. I. Isolierer Berlins.

Mittwoch, den 26. Januar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Frenkel,

Tragenerstraße 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Kommission über die neuen Be-

dingungen der Unternehmer. 2. Diskussion und Verhandlungsangelegenheiten.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

292/7 Der Vorstand. S. N.: G. Lange.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro:

Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987

Mittwoch, den 26. Januar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

in Obiglos Festsälen, Schwedterstr. 23:

Bezirks-Versammlung

für den 18. und 19. Bezirk.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Handke über: Reichsfinanzhaushalt, Wirtschaft-

stille und Gewerkschaftskämpfe. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Achtung! Drahtarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 26. Januar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:

Branchen-Versammlung

der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadts. Paul Brühl-Wittenberg über: Partei und

Genossenschaft. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenenes.

Mittwoch, den 26. Januar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:

Branchen-Versammlung

der Graveure und Ziseleure.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Johann Schneider über:

„Heinrich Heine“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Mittwoch, den 26. Januar 1910, abends 6 Uhr,

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung

der chirurgischen Branche.

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenleitung und Neuwahl derselben.

2. Bericht des Arbeitsvermittlers und Neuwahl derselben. 3. Branchen-

angelegenheiten und Verschiedenenes. — Die Wichtigkeit der Tagesordnung

erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Die Ortsverwaltung.

Stempel-Präparat von 30/42

Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Kautschuk-Typen „Berlett“ von Hofmannschen einzelnen Werten sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Prinsenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

Alexanderinenstraße 27, an der Hiltnerstraße, 2 Stuben, Küche 1. 4. 1910 zu vermieten. 181/11

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Manoli Cigaretten

bleiben die besten auch für den verwöhntesten Raucher.

Spezialmarken: Abbas, Dandy, Gibson Girl.

Eingeführt v. d. französisch. u. italienisch. staatl. Tabak-Regien.

3738L*

Berlin: Hermannstr. 49. Für den Inzeratenteil bezahlt: Th. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Die Angestellten und die Sozialpolitik.

Unsere heutige Sozialpolitik steht vollständig unter dem Einfluß der Arbeitgeber. Die großindustriellen Scharmacher sind es, die den Kurs angeben und die Minister kommen und gehen heissen. Die bürgerliche Gewerkschaftskonferenz der ober-schlesischen Erubenmagnaten hat darüber keinen Zweifel gelassen.

Neben den Arbeitern sind in der jetzigen Situation auch die Angestellten die Leidtragenden. Freilich haben im Reichstag bei der Beratung von Angestelltenfragen die bürgerlichen Parteiführer sich gegenseitig zu überbieten gesucht. Es war ein so banal-bares Thema, dem „neuen Mittelstand“ seine Sympathie zu erklären, handelt es sich doch hier um Schichten, die noch politisch eingefangen werden können. Ueber die Erfüllung der gemachten Versprechungen brauchte man sich um so weniger Sorge zu machen; man glaubte, daß diese Massen, bisher politisch ungeschult und unentwickelt, den wirklichen Gang der politischen Dinge nicht nachprüfen.

Am Dienstag, den 18. Januar, fand im großen Saale der Brauerei Friedrichshain eine Massenversammlung statt, die veranstaltet war von dem Sozialen Ausschuss von Vereinen technischer Privatangestellten. Die Teilnehmer sind fast sämtliche Verbände der verschiedenen technischen Berufsgruppen angeschlossen: Maschinen- und Elektrotechniker, Schiffbauingenieure, Chemiker, Werkmeister, Kunstgewerbezeichner, Zeichner.

Das Referat des Abends hielt Herr Lüdemann vom Bund der technisch-industriellen Beamten. Er gab ein sehr sorgfältig durchgearbeitetes Sozialbild von all den Verbesserungen im Angestelltenrecht, von all den Forderungen, welche die Techniker an die Gesetzgebung richten. So wurde von ihm dargelegt, daß die Konkurrenzläufe eine der schwersten Fesseln im Dienstvertrag der technischen Privatangestellten darstellt. Durch Berufsspezialisierung und Arbeitsleistung ohnedies auf ein enges Tätigkeitsgebiet beschränkt, wird der Techniker durch harte Kautelen in ein unentrinnbares Abhängigkeitsverhältnis von der kleinen Zahl der Firmen seines Spezialgebietes hineingeträngt. Seine konstruktive geistige Erfindungsarbeit muß er ohne eine genügend gesicherte Gegenleistung verkaufen. Die Überfüllung im technischen Beruf hat ein überhöhtes Angebot von Arbeitskräften geschaffen, hat die Gehälter ungebührlich herabgedrückt. Die Angestellten fordern eine staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung, fordern angemessene Vertretung in Arbeitsämtern, fordern Anstufung an die bestehenden Gewerbeämter, Beschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden, Beschränkung der Sonntagsarbeit und alle die anderen Bestimmungen, die sich aus den besonderen Verhältnissen der Berufsgruppen ergeben. In allen Punkten legte der Redner die Tatsache dar, daß auch der Angestellte immer klarer in ein reines Arbeitnehmerverhältnis hineingedrückt wird und daß die Forderungen der Angestelltenverbände nur Fragen der Arbeitsrechtspolitik sein können.

An der Versammlung nahmen auch Reichstagsabgeordnete teil. Auf Einladung des Einberufers waren vom Zentrum die Abgeordneten Trimborn, Wieper und Wiedberg erschienen, vom „linken Liberalen“ Freistm. Hormann, von der Sozialdemokratie die Genossen Rob. Schmidt, Sebering und Lehmann.

Nachdem die Vertreter der verschiedenen Organisationen auf dem Vortrag das Wort ergriffen hatten, beteiligten sich auch die anwesenden Parlamentarier an der Debatte. Als erster Redner sprach der Zentrumsabgeordnete Trimborn. Augenscheinlich fühlte sich Trimborn in keiner besonders angenehmen Situation. Sollte er der Versammlung die Wahrheit sagen, daß auch das Zentrum in der Angestelltenpolitik eine Heuschrecke getrieben hat und treiben mußte? Sollte er auf einen recht typischen Schulfall aus der Reichstagsdebatte des gleichen Tages hinweisen, in welcher der Arbeiterführer Diebels seinen Praktikantenkollegen Dr. Fleischer wegen einer allzu offensichtlichen arbeitersyndikalistischen Handlungsweise in aller Form abschiedlich mußte? Der viel erfahrenere Zentrumsführer zog es daher vor, nach allen Seiten hin Komplimente zu machen. Er hielt eine sehr älige Rede und gebärdete sich, als wenn Lüdemanns Referat für ihn eine Offenbarung gewesen wäre, wonach freilich Herr Trimborn die reichhaltige Angestelltenliteratur bisher völlig ignoriert hätte. Von ähnlichem Kaliber war die Antwort des Abgeordneten Hormann, der namens seiner linksliberalen Freunde sein Einverständnis zu den aufgestellten Forderungen erklärte. Hormann unterließ es natürlich auch nicht, als linksliberaler Mann die Angestellten zur Genügsamkeit und Bescheidenheit zu ermahnen und suchte nach besten Kräften die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des heutigen Reichstags zu verteidigen.

Am prägnantesten waren die Ausführungen des Genossen Robert Schmidt. Im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften führte er aus, daß die Zentralverbände der Arbeiter die neue Entwicklung der Angestelltenverbände zur gewerkschaftlichen Organisationsform mit großem Interesse beobachtet haben. Es sei eine sehr interessante Erscheinung, daß nun auch die geistigen Arbeiter der Industrie gezwungen worden sind, gewerkschaftliche Verbandsarbeit zu leisten. Aber man sei gerade in den Kreisen der Gewerkschaftler von Anfang an darüber klar gewesen, daß eine gewerkschaftliche Angestelltenbewegung nur unter den schwierigsten Kämpfen und Opfern Fortschritte machen könne und daß gerade das großindustrielle Unternehmertum solchen Bestrebungen den allerstärksten Widerstand entgegenzusetzen werde. Diese Erwartungen hätten sich ja dann auch im vollsten Umfang erfüllt. In Hamburg, in Nürnberg, in Oberschlesien hätten die Unternehmer durch Maßregelungen den Lebensnerv der neuen Bewegung abtöten wollen. Es sei anzuerkennen, daß die Verbände die ersten Stürme überstanden haben, die großkapitalistischen Unternehmer werden heute diese junge Bewegung in ihren Grundfesten nicht mehr erschüttern können. Aber die fernere Entwicklung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung sei auch nur möglich durch Überwindung von immer neuen Kämpfen, die nicht ausbleiben werden und können. Erfreulich sei die Tatsache, daß von dieser neuen Richtung die Scheidewand zwischen Handarbeit und Kopfarbeit niedergedrückt werde, daß trotz mancher Verschiedenheit der Angestellten- und Arbeiterverhältnisse beide Berufsgruppen sozialpolitisch unter eine einheitliche Gesetzgebung gefaßt werden müßten. Nur unter diesem Gesichtspunkt werde auch die Angestelltenbewegung positive und dauernde Erfolge erringen.

Wenn auch zweifellos die ganze Versammlung einen sehr eindrucksvollen Verlauf genommen hat, so müßten wir doch noch auf die Diskussion eines Angestelltenvertreters hinweisen, dessen Ausführungen unserer Meinung nach sehr wichtige Momente der ganzen Angestelltenfrage berührten. Der Redakteur Weich vom Verband der Kunstgewerbezeichner stellte die Forderung auf, die Massen der Angestellten mehr mit politischem Sinn zu erfüllen. Auch wir stellen die Frage, ob die Führer der Angestelltenbewegung hier ihre Pflichten in vollem Umfang erfüllt haben.

Wir müssen diese Frage verneinen. Eine klägliche Durchsicht der Angestelltenblätter belehrt uns darüber, daß das kleinste Gewerkschaftsblatt unserer Zentralverbände geschickter, gründlicher und sorgfältiger redigiert wird als der Durchschnitt der Angestelltenzeitungen. Historisch findet diese Tatsache ja ihre Begründung. Die Arbeiterbewegung steht schon ein halbes Jahrhundert hindurch im Kampf und hat sich ihre Weltanschauung geformt. Die Angestelltenbewegung ist ein Kind der neuesten Zeit und hat in ihrem jetzigen Stadium überlebte Denkformen zu überwinden. Die ganze Angestelltenbewegung stellt sich noch dar als ein Gemisch der verschiedenartigsten Anschauungen und Auffassungen. Aus diesem Grunde würden wir es für förderlich halten, sich auf ihren Massenversammlungen nicht mit Sympathieumgebungen parlamenta-

rischer Wortführer zu begnügen, sondern einfach die Vertreter der politischen Parteien vor die Klinge zu fordern. Gerade für die Angestellten trifft der Satz zu, daß viel zu viel auf die politischen Reden geachtet und viel zu wenig das politische Handeln der verschiedenen Parteien beobachtet wird. In der Angestelltenpresse sollte einmal systematisch die Erörterung durchgeführt werden, wie die verschiedenen Parteien zu den einzelnen Fragen des Angestelltenrechtes praktische Stellung genommen, d. h. wirklich abgestimmt haben.

Ueber das Resultat dieser Untersuchungen sind wir allerdings nicht im Zweifel. Es würde sich dann ergeben, daß nur die Arbeiterpartei auf Grund ihrer ganzen programmatischen Auffassung der Dinge eine konsequente Angestelltenpolitik betrieben hat und treiben kann.

Die Angestelltenführer haben diese Tatsachen ihren Massen bis jetzt verschwiegen. Darin liegt eine große Unterlassungssünde. In dem Lager dieser Berufsstände gibt es heute noch Schichten, die nicht wissen, wohin die Reise geht. Die großindustrielle Entwicklung hat sie überrascht, hat sie in einen Klassenkampf hineingezogen, aus dem es kein Zurück mehr gibt. So stehen denn die Angestellten einer Arbeiterschaft gegenüber, die gequält und erfahren ist durch jahrzehntelange Kämpfe mit den Arbeitern. Der dauernde Erfolg einer Massenbewegung in einem solchen Kampf ist abhängig von der Schulung, welche die Masse erfahren hat, von der Klarheit des Denkens, von ihrer Opfermut, von ihrer Disziplin. Nur in der Durchführung einer solchen Erziehungsarbeit wird es auch der Angestelltenbewegung gelingen, mit ihren Begnern fertig zu werden.

Der Verband der Konsumvereins-Lagerhalter

hielt am Sonntag eine stark besuchte Konferenz für die Provinz Brandenburg ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Stadtverordneten Adolf Ritter über die rechtliche Stellung der Lagerhalter, die der Referent an der Hand praktischer Beispiele erläuterte. Zwei Punkte des Vortrages bildeten den Gegenstand einer längeren Debatte. Nach Ansicht des Referenten ist der Lagerhalter, den das Genossenschaftsgesetz vorschreibt, eine überflüssige Einrichtung, die vollkommen entbehrlich wäre. Ferner hält es der Referent nicht für erforderlich, daß die Lagerhalter eine Kautelen stellen, da sie nicht nur Angestellte, sondern auch Vertrauensmänner der Genossenschaften seien, ebenso wie die Angestellten der Partei und der Gewerkschaft Vertrauensleute dieser Körperschaften seien. Die Ansichten des Referenten fanden bei den Diskussionsrednern teils Widerspruch, teils aber auch bedingte Zustimmung. — Eine Resolution wurde angenommen, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und die Mitglieder verpflichtet, dahin zu wirken, daß alle Lagerhalter dem Verbands beitreten, damit ihre Rechte besser gewahrt werden können.

Der zweite Punkt betraf die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der Referent machte ein eingehendes Referat über die Einrichtungen dieser Kasse, die den Zweck hat, den Angestellten und Arbeitern der Konsumgenossenschaften Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung zu gewähren gegen Leistung eines Beitrags von sechs Prozent des Gehalts, welches je zur Hälfte von den Angestellten und von dem betreffenden Verein zu zahlen ist. Mit Bedauern konstatierte der Referent, daß im Bezirk Brandenburg von 88 Vereinen mit 1079 Angestellten erst 9 Vereine mit 123 Angestellten der Unterstützungskasse beigetreten sind. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die anderen Vereine der Kasse beitreten möchten, damit die Unterstützungen möglichst allen Angestellten zugute kommen könnten.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Unterstützungskasse allgemein anerkannt und betont, daß die Angestellten wohl den Beitritt wünschen, die Genossenschaftsverwaltungen aber in manchen Fällen gegen den Beitritt seien, weil sie ja die Hälfte des Beitrags zahlen müssen, was sie als eine störende Belastung empfinden. Als ein Hindernis zum Beitritt wurde auch die statistische Bestimmung bezeichnet, daß die Kasse den Beitritt von der Weibung eines Gesundheitsattestats abhängig mache und Mitglieder über 60 Jahre überhaupt nicht aufnehme. — Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Konferenz erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß trotz aller Mängel, die der Unterstützungskasse noch anhaften, die gesamten Angestellten der Konsumvereine dieser Kasse beitreten. Die Konferenz erachtet die Verwaltungen, ebenfalls das Möglichste zu tun, daß der Beitritt zur Ausführung gelangt.

Reichs-Versicherungsamt, Kaiserliches Gesundheitsamt und Bauarbeiterchutz.

Aus Bauarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Mehr als ein Jahrzehnt führen die baugewerblichen Arbeiterorganisationen den Kampf um Beseitigung der offenen Koksfeuer, sogenannten Koksöfen. Das Arbeiten bei und über brennendem Koksfeuer — es kommen hierbei besonders die Maler, Töpfer, Stukkateure und Putzer in Frage — ist außerordentlich schädlich. Der energischen Tätigkeit der Arbeiterorganisationen ist es zuzuschreiben, daß im Jahre 1901 für Berlin durch den Polizeipräsidenten von Berlin eine Verordnung zum Schutze der baugewerblichen Arbeiter erlassen wurde. In dieser Verordnung heißt es im § 7: „In Räumen, in denen offene Koksfeuer ohne Ableitung der entstehenden Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Solche Räume sind gegen andere, in denen gearbeitet wird, dicht abzuschließen. Sie dürfen nur vorübergehend von den die Koksöfen beaufsichtigenden Personen betreten werden.“

So die örtlichen Verhältnisse des Bauplazes die Erfüllung der Anforderungen dieser Verordnung ganz oder teilweise ausschließen, können entsprechende Ausnahmen von der Ortspolizeibehörde bewilligt werden.“

Vergehen gegen diese Bestimmung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft.

Unzählige Verstöße gegen diese Bestimmungen sind der Polizei gemeldet worden. Eine nachhaltige Wirkung indessen ist dadurch auf die Unternehmer nicht erzielt worden. Ob Bestrafungen wegen der Uebertretung der Vorschriften stattgefunden haben, können wir nicht feststellen. Es scheint indessen nicht der Fall gewesen zu sein, inwiefern die offenen Koksfeuer in den letzten Jahren mehr denn je im Schwange sind.

In richtiger Erkenntnis der Dinge, daß die Wirkung der Kohlenoxydgase auf den menschlichen Organismus meist eine tödliche Wirkung oder doch schwerer Schädigung der Gesundheit zur Folge hat, stellen die Arbeitervertreter bei der Revision der Unfallverhütungsvorschriften der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft im Jahre 1908 den Antrag, in die Unfallverhütungsvorschriften folgende Bestimmung aufzunehmen:

„Die Anwendung der offenen Koksöfen (Koksöfen) zum Zwecke der Austrocknung und Erwärmung der Bauten ist verboten. Ebenso ist auf Bauten die offene Holzglühfeuerung (ohne Rauch- und Dunstabzug) bei den Arbeiten der Klempner untersagt.“

Derselben Ansicht schienen damals auch das Reichsversicherungsamt zu sein. Denn bei der Beratung der Revision der oben genannten Unfallverhütungsvorschriften beantragte der Vertreter des Reichsversicherungsamts: „Die Anwendung offener Koksöfen auf Bauten, solange derselbe Arbeiter tätig sind, auch während der Nacht zu verbieten.“ Beide Anträge wurden indessen abgelehnt. Der § 8

der erwähnten Vorschrift für die Nordöstliche Baugewerkschaftsgenossenschaft ist vielmehr in folgender Fassung: „In Räumen, in denen brennende Koksöfen aufgestellt sind, dürfen Arbeiten nicht ausgeführt werden. Solche Räume müssen gehörig ventiliert und gegen die benachbarten Räume dicht abgeschlossen sein“ genehmigt. Damit ist den baugewerkschaftlichen Arbeitern nicht im geringsten genügt.

Als Ersatz für die offenen Koksöfen kommen verschiedene Systeme, die sogenannten türkischen Öfen, Kessels-, Zimmermannsöfen u. a. in Betracht. Freilich sind hier die Anschaffungskosten etwas teurer; diese Öfen haben indessen den außerordentlichen Vorzug, daß sie mit Abzugsvorrichtungen versehen sind, dadurch werden die schädlichen Gase des Kohlenoxyds ins Freie geführt. Die etwas größeren Anschaffungskosten genügen indes, um die Unternehmer in Harnisch zu bringen. Sie führen in erster Linie das schwierige Weitertransportieren dieser Öfen von einer Stelle zur anderen an. Dann soll indes durch die Heizung mit diesen Koksöfen der Koks nicht so schnell hart werden, weil die Öfen nur durch ihre stahlende Wärme wirken.

Zatätsächlich liegen aber die Dinge so, je schneller der Koks (Wand- und Deckenputz) durch die Hitze der offenen Koksöfen zum Trocknen gebracht wird, um so eher wird er seiner Bindkraft beraubt und hat keinen Bestand. Man kann den so getrockneten Decken- der Wandputz wie feinen Sand abreiben. Das Reichsversicherungsamt glaube indessen dieser für die Arbeiter sehr wichtigen Frage noch weiter nachgehen zu sollen. Daß paßte natürlich unseren Scharfmachern im Baugewerbe nicht in ihren Kram.

Der Verband der Deutschen Baugewerkschaftsgenossenschaften trat den Bestrebungen des Reichsversicherungsamts besonders scharf entgegen. In einer Eingabe an das Reichsversicherungsamt wird ausgeführt, daß strengere Bestimmungen überhaupt nicht nötig seien. Denn bei einigen Baugewerkschaftsgenossenschaften sind Unfälle durch Kohlenoxydgasvergiftung überhaupt nicht vorgekommen, bei anderen nur sehr selten. Auf 100 zur Entschädigung gelangte Unfälle sind durchschnittlich nur 0,0198 Vergiftungsfälle durch Kohlenoxydgas entfallen. Diese Unfälle wären indessen fast zum großen Teil durch die Schuld der Verleihen (?) herbeigeführt worden, weil dieselben als Bauwächter in den Räumen, in denen Koksöfen brannten, sich verbotswidrig zur Ruhe niederlegten, eingeschlafen sind und dadurch den Tod gefunden haben. Auf Grund seiner Feststellungen beantragte der Verband Deutscher Baugewerkschaftsgenossenschaften, von weiteren Schritten abzusehen.

Diese Eingabe scheint ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Die Stellung des Reichsversicherungsamts wird nun bekannt. Zu Anfang des Jahres 1909 fand im Reichsversicherungsamt eine Besprechung zwischen den Vertretern der Baugewerkschaftsgenossenschaften und des Kaiserlichen Gesundheitsamts statt. Die Arbeiter waren zu dieser Besprechung nicht geladen.

Auf dieser Besprechung wurde beschlossen, die Wirkungen der offenen Koksöfen durch praktische Versuche auf verschiedenen Neubauten festzustellen.

Die aus den Untersuchungen über die Giftwirkung des Kohlenoxyds zu ziehenden Forderungen sieht das Kaiserliche Gesundheitsamt in folgendem Gutachten zusammen:

„Ein nicht nur vorübergehender Aufenthalt in solchen Räumen, in denen Koksöfen brennen, wird grundsätzlich zu vermeiden sein. Die Verwendung von Koksöfen wird ferner nur in Räumen zu gestatten sein, welche ausgiebig mit der freien Luft in Verbindung stehen (durch Freilassen des obersten Drittels der Fensteröffnungen) und welche gegen die Nachbarräume soweit abgeschlossen sind, daß ein erheblicher Luftaustausch zwischen beiden ausgeschlossen ist. Für die zweckmäßigste Art, diesen Abschluß herbeizuführen, haben die Versuche sichere Anhaltspunkte nicht ergeben; es scheint aber, als ob es gewöhnlich genügt, die Möglichkeit eines weitgehenden Ausflusses der Luftmassen zwischen den Räumen zu verhindern.“

Der Aufenthalt in Räumen, welche neben, über oder unter Koksöfen brennenden Koksöfen gelegen sind, erscheint unter den geschätzten Bedingungen im allgemeinen dann gefahrlos, wenn sie ebenfalls gleichzeitig nach außen gelüftet werden. Als ausreichende Lüftung kann auch hier angesehen werden, wenn ein Drittel der für die Fenster bestimmten Flächen der Außenluft freien Zutritt gewährt.“

Das Reichsversicherungsamt als oberste Behörde für die Unfallverhütung meint, daß kein höheres Vorgehen (?), in den Unfallverhütungsvorschriften genügende Ventilationsvorschriften zu verlangen, mit den Forderungen dieses Gutachtens übereinstimmt und erklärt: „Dieses Gutachten liefert den Beweis, daß die vollständige Beseitigung der offenen Koksöfen nicht zu fordern ist. Vom unfaul-technischen Standpunkt genügt es, wenn neben den bereits bestehenden Vorschriften für Räume, in denen offene Koksöfen brennen, noch bestimmt wird, daß solche Räume mit der Außenluft ausgiebig in Verbindung zu setzen sind.“

Man darf hier sagen, die Unternehmer haben gepiffen und das Reichsversicherungsamt hat — getanzelt. Die Scharfmacher und die Baugewerkschaftsgenossenschaften lassen denn auch durch ihre Goldschreiber im „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“, 1909, Nr. 48, Seite 678, befriedigt erklären:

„Daß ihre auf ziffernmäßigen Feststellungen beruhenden Angaben in der Frage der offenen Koksöfen durch die umfassendsten praktischen und wissenschaftlichen Untersuchungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts zureichend bestätigt sind.“

Wir müssen leider einen Tropfen Wasser in den Wein mischen. Dem Gutachten ist eine Bedeutung nicht beizumessen, weil die Experimente usw. auf Neubauten vorgenommen wurden, die eigens zu dem Zwecke hergerichtet waren.

Will man die wirklichen Tatsachen und Zustände, wie sie auf den Bauten bestehen, kennen lernen, dann zöge man die Arbeitervertreter hinzu. Dann wird das Kaiserliche Gesundheitsamt Bauten kennen lernen, wo neben und direkt über dem offenen Koksfeuer Maler u. a. arbeiten, ohne daß Ventilation oder dergleichen vorhanden ist. Auf nicht weniger wie 63 Bauten konnte das Arbeiten bei offenen Koksöfen vom 13. bis 24. Dezember 1909 festgestellt werden.

Das Kaiserliche Gesundheitsamt wie auch das Reichsversicherungsamt sind bei den Untersuchungen über die Wirkungen des Kohlenoxydgases dadurch, daß diese Experimente auf eigens dazu hergerichteten Bauten vorgenommen sind, über die wirklichen Zustände getäuscht worden.

Das Vertrauen der Arbeiter zum Reichsversicherungsamt ist durch die Ausschaltung der Arbeiter von der Besprechung fast völlig beseitigt.

Bei der Betrachtung über den Arbeiterschutz kann man vom Reichsversicherungsamt sagen: „Hallen sich ich Sweig auf Sweig.“ Die baugewerblichen Arbeiter werden auch fürderhin für die völlige Beseitigung der offenen Koksöfen den Kampf führen.

Wetterprognose für den 24. Januar 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C, Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in °C. Rows include Bremen, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien.

Wetterprognose für Dienstag, den 25. Januar 1910. Wärrer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und zeitlich starken fühligen Winden. Berliner Wetterbureau.

